

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

21. Sitzung

Hannover, den 17. Februar 1999

Inhalt:

Zur Tagesordnung:

Frau Harms (GRÜNE).....	1626
Senff (SPD).....	1626
Möllring (CDU).....	1627

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Regierungserklärung zur Zukunft der Salzgitter	
AG - Unterrichtung – Drs. 14/539.....	1627
Glogowski , Ministerpräsident	1627, 1645
Wulff (Osnabrück) (CDU).....	1633
Gabriel (SPD)	1639, 1641, 1642
Möllring (CDU)	1641, 1647
Frau Harms (GRÜNE).....	1643, 1644
Schwarzenholz (fraktionslos)	1646

Tagesordnungspunkt 2:

Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/511 – Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 14/543 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs. 14/544.....	1647
Beschluss	1647

Tagesordnungspunkt 3:

Einzig e (abschließende) Beratung:	
Entwurf eines Niedersächsischen Bodenschutzgesetzes (NBodSchG) - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs. 14/380 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/547 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen - Drs. 14/538	1647
Somfleth (SPD), Berichterstatterin.....	1648

Stolze (SPD).....	1649
Hoppenbrock (CDU).....	1650
Frau Steiner (GRÜNE)	1652, 1653
Jüttner , Umweltminister.....	1653
Beschluss	1654
(Direkt überwiesen am 01.12.1998)	

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:	
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 14/540	1654
Althausmann (CDU)	1654, 1658
Frau Bockmann (SPD)	1655
Schröder (GRÜNE)	1656
Ausschussüberweisung	1658

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:	
Ingenieure braucht das Land - Zukunft durch technischen Fortschritt sichern, Grundlagen in Schulen und Hochschulen legen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/19 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/485	1659
Frau Mundlos (CDU).....	1659, 1666
Oppermann , Minister für Wissenschaft und Kultur	1660
Golibrzuch (GRÜNE).....	1662
Dr. Domröse (SPD)	1663, 1664, 1665
Beschluss	1666
(Erste Beratung: 3. Sitzung am 13.05.1998)	

Tagesordnungspunkt 20:

Einzig (abschließende) Beratung:

Keine weitere Verzögerung mehr beim Bau des Emssperrwerkes - Antrag der Fraktion der CDU -

Drs. 14/533.....	1666
Busemann (CDU).....	1666
Lücht (SPD).....	1669
Frau Janßen-Kucz (GRÜNE).....	1670, 1676
Frau Pruin (CDU).....	1671
Glogowski , Ministerpräsident.....	1673
Senff (SPD).....	1677
<i>Beschluss</i>	1677

(Direkt überwiesen am 13.07.1998)

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Bedarfsorientierte Aus- und Fortbildung der niedersächsischen Polizei - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/236 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung - Drs. 14/496

Wörmer-Zimmermann (SPD), Berichterstatterin.....	1677
Biallas (CDU)	1679, 1681
Plaue (SPD)	1681
Buchheister (SPD).....	1681
Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE)	1682

<i>Beschluss</i>	1683
------------------------	------

(Erste Beratung: 11. Sitzung am 08.10.1998)

Tagesordnungspunkt 9:

Einzig (abschließende) Beratung:

**1. Wahleinspruch des Herrn Rudolf Will, Suhlen-
dorf, 2. Wahleinspruch der Frau Vera Hacker,
Göttingen, 3. Wahleinspruch des Herrn Jürgen
Packer, Winnigstedt, 4. Wahleinspruch des
Herrn Alfred Isken, Ganderkese, 5. Wahlein-
spruch der Eheleute Ingrid und Peter Sohrauer,
Hanstedt, 6. Wahleinspruch der CDU, Kreis-
verband Helmstedt, Helmstedt, 7. Wahleinspruch
der Frau Kathinka Pinkert, Initiative für eine
gerechte Wahlkreisreform, Ilsede, 8. Wahlein-
spruch der Frau Anneliese Wenzel, Bad Lauter-
berg, gegen die Gültigkeit der Wahl zum Nieder-
sächsischen Landtag am 1. März 1998** - Be-
schlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses -

Drs. 14/484.....	1683
Busemann (CDU).....	1684
<i>Beschluss</i>	1685

Tagesordnungspunkt 10

Einzig (abschließende) Beratung:

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 1985 bis 1994 - Drs. 11/1100,

11/2570, 11/3900, 12/110, 12/1410, 12/3100, 12/4820, 12/6240, 13/1000, 13/1900 - Beschlus- sempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/505.....	1686
Wiesensee (CDU), Berichterstatter.....	1686
<i>Beschluss</i>	1687

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

**Fahrgastfreundlicher Schienenpersonennahver-
kehr in Niedersachsen** - Antrag der Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen - Drs. 14/526.....

Wenzel (GRÜNE).....	1687, 1690, 1694
Dr. Fischer , Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	1689, 1690
Schirmbeck (CDU)	1691
Schurreit (SPD).....	1692
<i>Ausschussüberweisung</i>	1695

Tagesordnungspunkt 12:

Erste Beratung:

**Mit Glaubwürdigkeit gegen Politikverdrossen-
heit: Zusagen an Butjadingen endlich einlösen** -
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Drs. 14/527	1695
Klein (GRÜNE).....	1695, 1704, 1705
Dr. Fischer , Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	1697
Wiesensee (CDU)	1699
Beckmann (SPD).....	1701
<i>Ausschussüberweisung</i>	1705

Tagesordnungspunkt 13:

Erste Beratung:

**Beteiligung des Landes am Modellprojekt "Kon-
trollierte Heroinvergabe an Schwerstabhängige"**
der Landeshauptstadt Hannover - Antrag der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/528	1705
Frau Pothmer (GRÜNE).....	1705, 1713
Frau Pawelski (CDU)	1707
Schwarz (SPD).....	1709
Merk , Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales.....	1711
Jansen (CDU).....	1712
<i>Ausschussüberweisung</i>	1714

Nächste Sitzung	1714
-----------------------	------

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Glogowski (SPD)	Staatssekretär Schneider, Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	
Finanzminister Aller (SPD)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Merk (SPD)	Staatssekretärin Witte, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Dr. Weber (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	
Umweltminister Jüttner (SPD)	Staatssekretär Schulz, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 10.33 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund der heutigen Witterungsverhältnisse konnten uns einige Abgeordnete heute Morgen nicht pünktlich erreichen. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen.

Ich eröffne die 21. Sitzung im 11. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, am 12. Januar 1999 ist der ehemalige Abgeordnete Gustav Ernst im Alter von 84 Jahren verstorben. Herr Ernst war von 1967 bis 1970 und von 1974 bis 1978 Mitglied der FDP-Fraktion des Niedersächsischen Landtages und während dieser Zeit in den Ausschüssen für Zonengrenzfragen, für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, für innere Verwaltung sowie für öffentliches Dienstrecht tätig. Herr Ernst ist mir als sehr freundlicher, aber zäher Kollege in guter Erinnerung, dessen besonderes Interesse den Rechten der Schulleiternräte galt. Wir werden Herrn Gustav Ernst in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnittes ist Ihnen alles Wesentliche bereits in der Einladung mitgeteilt worden.

Der Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass er beabsichtigt, jetzt gleich eine Regierungserklärung mit dem Titel „Zukunft der Salzgitter AG“ abzugeben. Für die anschließende Besprechung schlage ich in Abhängigkeit von der Redezeit des Ministerpräsidenten folgende Redezeiten vor: SPD und CDU jeweils bis zu 15 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen bis zu 7,5 Minuten.

Da zu Tagesordnungspunkt 1 keine Beratungsgegenstände eingegangen sind, findet eine Aktuelle Stunde in diesem Tagungsabschnitt nicht statt.

Nachdem die Fraktion der SPD ihren Antrag in der Drucksache 116 „Wissmann bricht Vereinbarung - keine Zerstörung der Elbflusslandschaft“ zurückgezogen hat, sind die Fraktionen übereingekommen, anstelle des somit entfallenden Tagesordnungspunktes 6 den Tagesordnungspunkt 20 - An-

trag der Fraktion der CDU in der Drucksache 533 „Keine weitere Verzögerung mehr beim Bau des Emssperrwerkes“ - zu behandeln.

Eine weitere Veränderung der Tagesordnung ergibt sich dadurch, dass die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 8, der die Entschädigung von Zwangsarbeitern betrifft, im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Entwicklung noch einmal überarbeitet werden soll. Tagesordnungspunkt 8 wird daher ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt.

Schließlich sind die Fraktionen übereingekommen, am morgigen Donnerstag die Tagesordnungspunkte 16 „Stromwechsel für Niedersachsens Landesliegenschaften“ und 24 „Zukunft des Industriestandortes Stade ohne Atom sichern!“ in der Reihenfolge gegeneinander auszutauschen.

Es liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt; sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. - Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 18.45 Uhr enden.

Zur Geschäftsordnung hat sich Frau Kollegin Harms gemeldet. Ich werde ihr gleich das Wort erteilen, möchte aber erst meine Ankündigungen abschließen.

Hinzuweisen ist auf die Ausstellung „Kindheit ist kein Kinderspiel“ in der Wandelhalle. Sie ist in der Verantwortung des Deutschen Kinderschutzbundes sowie des Deutschen Plakat Museums Essen entstanden. Ich empfehle diese Ausstellung Ihrer Aufmerksamkeit.

Auf Ihren Plätzen finden sie eine Publikation des Europäischen Zentrums für jüdische Musik in Hannover mit einer CD, die den Verlauf der Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1998 im Kuppelsaal und das „Memorial“ am 12. November 1998 hier im Hause dokumentiert. Ich empfehle dieses Do-

kument ihrer besonderen Aufmerksamkeit. Sofern sie über Kontakte nach Israel verfügen, rege ich an, das Werk, solange der Vorrat reicht, als Gastgeschenk zu verwenden. Dem Minister für Wissenschaft und Kultur biete ich an, es auf seiner Reise nach Israel mitzunehmen.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Das Wort hat die Frau Kollegin Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion bittet aus aktuellem Anlass um eine Erweiterung der Tagesordnung. Zum Zeitpunkt des Antragsschlusses in der letzten Woche war noch nicht bekannt, welche Verhandlungen zwischen der Salzgitter AG und der Arbed Luxemburg laufen und in welche Richtung sich diese Verhandlungen entwickeln würden. Zum Zeitpunkt des Antragsschlusses war auch noch nicht bekannt, in welcher großen Verunsicherung man die Menschen in der Region Salzgitter mit diesen Verhandlungen gestürzt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Möllring [CDU])

Bis jetzt ist nicht klar, wer in diesen Verhandlungen welche Verantwortung getragen hat. Damit der Vertrauensverlust in der Region nicht so wie im Laufe der letzten Woche weitergeht, halten wir es für notwendig, dass sich der Landtag in diesem Konflikt eindeutig positioniert. Deshalb haben wir einen Antrag vorbereitet, und wir bitten, ihn als dringlichen Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen. In ihm fordert der Landtag die Landesregierung noch einmal auf, zu den wichtigsten Inhalten des Vertrages zwischen der ehemaligen Preussag Stahl und der Landesregierung zu stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren! Der Landtag kann auch Gegenstände beraten, die nicht auf der Tagesordnung stehen; es sei denn, dass nach § 66 der Geschäftsordnung eine Fraktion oder zehn Mitglieder des Landtages widersprechen.

Der Abgeordnete Senff hat um das Wort gebeten.

(Lindhorst [CDU]: Ihr seid doch sicherlich einverstanden!)

Senff (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Harms hat Recht: Es handelt sich um ein hochaktuelles Thema. Frau Harms hat in vielen Punkten der Beurteilung der Situation Recht. Weil sie Recht hat und weil das alle – auch die Landesregierung – so sehen, wird der Ministerpräsident heute zu diesem Thema eine Regierungserklärung abgeben. Weil Frau Harms Recht hat, ist es auch notwendig, dieses nicht nur für die Region wichtige Thema in aller Ruhe, Sachlichkeit und Bestimmtheit zu beraten und zu einem Ergebnis zu kommen. Weil dies notwendig ist, ist nicht ein Dringlichkeitsantrag, sondern der normale Weg der richtige Weg. Denn es gibt keine Zeitnot.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Was wir brauchen, ist Ruhe, Zeit und ein vernünftiges Konzept. Dieses Konzept wird der Herr Ministerpräsident heute vorlegen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den GRÜNEN)

Das, was in dem Dringlichkeitsantrag der Grünen inhaltlich in einzelnen Punkten festgestellt wird, widerspricht an einigen Stellen diametral der Diskussion in der Strategiekommission, die ihre Arbeit aufgenommen, klare Ergebnisse herbeigeführt und Aufträge erteilt hat.

(Zuruf von Lindhorst [CDU])

Wir sehen überhaupt nicht ein, warum sich der Niedersächsische Landtag in einen Konflikt und in eine Kontroverse gegen die Strategiekommission des Unternehmens bringen lassen soll.

(Zuruf von Fischer [CDU])

Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den GRÜNEN – Schröder [GRÜNE]: Mit Nein zu stimmen steht euch frei!)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Abgeordnete Möllring.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten den Antrag der Grünen beraten, nachdem der Ministerpräsident seine Regierungserklärung abgegeben hat.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir sollten uns dann auch die Zeit nehmen, über die einzelnen Punkte zu sprechen. Aber wir werden dann auch wissen – da wir einen Vorabdruck der Regierungserklärung bekommen haben –, dass die Spiegelstriche, die die Grünen in ihrem Antrag als Bedingung für den Verkauf bzw. die Beteiligung anderer Unternehmen bei der Salzgitter AG aufgeführt haben, auch vom Ministerpräsidenten als Bedingung dieser Regierung bezeichnet werden. Es wäre doch sinnvoll, wenn sich der Landtag dies auch zu Eigen macht. Deshalb sollten Sie dem zustimmen und diesen Antrag mit auf die Tagesordnung nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, dass nach § 66 der Geschäftsordnung eine Fraktion widersprochen hat, den Antrag mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Damit ist der Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Wir kommen dann zu der von mir vorher festgelegten und noch einmal erwähnten Tagesordnung.

Es folgen die geschäftlichen Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Schliepack:

Von der Fraktion der SPD hat sich entschuldigt: Herr Biel. Von der Fraktion der CDU haben sich entschuldigt: Herr Hogrefe, Herr Meier und Frau Ortgies. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben sich entschuldigt: Frau Janßen-Kucz für heute Vormittag, Herr Schröder für heute Nachmittag.

Präsident Wernstedt:

Wir kommen damit zu dem außerhalb der Tagesordnung angemeldeten Punkt.

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Regierungserklärung zur Zukunft der Salzgitter AG – Unterrichtung – Drs. 14/539

Herr Ministerpräsident Glogowski hat das Wort.

Glogowski, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Regierungserklärung angesichts der turbulenten Diskussionen in den letzten Tagen mit drei Feststellungen beginnen. Vorher sei mir aber noch ein Wort an die beiden Oppositionsfraktionen gestattet.

Ich bedauere es außerordentlich, dass es mir nicht möglich war, Ihnen den Text dieser Regierungserklärung früher zuzuleiten, weil wir aus Gründen der Aktualität versucht haben, alle Befürchtungen und Ängste – Sie haben es bereits angesprochen, Frau Harms – aufzunehmen. Damit besteht nach dieser Regierungserklärung für alle Klarheit darüber, wie wir in Zusammenarbeit mit den Betroffenen weiter verfahren. Ich bitte dafür um Entschuldigung. Ich hätte Ihnen den Text lieber früher zugeleitet. Aber Sie haben ihn ja vor Beginn der Sitzung bekommen. Ich sage das nur, weil ich mir sonst einen anderen Umgang wünschen würde.

(Zurufe von Eveslage [CDU] und Fischer [CDU])

Aber jetzt zur Sache drei Feststellungen:

Als sich die Landesregierung vor einem Jahr entschieden hat, die heutige Salzgitter AG aus dem Preussag-Konzern herauszukaufen, war von Anfang an klar, dass es um eine langfristige Zukunftssicherung des Unternehmens und seiner drei Standorte geht. Ziel war es, insbesondere die Standorte und die Arbeitsplätze zu sichern. Das hat die Landesregierung damals gewollt. Ich könnte auch noch auf die Befürchtungen eingehen, die wir hinsichtlich Voest-Alpine hatten. Aber das ist jedenfalls die Grundlage der Entscheidung gewesen. Es ging darum, die Standorte zu sichern und strategische Entscheidungskompetenzen in Niedersachsen zu behalten. Deswegen haben wir die

Übernahme durch Voest-Alpine verhindert. Es ging nicht darum – das möchte ich ausdrücklich betonen – auf Dauer auf Kooperationen zu verzichten; sondern partnerschaftliche Allianzen waren von vornherein Gegenstand der Überlegungen – übrigens auf allen Seiten im Unternehmen.

(Möllring [CDU]: Fünf bis sieben Jahre!)

- Ja, fünf bis sieben Jahre. Das schätze ich in etwa auch heute noch so ein, Herr Möllring. Wenn Sie schon zu Beginn meiner Ausführungen unterbrechen wollen, möchte ich auch direkt darauf eingehen.

Ich bin auch der Meinung: Egal, was in Zukunft passiert, wir werden immer einen solchen Zeitraum benötigen, um das Unternehmen zu begleiten. Die Landesregierung hat überhaupt nicht die Absicht, irgendetwas schnell zu verkaufen, sondern wir wollen den Standort dauerhaft sichern. Das ist das Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es schneller ginge, würde mich das wundern. Es würde mich aber auch nicht wundern, wenn es länger dauern würde. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Daher ist für mich diese Frage keine Zeitfrage. Es geht ausschließlich darum, wie es gelingt, am Markt Standorte dauerhaft zu sichern und das, was die Landesregierung damals gewollt hat, umzusetzen. Das ist das Ziel. Darin sind wir uns wohl auch alle einig.

Wir müssen eines sehen: Das Unternehmen ist ein starkes Unternehmen. Aber ob der Markt es auf Dauer zulässt, allein zu sein, müssen die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, das Unternehmen und die Anteilseigner miteinander bereden.

Ich darf Ihnen einen meiner Lebensgrundsätze nennen: Das Bessere ist des Guten Feind. – Das ist ein Lebensgrundsatz, den Sie wohl auch unterschreiben können. Er gilt für jedes politische Handeln.

(Frau Pawelski [CDU]: Warum haben Sie das nicht gemacht?)

- Sie wollen doch von Anfang an unterbrechen. Hören Sie sich doch einfach einmal an, was ich zu sagen habe!

(Zuruf von der CDU: Das müsste etwas fundierter sein!)

Man muss sich immer klar darüber sein, dass es um Menschen geht, die konkret beschäftigt sind, und um deren Kinder, die dauerhaft Arbeit bei dem Arbeitgeber behalten wollen. Dafür haben wir, die wir in den Gewerkschaften, in dem Unternehmen, in der Landesregierung und in der Norddeutschen Landesbank Verantwortung tragen, eine Verpflichtung.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der Situation auf dem Stahlmarkt hat sich das Unternehmen nach einem strategischen Partner umgesehen und dabei natürlich auch mehrere Varianten untersucht. Über die Sondierungsgespräche wurde ich selbstverständlich informiert. Jeder weiß, dass solche Gespräche vertraulich sind – nicht, weil wir Geheimniskrämerei betreiben wollen, sondern

(Zuruf von Fischer [CDU])

- Herr Fischer, jetzt hören Sie einmal gut zu! - aus aktienrechtlichen Gründen. Wer sich bei den entsprechenden Institutionen zur Unzeit und ohne Anzeige äußert, macht sich aus gutem Grund strafbar – nämlich weil es 30 % freie Aktionäre gibt. Das wissen Sie auch. Von daher müssen wir sehr sorgfältig darauf achten, dass aktienrechtlich korrekt verfahren wird. Wer diese Vertraulichkeit verletzt, handelt außerdem leichtsinnig und fahrlässig gegenüber den zu erhaltenden Standorten zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Heißt das, dass man Arbeitnehmervertreter nicht mehr unterrichtet?)

Denn es geht darum, das Ziel zu erreichen.

(Zuruf von der CDU: Welches?)

Mir ist klar, dass Sie heute über den Weg reden wollen. Was die Menschen in der Politik am meisten aufregt, ist, dass nicht über das Ziel, sondern über den Weg diskutiert wird. Da findet man dann immer die eine oder andere Sache, über die man sich herrlich aufregen kann. Wichtig aber ist, dass die Kumpel in Salzgitter wissen, dass sie den Arbeitsplatz dauerhaft behalten!

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung von Dr. Schneider [CDU] und Wulff (Osnabrück) [CDU] - Zurufe)

- Wegen der frauenpolitischen Frage - damit ich da nicht missverstanden werde -: die Kumpelinnen auch.

Mögliche Entscheidungen der Landesregierung in der Sache folgen glasklar folgenden Grundsätzen: Kein Standort wird gefährdet. Die Montanmitbestimmung bleibt erhalten. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Sitz und Entscheidungszentrum ist Niedersachsen. - Das ist erklärt worden. Das ist die Leitlinie der Landesregierung.

(Möllring [CDU]: Das steht auch in dem Grünen-Antrag drin! Warum machen sie solch einen Akt zu dem Grünen-Antrag?)

Unsere Maßnahmen sind strikt den Interessen des Landes verpflichtet. Das bedeutet: Wir greifen vorübergehend da stützend ein, wo dies unbedingt erforderlich ist. Wir überlassen die Aktivitäten wieder den Märkten, wenn die Gefahr für die Unternehmen und die Arbeitsplätze gebannt ist. - Das ist unsere unternehmerische Strategie, die wir mit dem Kauf der Aktien verfolgt haben.

Dass unsere Politik mit der Salzgitter AG außerordentlich erfolgreich ist, kann keiner bezweifeln, jedenfalls keiner, der nüchtern die Zahlen betrachtet. Trotz der gesellschaftsrechtlichen und organisatorischen Neuordnung wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 1997/98 außerordentlich gute Ergebnisse erzielt. Der Konzernumsatz stieg mit 6,2 Milliarden DM um 15 %. Das Ergebnis vor Steuern wurde mit 287 Millionen DM im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Das ist das beste Ergebnis seit neun Jahren, das die Arbeitnehmer und das Unternehmen erzielt haben! Die Ertragskraft des Unternehmens wurde durch gezielte Erweiterung der Produktpalette, durch Erschließung neuer Märkte und durch konsequentes Kostenmanagement erheblich gesteigert. Auf der anstehenden Jahreshauptversammlung soll über eine Dividendenausschüttung von 1,25 DM pro Aktie beschlossen werden. Nach Abzug der Kosten für die Finanzierung des Aktienkaufs würde das einen deutlichen Gewinn von rund 15 Millionen DM für die 25,5 % Aktien der HanBG bedeuten.

Das Unternehmen steht also gut da.

(Hormann [CDU]: Und man verkauft deswegen!)

Die Firma ist gesund. Sie kann bestehen - auch allein im Übrigen. Aber es erscheint vernünftig, nach strategischen Allianzen Ausschau zu halten. Es ist sinnvoll, jetzt aus einer Position der Stärke heraus in aller Ruhe, mit aller Gelassenheit nach Partnern Ausschau zu halten - wenn wir sie nicht finden, sind wir auch allein stark genug -, Partnern, die zu dem Unternehmen passen, die unsere Bedingungen erfüllen und mit denen wir langfristig erfolgreich auf dem Markt bestehen können.

Der entscheidende Unterschied zu der Situation vor einem Jahr ist: Wir haben das Gesetz des Handelns in der Hand und sind frei in unseren Entscheidungen. - Das ist vor einem Jahr anders gewesen.

(Zustimmung von Senff [SPD])

Es ist gut so, dass wir das jetzt entscheiden können.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Salzgitter AG ist ein außerordentlich interessanter Partner für jeden, der im Stahl erfolgreich Geschäfte machen will. Das sehen wir doch jetzt. Wir hören aus England, von überall, was für eine stolze Braut das ist. Ob die Braut allerdings heiraten will, entscheidet sie allein.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Salzgitter AG steht also gut da. Eine bessere Ausgangsposition können sich die Arbeitnehmer und kann sich auch das Land überhaupt nicht wünschen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine ideale Ausgangssituation für Gespräche, die geführt werden müssen.

(Zustimmung bei der SPD - Lindhorst [CDU]: Das hätten Sie gestern sagen sollen!)

Seit einigen Tagen ist der Öffentlichkeit bekannt, dass es Sondierungsgespräche mit der Arbed gegeben hat. In diesen Gesprächen wurde abgeklopft, ob eine Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen vorstellbar ist. Für uns ging es dabei insbesondere um die Klärung der Frage, inwieweit sich Arbed auf unsere Bedingungen einlassen kann. Arbed ist ja auch ein stolzes Unternehmen. Ob dieses Unternehmen unsere Bedingungen überhaupt erfüllen will, muss es selbst entscheiden. Wenn es die Bedingungen nicht erfüllen will, dann ist es auch in Ordnung. Die Arbed und wir würden uns nicht gram sein, wenn wir dann nicht zusam-

menkommen, weil natürlich auch Arbed das für sich entscheiden muss.

Unsere Bedingungen sind jedenfalls klar.

(Lindhorst [CDU]: Das ist neu!)

Die Bedingungen sind - jetzt will ich sie auch im Einzelnen darstellen -: Erhalt aller Standorte; Sitz und Entscheidungszentrum in Niedersachsen; Ergebnisverantwortung bei der Salzgitter AG; langfristige Sicherung der Arbeitsplätze, keine betriebsbedingten Kündigungen; Entscheidungshoheit über Verkauf und Vertrieb; Eigenständigkeit im Hinblick auf Produktion, Produktentwicklung, Einkauf, Finanzen, Controlling und Personalmanagement; Verantwortungskompetenz für Forschung, Entwicklung und Investitionsmaßnahmen; Erhalt der personellen und sozialen Standards und Sicherungssysteme; Ausbau der Mitarbeiterbeteiligungsmodelle; Beibehaltung der Montanmitbestimmung. - Um Missverständnissen vorzubeugen: Diese Reihenfolge, die ich jetzt genannt habe, ist keine Rangfolge.

Ich will das noch einmal unterstreichen: Wir haben Arbed gegenüber deutlich gemacht, dass dies unsere Bedingungen sind. Im Übrigen verrate ich hier auch kein Geheimnis, wenn ich sage, dass diese Bedingungen lupenrein - lupenrein! - exakt die sind, die auch die Arbeiternehmervertretungen in diesem Unternehmen formuliert haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Zwischen der Landesregierung und den Arbeitnehmervertretern gibt es keinen Unterschied!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Lindhorst [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit Sie wissen, dass ich weiß, wovon ich rede: Ich habe 20 Jahre im Aufsichtsrat auf der Arbeiternehmerbank, auf der Arbeiternehmerseite gesessen,

(Frau Harms [GRÜNE]: Ja, eben!)

getragen vom Vertrauen der Betriebsräte des Unternehmens, die mich jedes Mal gewählt haben.

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Gestern Mittag war die Landesregierung nicht anwesend!)

Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass ich mit 56 Jahren ein Interesse daran habe, meine Freunde in Probleme zu bringen. Ich habe keine Lust, das zu tun. Das sind - damit das völlig klar ist - auch meine Freunde von morgen.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Warum waren Sie gestern nicht bei Ihren Freunden? Warum haben Sie da gekniffen? - Gegenruf von Senff [SPD]: Ihr wart ungeladene Gäste! Es wollte euch keiner sehen!)

Am Dienstag vergangener Woche wurde ich darüber informiert, dass die Gesprächspartner zu der Einschätzung gelangt sind, dass die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Unternehmen sinnvoll ist. Am vergangenen Freitag, dem 12. Februar 1999, haben Minister Aller und ich sowie die Spitze der NORD/LB erstmalig mit Vertretern der Unternehmen über eine mögliche gesellschaftsrechtliche Verbindung gesprochen. Um konkrete Abmachungen oder gar unterschriftsreife Papiere - um das ganz deutlich zu sagen - ging es in dem gesamten Gespräch nicht.

(Eppers [CDU]: Das sieht Schmitt-henner anders!)

- Herr Eppers, Sie gehören doch zu den Leuten, die diese ganzen Gerüchte in die Welt gesetzt haben. Nun hören Sie doch auf, sich auch noch im Parlament dazu zu bekennen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn es jemanden gibt, der systematisch Verunsicherung betrieben hat, dann - um es ganz deutlich zu sagen -

(Zuruf von der CDU: Dann sind Sie es!)

sind Sie es in Person.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

Aber da geht es um Ihr Gewissen, nicht meines. Sie müssen damit fertig werden, nicht ich.

(Möllring [CDU]: Sie haben ja ein schlechtes Gewissen, weil Sie erwischt worden sind! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es konnte auch nicht um unterschriftsreife Papiere gehen, weil dieser Kreis gar keine Kompetenz

hatte, etwas zu unterschreiben. Wir waren uns aber darüber einig, dass es sich lohnt, in nähere Verhandlungen einzutreten. Deswegen haben wir vereinbart, die Gespräche fortzusetzen, nachdem die Organe und die Betriebsvertretungen der Salzgitter AG eingebunden sind. Das ist übrigens eine Abmachung, die wir schon im Januar mit den Betriebsräten getroffen haben. Nichts anderes wird nunmehr geschehen.

Ich kann Ihnen versichern, was ich schon den Betriebsräten der Salzgitter AG versichert habe: *Ich* werde keinem Konzept zustimmen - damit das völlig klar ist -, das nicht auch die Zustimmung der Arbeitnehmervertretungen in Salzgitter findet.

(Beifall bei der SPD)

Darauf können die sich verlassen. Sie verlassen sich auch darauf, zu Recht im Übrigen.

Aus gegebenem Anlass möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch betonen, dass für die Verhandlungen das Unternehmen und nicht das Kabinett zuständig ist. Wir wollen einmal aus der Landtagssituation heraustreten und wieder in die Realität des Lebens eintreten,

(Senff [SPD]: Ja!)

und da gilt: Das Unternehmen muss die Verhandlungen führen. Darauf legen im Übrigen auch die Arbeitnehmer sehr viel Wert;

(Zustimmung bei der SPD)

denn im Unternehmen gilt die Mitbestimmung, nicht im Kabinett. Dort sitzen die Arbeitnehmervertreter, wie Sie wissen, nämlich nicht.

(Unruhe)

- Ja, die Arbeitnehmer sitzen da nicht. Die sitzen im Unternehmen. Wir müssen deshalb sehr sorgfältig darauf achten, dass in dem Unternehmen, in dem die Mitbestimmung gilt, die Entscheidungen fallen;

(Zurufe - Unruhe)

denn die Arbeitnehmer haben ein Recht - damit das völlig klar ist -, an den Verhandlungen beteiligt zu werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Frau Harms [GRÜNE])

- Frau Harms, regen Sie sich doch nicht auf! Sie verstehen vom Stahl nicht annähernd so viel wie die Arbeitnehmervertreter.

(Frau Harms [GRÜNE]: Von Mitbestimmung verstehe ich aber was!)

- Vom Stahl verstehen Sie aber nicht viel. Dann reden Sie doch nicht so aufgeregt!

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist eine komplizierte Materie. Reden Sie mal mit den Arbeitnehmervertretern! Hier wird ja so getan, als wenn sich ein paar Politiker mal eben über den Stahlmarkt unterhalten und die Fragen klären könnten. Der Stahlmarkt hat seine eigenen Gesetze. Wir müssen auf dem Markt bestehen. Die Arbeitnehmer wissen sehr genau:

(Zurufe von der CDU)

Nur wer auf dem Markt besteht, hat eine Zukunft.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Also: Das Unternehmen ist für die Verhandlungen zuständig. Das ist so.

Erst wenn die industriepolitischen Fragen zufrieden stellend lösbar sind, wird die eigentumsrechtliche Frage anstehen. Erst dann ist die Landesregierung am Zuge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Montag wurde der Strategieausschuss des Aufsichtsrates der Salzgitter AG zum ersten Mal mit dem Ergebnis der Sondierungsgespräche befasst. Dem Strategieausschuss gehören der Aufsichtsratsvorsitzende, Vertreter der beiden großen Kapitaleigner NORD/LB und Land sowie Arbeitnehmervertreter an. Er wurde eingerichtet, um über die weitere strategische Ausrichtung und die Weiterentwicklung der Salzgitter AG im europäischen Umfeld zu beraten.

Das Ergebnis dieser Sitzung wurde in folgender EntschlieÙung festgehalten:

„Der Strategieausschuss des Aufsichtsrates hat am 15.02.1999 in Anwesenheit des Vorstandes beraten. Er hat den Vorstand gebeten, in Verhandlungen mit dem Vorstand der Arbed eine Konzeption zu entwickeln, die den Interessen der Salzgitter AG

gerecht wird. Aufgabe des Vorstandes ist die Suche nach einer strategischen Partnerschaft.“

Das hat der Strategieausschuss beschlossen. Dieser Beschluss ist einstimmig gefasst worden. Übrigens: Deshalb ist auch Ihre EntschlieÙung, die Sie eingereicht haben, nicht annehmbar, weil sie den Interessen der Arbeitnehmer in diesem Punkt widerspricht.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das kann man so nicht sagen!)

- Ich will es Ihnen ja nur sagen. Entschuldigung, ich darf Sie doch auch einmal beraten. Sie müssen doch noch beratungsfähig sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Seit gestern vertreten Sie die Arbeitnehmerinteressen wieder, oder seit wann? - Zurufe von der CDU)

- Ich hatte ja vorhin versucht, Ihnen deutlich zu machen, dass ich vom Stahl ein bisschen mehr verstehe.

Der Vorstand der Salzgitter AG muss nun die Alternativen abwägen und sich mit Vorteilen und Nachteilen im Einzelnen befassen. Es besteht völliges Einvernehmen unter allen Beteiligten, dass sich die Salzgitter AG im Rahmen der europäischen Entwicklung nach vorn orientieren sollte. Aber es gilt auch hier: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit. Mir ist es wichtig, dass jede Einzelheit sorgfältig beraten wird; das ist mir wichtiger, als schnell ein Ergebnis zu erzielen, wenn man es uns denn auch ermöglicht, diese Sorgfalt an den Tag legen zu können.

Herr Aller hat den beiden Oppositionsfraktionen in der vergangenen Woche angeboten, sie zu unterstützen. Bedauerlicherweise, Herr Wulff, ist es nicht möglich gewesen,

(Möllring [CDU]: Das ist doch dummes Zeug! Er hat doch mit mir telefoniert!)

- es ist ja alles in Ordnung; lassen Sie mich doch einmal ausreden - Sie zu erreichen. Es wäre uns wichtig gewesen, Sie zu erreichen. Wir haben dann Herrn Möllring erreicht.

Ich will deutlich machen: Wir haben ein großes Interesse daran, alle zu informieren, jeweils den

Sachstand, so weit es der Landesregierung möglich ist, auch den Fraktionen des Landtages mitzuteilen. Herr Gabriel hat sich im Übrigen nicht über unsere Informationspolitik beschwert. Unser Interesse ist es, alle zu informieren.

(Lachen bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gespräche, die jetzt stattgefunden haben, sind die konsequente Fortsetzung unseres Engagements von vor einem Jahr. Damit war und ist nicht die Absicht verbunden, kurzfristig alle Anteile wieder an den Markt zu geben. Ob das Unternehmen einen neuen Partner bekommt oder nicht: Wir werden das Kind so lange begleiten, wie es unseren Schutz benötigt. Damit das völlig klar ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Helau! Helau! - Gegenruf von der SPD: Das ist ja unglaublich! Wir sind hier doch nicht in Köln!)

Dies ist dann nicht mehr der Fall, wenn der Erhalt der Standorte und die Arbeitsplätze in Salzgitter, Peine und Ilsenburg gesichert sind und die Entscheidungskompetenzen in Niedersachsen verbleiben.

Von „unterschriftsreifen Papieren“ - wie gesagt - sind wir alle miteinander noch weit entfernt. Schon bei der Bewertungsfrage gibt es riesige Auffassungsunterschiede. Wesentliche Fragen der Bewertung der beiden Unternehmen sind völlig ungeklärt. Deswegen habe ich am Vorabend der Betriebsversammlung der Salzgitter AG öffentlich geäußert: Ich halte das Zusammengehen von Salzgitter AG und Arbed für nicht unvernünftig. Ich habe aber auch gesagt, dass ich skeptisch bin, ob das überhaupt erreicht werden kann. Ich habe das gegenüber der Zeitung gesagt, und es ist auch veröffentlicht worden. Ich persönlich betrachte das Ganze nach wie vor außerordentlich skeptisch, aber halte es nicht für unvernünftig, um es zu wiederholen.

Es gibt Vorstellungen darüber, wie die beiden Unternehmen zum gegenseitigen Vorteil zusammenkommen können, aber das Ganze ist weder in trockenen Tüchern noch gar beschlossene Sache. Es ist nun eine Angelegenheit des Vorstandes, ein Konzept zu entwickeln, das dem Strategieausschuss und dann dem Aufsichtsrat zur Beratung vorgelegt werden kann. Bis dahin ist noch ein erhebliches Stück Arbeit zu leisten.

Auch für die Wegstrecke, die noch vor uns liegt, gilt: Die Landesregierung ist bei Salzgitter Miteigentümerin geworden, um Arbeitsplätze in unserem Land zu schützen. Das Land wird diesem Zusammengehen der Stahlunternehmen nur gemeinsam mit den Vertretern der Belegschaft zustimmen.

Sie gestatten mir eine abschließende Bemerkung. Was immer einzelne Akteure im Laufe der Sondierungsgespräche gedacht, geplant oder auch aufgeschrieben haben: Am Freitag der letzten Woche sind wir ohne Unterlagen und ohne Vorgaben mit den Vertretern der Arbed zusammengekommen. Das gilt für Herrn Bodin genau so wie für mich und Herrn Aller. Wir, das sind mein Finanzminister Aller und ich für die Landesregierung, Herr Bodin, Herr Dunkel für die Norddeutsche Landesbank, Herr Dr. Krajewski für die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft. Die Unternehmen waren durch die Vorstandsvorsitzenden vertreten: Herr Dr. Selenz für die Salzgitter AG und Herr Kiensch als Vorsitzender des Verwaltungsrates von Arbed. Ebenfalls dabei war der Aufsichtsratsvorsitzende der Salzgitter AG, Herr Peter Adam.

Unsere Gesprächspartner haben ohne Vorgaben und ohne Vorfestlegungen die Möglichkeit erörtert, ob es eine dauerhafte Partnerschaft zwischen Salzgitter und der Arbed geben könne. Am Ende der Gespräche wurde Einigkeit darüber festgestellt, dass das in den Vorgesprächen gemeinsam entwickelte industrielle Konzept erhebliche Chancen für beide Unternehmen beinhaltet, sodass angeregt wurde, in nähere Verhandlungen einzutreten.

Der Strategieausschuss hat dann am Montag beschlossen, genau das zu tun.

Die Gespräche sollen in absehbarer Zeit - so wurde es vereinbart - fortgesetzt werden. Nachdem - jetzt bitte ich genau zuzuhören; das ist die gemeinsame Erklärung - die Organe und die Betriebsvertretungen der Salzgitter AG eingebunden worden sind - das ist jetzt geschehen -, sollen dann weitere Gespräche geführt werden.

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

Über diese Verfahrensweise bestand - das habe ich sehr genau in Erinnerung - zwischen allen Gesprächsteilnehmern Einigkeit. - Passen Sie auf, dass Sie keinen Herzanfall kriegen! Ich bin jetzt nur fürsorglich; das müssen Sie einem Landesvater doch zugestehen, dass er fürsorglich ist.

(Lachen bei den GRÜNEN - Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Von dieser Basis gehe ich nunmehr aus, und ich meine, das gilt für alle Beteiligten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man das Unternehmen und seine Organe gewähren lässt, haben wir eine gute Chance, auszuloten, ob wir mit einer strategischen Partnerschaft besser dastehen würden als dann, wenn wir in dieser Region allein blieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nur an alle Beteiligten appellieren - aber das ist jeweils Ihr Bier; das gebe ich zu -: Lassen Sie den Arbeitnehmern, ihren Vertretungen, den Gewerkschaften und dem Unternehmensvorstand die Zeit und die Luft, zu sondieren, was für das Unternehmen am besten ist, und nehmen wir uns in der Politik einmal ein wenig zurück. Wir entscheiden am Ende,

(Frau Harms [GRÜNE]: Ich hätte mich über eine frühere Einmischung gefreut! - Zuruf von der CDU: Auf einmal!)

- können Sie den Satz noch ertragen? - ob das, was die Betroffenen zustande gebracht haben, von uns gebilligt werden kann. Aber erst einmal haben die Betroffenen das Wort, und dann sollte sich die Politik äußern - nicht umgekehrt, meine Damen und Herren!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat für seine Regierungserklärung 23 Minuten benötigt. Ich stelle damit fest, dass nach der Vereinbarung für die beiden großen Fraktionen von SPD und CDU auch jeweils 23 Minuten zur Verfügung stehen; für die Grünen entsprechend „halbteilig“.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von den GRÜNEN: „Halbteilig“?)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Wulff.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, dass ich wenig

Veranlassung habe, beispielsweise die Kollegin Harms in Schutz zu nehmen. Aber nach den Ereignissen der letzten Tage liegt es mir schon am Herzen, einmal zu sagen: Nach diesen Ereignissen bei der SPD wäre es gut gewesen, Sie wären etwas weniger selbstgerecht aufgetreten und hätten etwas mehr Demut gezeigt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Hätten wir diese Rede, die hier heute als Regierungserklärung gehalten wurde, vor einem Jahr gehört, wäre uns vieles erspart geblieben;

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Die Niederlage nicht!)

denn es gibt ja wenig Unterschiede zwischen dem, was hier in der Sache selbst und zur Sicherung der Arbeitsplätze vorgetragen wurde, und unserer Position, die wir allerdings immer durchgehalten haben. Sie ist vor einem Jahr nicht gehalten worden, weil es dafür keinen Szenenapplaus gegeben hätte. Das haben Sie ja gesehen, wenn Sie in die Gesichter in Ihrer Fraktion hineingeschaut haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Und es ist hier Gegenstand der Beratungen, die wir durchgesetzt haben. - Ich meine, Herr Senff, Sie waren zeitweilig der Einzige, der noch geklopft hat, und das auch mehr aus Automatismus.

(Beifall bei der CDU)

Was uns hier zusammengeführt und weshalb wir hier eine Debatte durchgesetzt haben, ist darin begründet, dass 13.000 Stahlwerker in Salzgitter, Peine und Ilsenburg mit ihren Familien um ihre Arbeitsplätze bangen und sich aus unserer Sicht völlig zu Recht von der SPD verraten und verkauft fühlen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben das notwendige Grundvertrauen in Politik erschüttert und werden dafür die Verantwortung zu tragen haben.

Bei den Beschäftigten in Salzgitter herrscht die helle Empörung, und man fühlt sich dort verschaukelt. Sie können das hören, Sie können das nachlesen, Sie können die Beteiligten fragen. Der Grund dafür ist, dass Sie die Ängste von Menschen instrumentalisiert und damit Politik betrieben haben

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

und dass es selten zuvor einen solchen Eiertanz gegeben hat, um nachzuweisen, dass man wirtschaftspolitisch inkompetent ist. Erst die vermeintliche Rettung, dann die vermeintliche breite Eigentümerstreuung, dann der vermeintliche Alleingang, dann der Kauf angeblich von Eko Stahl und dann die Fusion mit Arbed Luxemburg. Sie haben die ganzen Monate über stets taktiert und die Beteiligten in Salzgitter und Peine missbraucht - aus rein egoistischen und macht- und wahlpolitischen Überlegungen heraus.

(Beifall bei der CDU)

Alle Ablenkungsversuche und auch das heutige umfassende Zurückrudern werden Ihnen nichts nützen. Dr. Hans-Joachim Selenz und Ministerpräsident Schröder, der heutige Bundeskanzler, waren damals ein Team bei der Übernahme, beim Alleingang und bei der Börseneinführung. Wer kurz vor der Wahl gegenüber allen Beschäftigten so posiert wie Herr Schröder und Herr Selenz damals unmittelbar vor der Landtagswahl in Niedersachsen und dann vor der Bundestagswahl, der darf sich heute, Herr Gabriel, Herr Allers und andere, nicht den Versuch erlauben, sich damit herauszureden, Herr Selenz habe irgendetwas gemacht ohne volle Rückendeckung bzw. ohne Veranlassung dieser Landesregierung.

(Starker Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Glogowski, haben erklärt, Sie hätten von Anfang an alle Fäden in der Hand gehabt, Sie seien von Anfang an über alles informiert gewesen. Herr Selenz hat ausgeführt, er sei von NORD/LB und Landesregierung gedrängt worden. Sie sind im Aufsichtsrat der NORD/LB, und Sie sind als Ministerpräsident im Aufsichtsrat der Salzgitter Stahl und Technologie AG. Sie haben darauf gedrängt, dass diese Verhandlungen geführt und zu einem Abschluss gebracht werden.

Ich finde es gut, dass in der heutigen Regierungserklärung Schulterchluss mit Herrn Selenz geübt wurde, den man ja quasi, wenn man alle Fäden in der Hand hat, als Marionette benutzt hat. Aber das Flugblatt des Betriebsrates mit den Worten „Die Katze ist aus dem Sack. Sie haben alle Beschäftigten der Salzgitter AG belogen“ richtet sich gegen Sie und gegen sonst niemanden, und dafür müssen Sie gerade stehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wer in einem Wahlkampf annonciert „Jetzt wärt ihr ohne Schröder alle Österreicher“, der schreckt nicht einmal davor zurück, mit plumpen ausländerfeindlichen Ressentiments Stimmung zu machen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Große Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten – Anhaltende Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

- Das ist die Anzeige Ihres SPD-Bundestagsabgeordneten Schmidt.

(Unruhe bei der SPD)

- Ich verstehe ja Ihre Aufregung. Wenn ich im Wahlkampf eine Anzeige geschaltet hätte mit den Worten „Ohne Schröder und Glogowski wärt Ihr jetzt alle Österreicher“, dann wäre es natürlich verdammt schwer, demnächst eine Anzeige zu schalten mit den Worten „Jetzt seid ihr alle Luxemburger“. – Es ist also völlig klar, dass Sie jetzt aufgeregt sind.

(Beifall bei der CDU)

Das Bessere ist des Guten Feind – eine sehr richtige Erkenntnis, die der Ministerpräsident zum Besten gegeben hat. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer hat denn die Optionen für Salzgitter im europäischen Binnenmarkt so unendlich eingengt? Wer hat denn gesagt, das Bessere, das des Guten Feind sei, könne nur als nationale Lösung gesucht werden, und jeder Europäer, der nicht Deutscher sei, suche eine andere Lösung und könne nicht für sich in Anspruch nehmen, zu denen zu gehören, die eine bessere Lösung suchen?

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich jetzt schon entscheiden. Heute Morgen in „Radio Niedersachsen“ haben Sie gesagt, Herr Selenz habe Veranlassung, über sich nachzudenken. Wenn jemand in Niedersachsen Veranlassung hat, über sich nachzudenken, dann sind es Sie und Herr Allers und sonst niemand in diesem Lande.

(Starker Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir haben nun wirklich keine Veranlassung, uns vor Herrn Selenz zu stellen. Aber wenn Sie Herrn

Selenz zum Bauernopfer erklären wollen, um selber den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, dann werden wir dies nicht mitmachen, um das hier im Landtag ganz deutlich festzuhalten.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Sie dürfen sich doch überhaupt nicht darüber wundern, dass Ihnen in diesem Lande niemand mehr etwas glaubt, wenn es um Salzgitter geht. Herr Schmitthenner, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende in Salzgitter, hat gestern klargestellt, dass die Verträge am letzten Freitag unterschriftsreif gewesen sind, und Sie haben diesen Herrn Schmitthenner heute hier der Lüge bezichtigt. Sie haben gesagt, das sei nicht so gewesen. Dabei haben Sie das ganz elegant formuliert; ich habe ja genau zugehört. Sie haben gesagt: Welche Akteure immer irgendwas aufgeschrieben haben mögen, wir sind in die Verhandlungen am Freitag ohne Papiere reingegangen. – Das finde ich total stark. Wenn ich für Freitag einen Kaufvertrag ausformuliert habe und die Sache am Donnerstag aufliegt, dann gehe ich am Freitag ohne Papiere hin und habe nie ein Papier gehabt. – Das ist eine ganz starke Darstellung, ist aber nicht sehr überzeugend.

(Beifall bei der CDU)

Nun macht sich die Sache hier ja zu einem Ritter Schlag für den Kollegen Eppers. Herr Eppers hat hier vor ein paar Tagen gesagt, es irritiere ihn schon, dass er als junger Abgeordneter so prominent werden könne. Aber wenn ich das richtig sehe, dann ist Hermann Eppers der Held der Arbeitnehmerschaft in Salzgitter; denn wer er nicht - - -

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Zuruf von Plau [SPD])

- Falls Sie es nicht verstanden haben – das haben wir in der Vergangenheit mit Ihnen, Herr Plau, ja des Öfteren erlebt -, dann erkläre ich es Ihnen noch einmal langsamer.

(Plau [SPD]: Dann versuchen Sie es einmal!)

Heute ist ja Aschermittwoch; die Sache ist zu Weiberfastnacht hochgekommen, und seitdem beschäftigt sie auch den Ministerpräsidenten. - Wenn der Ministerpräsident hier vorträgt, Herr Eppers habe das öffentlich gemacht – so habe ich das verstanden – und der Gruppe der Arbeitnehmer

angehörnde stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, der Chef von Herrn Glogowski im Aufsichtsrat – wir haben es ja gehört –, erklärt „Am Freitag waren die Verträge unterschriftsreif, und nur weil es öffentlich wurde, konnten wir die Notbremse gerade noch ziehen“, dann ist Hermann Eppers allerdings der Retter der Situation in Salzgitter, Peine und Ilsenburg.

(Beifall bei der CDU – Senff [SPD]:
Das ist ihm selber peinlich, was er da macht! Das ist ihm richtig peinlich!
Ich kann das verstehen; mir wäre das auch peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nun sind das ja ganz ungewöhnlich schwer wiegende Vorgänge, über die wir hier reden, weil entweder der Ministerpräsident fortlaufend die Unwahrheit sagt oder aber der Finanzminister oder aber die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat unseres Unternehmens. Das ist ja unser Unternehmen, Salzgitter Stahl und Technologie AG. Es ist über die HanBG oder die NORD/LB zu 75 % in den Händen des Landes. Damit ist es unsere spezifische vorrangige Verantwortung für dieses Unternehmen. Wenn der Ministerpräsident und der Finanzminister dem Vorstand, der Konzernleitung und dem Aufsichtsrat Vorwürfe machen, wie sie das in den letzten Tagen getan haben, dann spielt das eine große Rolle. Wir werden Wert darauf legen, dass die Umstände im Einzelnen untersucht werden, und zwar vorerst einmal im Wirtschaftsausschuss, im Landtag, gegebenenfalls auch darüber hinausgehend.

(Lachen bei der SPD)

Für uns ist völlig klar: Sie ziehen Aussagen dieser beteiligten Akteure in Zweifel, um die eigene Haut zu retten. Wir möchten in Ihrer Haut auch nicht stecken.

Die „HAZ“ hat vor wenigen Tagen geschrieben: Im Umkreis von Glogowski hieß es, auch dieser sei aus allen Wolken gefallen, als er am Mittwochabend erstmals von diesem Deal erfahren habe. – Ich finde, das wird der Landtag zu untersuchen haben, weil dies dem eklatant widerspricht, was wir jetzt hier gehört haben.

(Zurufe von der SPD)

Der Pressesprecher der Landesregierung und Finanzminister Aller haben inzwischen offen gelegt,

dass alle Schritt für Schritt informiert waren, NORD/LB, Salzgitter AG und Landesregierung, dass seit Weihnachten Kontakte bestanden über Morgan Stanley und andere Unternehmensberater und Fachleute hinaus. Ministerpräsident Glogowski ist über jeden Schritt im Einzelnen informiert worden. Dies lässt eine Reihe von Fragen aufkommen.

Sie haben eben gesagt, die Opposition sei an Informationen nicht so interessiert. Wissen Sie, Herr Glogowski, wenn die Nachrichtenlage am Mittwochabend um 18 Uhr so ist, dass Informationen vorliegen, die unglaublich sind, und die Opposition dann am nächsten Morgen um 10 Uhr von Finanzminister Aller angerufen wird mit dem Hinweis, man wolle uns informieren, wir aber schon um 9.20 Uhr per Presseerklärung Fragen an die Landesregierung gestellt hatten, dann ist mir eine Opposition, die früher aufsteht als die Regierung, alle Mal lieber als eine Regierung, die nicht in die Gänge kommt, wenn es gilt, in wichtigen Fragen der Landespolitik die Opposition zu informieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Um 10 Uhr hat dann Herr Möllring mit Herrn Aller gesprochen, auch am Freitag noch einmal.

(Zurufe)

- Von mir aus auch um 14 Uhr.

Es kann hier definitiv behauptet werden: Nichts, aber auch rein gar nichts ist von Herrn Aller im Wirtschaftsausschuss und in den Gesprächen mit der CDU-Fraktion berichtet worden, was annähernd die Qualität der Informationen erreicht hätte, die wir aus allgemein gut informierten zugänglichen Zeitungen ohnehin schon bekommen hatten. Es ist ein Skandal, dass Sie nicht den Weg der Information zur Opposition suchen, sondern im stillen Kämmerlein die Dinge ins Trockene bringen wollten. Das ist die Wahrheit in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung stimmt auch nicht mit den Ausführungen beteiligter Ministerien überein. Am Montag tagte der Strategieausschuss. Am Dienstag wurde im niedersächsischen Wirtschaftsministerium verlautbart, so der „Nord-Report“, dass zwar noch keine Vereinbarungen über eine gesellschaftliche Verbindung des Stahlunternehmens getroffen worden seien; allerdings hätten sich die Verhandlungspart-

ner darauf verständigt, schnellstmöglich in weitere Gespräche einzusteigen.

(Ministerpräsident Glogowski: Das ist am Freitag veröffentlicht worden!)

Es besteht ein großer Widerspruch zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was die Sprecher der Ministerien sagen.

Auf der einen Seite sagen Sie: Wir haben keinen Grund zur Eile – Herr Senff hat ja heute Morgen Kabarett abgeliefert, als er sagte, dass es keinen Grund zur Eile gebe und dass alles in guter Hand sei -, und auf der anderen Seite erklären Sie: Wir wollen schnell zu Verhandlungen kommen. In Wahrheit haben Sie auf dem Rücken der Stahlwerker, der Menschen in der Region und der Kleinaktionäre unanständig Politik betrieben.

Das einheitliche Bild in der Öffentlichkeit sollte Ihnen zu denken geben. Wenn die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ schreibt „Die Stahlkocher des Salzgitter-Konzerns haben die Rolle nützlicher Idioten in einem abgekarteten Spiel abgegeben“ und „Schröder hat seine Ziele erreicht. Die Stahlkocher haben ihre Schuldigkeit als willige Wahlhelfer getan“, dann sollte Ihnen das die Röte ins Gesicht treiben. Wenn die „Neue Presse“ schreibt „Schröders Argument war so verlogen wie unsinnig. Und nicht mehr als ein Wahlkampf-Gag“, dann sollte Ihnen das die Röte ins Gesicht treiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Rede des damaligen Ministerpräsidenten Schröder am 24. November 1997 in Salzgitter. Dort hat er wörtlich gesagt: „Wer den Wind den Ausverkaufes sät, wird den Sturm des Widerstandes ernten.“ Angesichts dieser Regierungserklärung werden Sie die Geister, die Sie selbst gerufen haben, nicht mehr los.

(Beifall bei der CDU)

Damals hat der Ministerpräsident Schröder in emotionalisierter Stimmung gesagt: „Das Sagen über Stahl darf nicht Wien oder London haben.“ Wenn man dann solche Geheimverhandlungen mit Arbed Luxemburg führt, dann kann man sich nur wundern. Als der Peiner Abgeordnete Horst Horrmann damals erklärte, man solle mit der Angst der Menschen keine Politik machen, da haben Sie, Herr Ministerpräsident Glogowski, ihn diffamiert und ihm in der Zeitung zugerufen: „Horrmann

sollte sich schämen!“ Wenn sich heute einer schämen muss, dann sind Sie es, Herr Glogowski, und sonst niemand!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben ein absolutes Chaos angerichtet. Sie haben damals versprochen, Spitzenpolitiker würden sich aus dem Aufsichtsrat der Salzgitter Stahl- und Technologie AG herausgehalten. Die Wahrheit ist: Der Ministerpräsident sitzt heute im Aufsichtsrat auf der Arbeitnehmerseite, nach der nächsten Hauptversammlung sitzt er auf der Arbeitgeberseite, und Herr Gabriel für die SPD-Fraktion sitzt dann auf der Arbeitnehmerseite. Sie müssten doch mit Herrn Schultze genug Erfahrungen mit der Verquickung von IG Metall, SPD und Salzgitter AG gesammelt haben, als dass Sie solche Fehler wiederholen dürften.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind in einer ganz miesen Lage. Damals haben sie sich aufgeregt, dass Herr Schultze das ganze Unternehmen an Österreich verhöckern wollte, und jetzt müssen sie sich aufregen, dass Ihr Ministerpräsident an Luxemburg verhöckern will. Jedes Mal müssen Sie zurückrudern und versuchen, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hatten damals versprochen, alle Entscheidungen gemeinsam mit den Arbeitnehmern zu fällen. Jetzt haben Sie die Arbeitnehmer systematisch außen vor gehalten und nicht über die Vorgänge, die Gespräche mit Arbed Luxemburg informiert.

(Ministerpräsident Glogowski: Woher wissen Sie das?)

Sie haben Kleinaktionäre in der Region aufgefordert, Aktien der Salzgitter AG zur Rettung des Werkes zu kaufen. Eines kann ich Ihnen gewiss sagen: Die wollten Salzgitter-Aktien kaufen, die wollten aber keine Arbed-Aktien eintauschen. Insofern haben Sie auch hier getäuscht.

Meine Damen und Herren, die Position der CDU ist hier kurz zusammenzufassen, weil sie sich keinen Deut von der Position von vor zwei Jahren und von 1998 unterscheidet. Für uns hat immer die Sicherung der Arbeitsplätze in Salzgitter, Peine und Ilsenburg im Mittelpunkt gestanden. Entscheidend ist für uns, dass das Land hilft, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind. Wir haben uns niemals gegen einen Alleingang und gegen richtige strategi-

sche Partnerschaften ausgesprochen, weil wir immer gesagt haben: Das Bessere ist des Guten Feind.

(Gabriel [SPD]: Das werden wir gleich in unserer Rede zitieren!)

Sie werden jetzt erklären müssen, weshalb die Fusion der Salzgitter AG mit einem ausländischen Unternehmen gestern eine nationale Katastrophe war und heute ein Glanzstück zur Sicherung der Arbeitsplätze sein könnte. Die dargestellte Unterschiedlichkeit laut „Braunschweiger Zeitung“, einmal wäre es ein Aktientausch und ein anderes Mal wäre das Unternehmen verschwunden, ist Unsinn, weil auch im Zusammenhang mit Voest Alpine an einen Aktientausch gedacht war. Wir fordern Sie und die Konzernleitung – beide sind Sie in der Verantwortung – auf, ein tragfähiges Konzept vorzulegen.

Die Salzgitter AG – das war bisher unbestritten im Landtag – ist ein exzellent aufgestelltes Unternehmen mit höchstem technischen Standard, mit anerkannten Qualitätsprodukten,

(Senff [SPD]: Das haben wir euch zu verdanken!)

mit hervorragender Finanzausstattung und mit vorbildlicher Belegschaft. Das war bisher in diesem Landtag völlig unstrittig. Wenn Sie so agieren, wie Sie es in den letzten Wochen getan haben, dann bringen Sie dieses exzellent aufgestellte Unternehmen in Gefahr. Wir wollen Gespräche aus der Position der Stärke heraus und nicht aus der Position der Not und der Vertraulichkeit heraus führen, wie Sie das in den letzten Tagen gemacht haben.

Wir fordern Sie auf, auf die Belegschaft zuzugehen. Die Wirkung, die dort eintritt, ist verheerend. Vor Jahresfrist konnte es kein Minister unterlassen, sich ständig in Salzgitter als vermeintlicher Retter der Arbeitsplätze feiern zu lassen. Nach den Wahlen sind sie dort alle nicht gesehen worden. Wo waren Sie denn gestern bei der Betriebsversammlung?

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Ministerpräsident Glogowski)

- Jetzt sagen Sie bloß nicht, Herr Glogowski, Sie seien nicht eingeladen gewesen. Sie haben doch mit dem Betriebsrat vereinbart, sich erst auf Herrn Selenz zu konzentrieren.

(Zuruf von Dr. Schultze [SPD])

- Ihr Kollege von der SPD war doch dort. Jetzt erwähnen Sie nicht das Betriebsverfassungsgesetz. Ich könnte mich totlachen, Herr Schultze, Sie als Gewerkschafter kommen mit dem Betriebsverfassungsgesetz.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das nächste Mal vor Wahlen den Ministerpräsidenten auf Versammlungen reden lassen, dann gehen Sie also mit mir dorthin und weisen auf das Betriebsverfassungsgesetz hin. Die Leute lachen sich doch halb tot, wenn wir da gemeinsam auflaufen. Das ist doch wohl unglaublich.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Erstens hätte ich es gut gefunden, wenn Sie gestern dorthin gegangen wären, und zweitens, Herr Glogowski, wäre ich sogar mit Ihnen dorthin gegangen.

(Lachen bei der SPD)

- Wir haben noch nie einen Ministerpräsidenten hängen lassen, wenn er in eine schwierige Situation gekommen ist. - Aber was hier dahintersteckt: Sie haben ein großes Problem.

(Zurufe von der SPD)

Die Menschen haben inzwischen begriffen, wie das mit den Aussagen vor der Wahl und den Taten nach der Wahl ist.

(Senff [SPD]: Kümmern Sie sich um Ihre Probleme, wir kümmern uns um unsere Probleme!)

Vor der Wahl sind Sie alle da, nach der Wahl wird keiner gesehen. Das ist genau das, was das Vertrauen in die Politik generell zunichte macht. Dagegen wehren wir uns.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben der Politik und der Glaubwürdigkeit in Niedersachsen einen schweren Schaden zugefügt. Die CDU will ein mittelfristiges tragfähiges Konzept. Wir wollen Sachverstand bei der Sicherung der Arbeitsplätze. In diesem Sinne müssen jetzt der Wirtschaftsausschuss und der Landtag die Sache an sich ziehen, um sie nicht allein in Ihren dilettantischen Händen zu belassen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Gabriel.

Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir müssen ein wenig aufpassen, dass das Schicksal von ungefähr 12.000 Arbeitnehmern und ihrer Familien bei der Diskussion im Landtag nicht zu einer parteipolitischen Kabarettveranstaltung verkommt.

(Beifall bei der SPD)

Bei allem Respekt davor, dass man hier natürlich eine politische Debatte führen kann, soll doch wohl im Mittelpunkt stehen, was wir tun wollen, um die Arbeitsplätze, die Standorte in Salzgitter, Peine und Ilsenburg weiterhin zu sichern. Es sollte, finde ich, nicht mit so billigen Tricks argumentiert werden,

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

lieber Herr Kollege Wulff, wie die Frage, warum Herr Glogowski oder ich gestern nicht auf der Betriebsversammlung waren. Ich will Ihnen das offen sagen: Die Betriebsräte waren folgender Auffassung, und zwar wörtlich; wir haben das miteinander abgesprochen. Sie sollen das genau wissen, damit Sie hier keinen Unsinn erzählen. Die Betriebsräte waren der Auffassung, dass das eine Veranstaltung war, bei der sie ohne Einmischung der Landespolitik über das Schicksal ihres Unternehmens reden wollten. Das ist der Grund gewesen, kein anderer.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Herr Wulff, die Betriebsräte sind ja hier anwesend. Sie können sie nachher befragen. Im Normalfall reden Sie ja nicht mit denen, sondern geben Presseerklärungen aus dem Urlaubsort im Allgäu ab, während wir übrigens selbstverständlich seit Mittwoch und Donnerstag

(Frau Pawelski [CDU]: Unglaublich, was Sie da sagen!)

in ausgesprochen engem Kontakt mit den Arbeitnehmervertretern, den Betriebsräten und den Mit-

gliedern der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat waren. Als Sie sich im Allgäu auf die nächste politische Kampagne gegen die Salzgitter AG und gegen die Landesregierung vorbereitet haben, haben wir mit denen geredet.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Wenn Sie es mit Ihrem Interesse an den Menschen in der Region ernst meinen,

(Zuruf von der CDU: Sie waren schon einmal stärker!)

dann würden Sie doch erst einmal unmittelbar mit denen reden. Vielleicht bekommen Sie dann am Ende nicht die gleichen Briefe wie im November letzten Jahres.

Eine zweite Bemerkung. Herr Wulff, Sie müssen sich nun entscheiden. Entweder hatte der Kollege Eppers vor zwei, drei Wochen Recht, als er die Zeitungen anrief und sagte: „Nun kommt der Gabriel auf die Arbeitnehmerseite der Salzgitter AG. Damit haben die sich endgültig von jeder Privatisierungsabsicht verabschiedet.“ Das hat er da erzählt; die haben mich angerufen. Auf der anderen Seite ruft er jetzt die IG Metall an und sagt: „Nun müsst ihr ihn aber als Arbeitnehmervertreter zurückziehen.“ Ich will Ihnen mal etwas sagen: Das ist ein solch erbärmliches Spiel mit den Interessen der Leute; das ist nicht nachvollziehbar!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh! – Wulff (Osnabrück) [CDU] lächelt)

- Herr Wulff, weil Sie gerade so freundlich lächeln: Selbst wenn all das stimmte, was Sie erzählen, fragen Sie sich doch einmal, warum Sie oder die Kollegen aus Ihrer Fraktion nicht für die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat vorgeschlagen werden. Fragen Sie sich das doch mal!

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht gibt Ihnen das Nachdenken über die Fragen auch ein paar Antworten über Ihr zerstrittenes Verhältnis mit den Arbeitnehmern in der Region.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, ich würde gern neben dem Geplänkel mit dem geschätzten Kollegen Wulff, das in der Sache wohl nicht viel weiterhilft,

die Position der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag zu dem, was der Ministerpräsident in der Regierungserklärung gesagt hat, deutlich machen.

Im April 1998 ist eine Vereinbarung über die Herauslösung der Salzgitter AG, damals Preussag Stahl AG, aus der Preussag zum Alleingang verabschiedet und verabredet worden. Der Vertrag und die Vereinbarung beschreiben industriepolitische Ziele: die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung der drei Standorte, die Weiterentwicklung von Forschung und Entwicklung, die Mitarbeiterbeteiligung, Sitz und Entscheidungszentrum für das Unternehmen in Niedersachsen, Erhalt der Montanmitbestimmung und die Suche nach strategischen Partnern in einem eigenverantwortlich handelnden Unternehmen. Das sind die Ziele vom April 1998.

Diese Vereinbarung ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Salzgitter AG nicht Objekt industriepolitischer oder finanzpolitischer Transfers wird, sondern Subjekt der eigenen industriellen Entwicklung bleibt. Die Position, die Herausnahme aus dem Preussag-Konzern unter diesen industriepolitischen Rahmenbedingungen mit dem Ziel, alleine nach strategischen Partnern suchen zu können und nicht verkauft oder übernommen zu werden, wurde gemeinsam von der Unternehmensführung, den Betriebsräten, den Gewerkschaften, der Belegschaft und – ich füge hinzu – von SPD und Grünen im Niedersächsischen Landtag getragen.

Diejenigen, die gegen diese Herauslösung waren und gegen diesen Vertrag argumentiert und gestimmt haben, waren die Vertreter der CDU und der heutige Fraktionsvorsitzende der CDU im Niedersächsischen Landtag, Christian Wulff.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie waren von Anfang an dagegen, diese Vereinbarung auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist unwahr!)

Sie tun heute so, als ob es damals sozusagen ein politischer Wahlkampfclou des heutigen Bundeskanzlers gewesen wäre.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ja, dass Sie da laut aufschreien, weiß ich. - Sie tun so, als wäre es ein Wahlkampfclou gewesen

und unterstellen damit gleichzeitig, vor Ort, in der Unternehmensführung, in der Belegschaft, in den Betriebsräten, im Aufsichtsrat habe man sich sozusagen über den Tisch ziehen lassen, um diese industriepolitischen Ziele zu erreichen. Das ist doch ein Maß an Arroganz gegenüber denjenigen, die das mit uns gemacht haben, das unerträglich ist!

(Beifall bei der SPD)

Es ging weder damals noch heute um irgendwelche politischen Clous, sondern, Herr Wulff, in Übereinstimmung mit der Belegschaft, den Betriebsräten, der Unternehmensführung haben sich SPD und Grüne gegen die Position der CDU entschieden. Und dabei bleibt es auch.

Sie wollten den Verkauf nach Österreich. Wir wollten, dass das Unternehmen allein handlungsfähig bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Es ging nicht um Wahlkampfclous,

(Zurufe von der CDU)

sondern in Übereinstimmung mit allen Beteiligten haben wir diese Position vertreten. Wenn Sie dagegen sind und das als Wahlkampfclou diskreditieren wollen,

(Zurufe von der CDU: Das war einer!)

dann müssen Sie gleichzeitig die Leute diskreditieren, die das damals für Salzgitter als den richtigen Weg und die richtigen industriepolitischen Ziele erachtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Damit die Differenz zu Ihnen und Ihrer angeblich vorhandenen Industriepolitik klar ist, erkläre ich hier deutlich für die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag: Wir stehen zu diesem Weg, zu der damals getroffenen Vereinbarung. Wir stehen vor allen Dingen zu den industriepolitischen Zielen, die mit dieser Vereinbarung beschlossen wurden. Wir sind gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern, den Gewerkschaften, der IG Metall und den Betriebsräten der Auffassung, dass sich jede Form der Kooperation und jede Form der Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen der Stahlbranche diesen Zielen unterzuordnen haben.

Anders als die CDU-Fraktion waren und sind wir mit der Übernahme der 49,88 % durch die

NORD/LB und der 25,5 % Aktienanteile durch die HanBG nicht ordnungspolitischen oder ideologischen Zielen gefolgt. Wir haben immer gesagt: An erster Stelle steht die Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten, an erster Stelle steht der Erhalt der Entscheidungskompetenz in Niedersachsen. Danach geht es uns dann auch wieder um die Privatisierung. Bei Ihnen stand immer Privatisierung am Anfang jeder Entwicklung. Sie wollten immer die Verantwortung für die Arbeitsplätze in Salzgitter los werden. Wir wollen die Verantwortung auch weiterhin beim Land mit behalten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Möllring [CDU]: Sie haben doch auf die Dringliche Anfrage hin gesagt, das sei schon privatisiert!)

- Herr Möllring, kommen Sie doch mal her – darauf warte ich ja – und halten Sie eine Rede darüber, wie Sie zu der Entwicklung in der Salzgitter AG stehen! Was sagen Sie denn zu der Konzeption, dort ein Unternehmen zu haben, das selbst entscheiden kann, ob und unter welchen Bedingungen es mit jemandem kooperieren will?

Präsident Wernstedt:

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möllring zulassen?

Gabriel (SPD):

Aber immer, von Herrn Möllring gerne.

Präsident Wernstedt:

Herr Möllring!

Möllring (CDU):

Herr Gabriel, ist Ihnen nicht mehr bekannt, dass auf Anfrage der SPD vor der Bundestagswahl die Landesregierung hier gesagt hat, es habe eine breite Eigentümerstreuung im Lande gegeben, und damit sei das Unternehmen praktisch wieder privatisiert?

Gabriel (SPD):

Natürlich ist mir das bekannt. Ich weiß auch, wie Ihre Position war. Sie waren immer für eine schnelle Privatisierung, egal, was dabei herauskommt; und das wollten wir nicht. Sie haben es doch wieder bestätigt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Antworten!)

Sie haben gerade vor wenigen Wochen hier ein Szenario entwickelt, ein Schauspiel, bei dem Sie von Scheinprivatisierung geredet haben, bei dem Sie uns vorgeworfen haben, wir hätten nicht schnell genug privatisiert. Heute kritisieren Sie, dass es Gespräche über strategische Partnerschaften gibt. Sie sind doch in der gesamten Salzgitter-Debatte immer nur Ihren ideologischen Zielen gefolgt. Nie haben Sie sich Gedanken über die Frage gemacht, wie es vorangehen soll.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Noch eine Zwischenfrage, Herr Gabriel?

Gabriel (SPD):

Klar war von Anfang an, dass es Sinn macht, sich international nach Partnern umzusehen, nicht durch die Übernahme oder den Verkauf wie 1997/98 an Voest Alpine. Dabei wäre es nicht mehr möglich gewesen, alle industriepolitische Verantwortung wahrzunehmen und die Entscheidungen über die vorhin genannten industriepolitischen Ziele vor Ort zu treffen. Aber: Eine eigenständige Entscheidung des Unternehmens Salzgitter AG darüber, ob und wie es Partnerschaften vollziehen will, war doch erst möglich, nachdem es nicht mehr Objekt von Verkaufsverhandlungen der Preussag mit irgendwelchen anderen europäischen Unternehmen war.

Der Antrag zur Bildung einer Strategiekommission, Herr Wulff, einer Kommission zur Prüfung der Möglichkeiten von strategischen Partnerschaften, ist im Aufsichtsrat von der Arbeitnehmerseite gestellt worden. Auch die war und ist der Auffassung, dass man über strategische Partnerschaften nachdenken muss. Sie will aber selbstverständlich die Bedingungen gewahrt wissen, die im April 1998 vertraglich eingegangen worden sind.

(Frau Harms [GRÜNE]: Es wird Zeit, dass dafür wieder gesorgt wird, Sigmar!)

Wenn seit Dezember 1998 zwischen Vertretern der Norddeutschen Landesbank und der HanBG Sondierungsgespräche geführt worden sind, so liegt das in der Tat auf der Linie der Suche nach strategischen Partnern. Ich möchte aber auch ganz offen zugeben und für die SPD-Fraktion klar stellen: Die

Art und Weise, in der diese Verhandlungen geführt worden sind, und die Tatsache, dass es nicht zu einer engen Abstimmung mit den Betriebsräten und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat gekommen ist, führen natürlich dazu, dass man auf der einen Seite sagen kann: Jawohl, ich verhalte mich rechtstreu gegenüber dem Aktiengesetz. - Auf der anderen Seite hat es aber zu einer erheblichen Verunsicherung der Belegschaft geführt, die am Ende nicht mehr wusste, was von dem Ganzen eigentlich noch zu halten ist.

Ich sage hier aber auch klar: Die Politik der SPD-Landtagsfraktion stimmt in vollem Umfang überein mit den Aussagen in der Regierungserklärung. Wir werden keine Entscheidung zulassen - egal, wer zuvor was verhandelt hat -, die die industriepolitischen Ziele der Vereinbarung aus dem Jahr 1998 nicht beinhaltet. Mit uns wird es keine Entscheidung gegen die Arbeitnehmer und die Belegschaften in Niedersachsen geben!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Gabriel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eppers zu?

Gabriel (SPD):

Nein, erst ganz am Ende, wenn ich fertig bin. Wenn dann noch Zeit ist, gern.

(Möllring [CDU]: Fertig sind Sie jetzt schon!)

- Wissen Sie, Herr Möllring, das ist Ihr Niveau, wenn Sie über die Belegschaften und die Arbeitnehmervertreter reden. - Lassen Sie mich - weil der Kollege Möllring gerade einen Zwischenruf gemacht hat - zum Abschluss noch etwas sagen: Auch ich bin der Meinung, dass die CDU Recht hat, wenn sie sagt, sie habe Kontinuität im Umgang mit dem Thema Salzgitter AG. Es stimmt auch, wenn die CDU sagt, dass man wisse, woran man bei der CDU sei, wenn es um das Thema Salzgitter gehe. Ich möchte dazu einige Zahlen vorlesen.

1983 dachte die CDU-Bundesregierung laut darüber nach, den Stahlstandort Peine zu schließen. 1984 hat die CDU-Ministerin Birgit Breuel zur Situation der Stahlindustrie wörtlich erklärt:

„Wir“

- also die CDU -

„müssen aufhören, die Branche massiv zu unterstützen, die auf Dauer keine Zukunft in der Bundesrepublik hat. Das gilt für Teile der Stahlindustrie und der Werftindustrie.“

1989 haben die CDU-Vertreter die Salzgitter AG gegen den Widerstand der Arbeitnehmer privatisiert. Der Verkaufserlös ist übrigens in Form der Bundes-Umweltstiftung aber nicht in Salzgitter geblieben, sondern nach Osnabrück gegangen. Das einmal zu der Frage, Herr Wulff, ob es im Lande Seilschaften gibt, die eine bestimmte Politik zugunsten einzelner Landesteile betreiben. Damals hat es diese auf jeden Fall gegeben.

Am 19. Februar 1998 - noch gar nicht so lange her - erklärte der CDU-Sprecher im Landtag wörtlich:

„Verbunden mit dem Erwerb von Preussag-Stahl setzt Niedersachsen aber nach außen ein Signal, dessen negative Wirkung wir nicht bagatellisieren sollten.“

Negative Wirkungen. - In derselben Rede des CDU-Sprechers wird der Kauf der Salzgitter AG durch das Land als „politischer Missbrauch der Interessen der Arbeitnehmer“ diffamiert. Im Februar stellen Sie im Landtag sogar einen Antrag, in dem es heisst:

„Der Kauf darf derzeit nicht erfolgen.“

Februar 1998!

Im November 1998 zettelten Sie eine in der Geschichte des Landtags wirklich einmalige Kampagne gegen die NORD/LB und das Unternehmen Salzgitter AG wegen angeblicher Scheinprivatisierung an. Dafür haben Sie einen offenen Brief einer Bank erhalten. Man muss sich einmal vergegenwärtigen, was es für einen Banker bedeutet, wenn er an einen Politiker einen offenen Brief schreibt, in dem zu diesem Thema nichts weiter als Unwahrheiten dezidiert nachgewiesen worden sind.

Vor etwa drei Wochen ruft ein Abgeordneter - offensichtlich Herr Eppers - an und erklärt, es sei ein Akt der endgültigen Verstaatlichung der Salzgitter AG, dass ich in den Aufsichtsrat kommen solle. Jetzt ruft derselbe Abgeordnete bei der IG Metall an und sagt: Die wollen das privatisie-

ren. Da müsst ihr den Gabriel doch unbedingt wieder aus dem Aufsichtsrat zurückziehen.

Sie besitzen nun wirklich eine lange Kontinuität in Bezug auf Ihr Handeln. Immer - in den 80er- wie auch in den 90er-Jahren - haben Sie gegen die Interessen der Arbeitnehmer in Peine/Salzgitter und heute auch in Ilsenburg gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

Diese inhaltliche Kontinuität, Herr Wulff, können Sie für sich zu Recht in Anspruch nehmen. Bei Ihnen weiß wirklich jeder, woran er ist.

Deshalb, sehr geehrter Kollege Wulff, war und bleibt es die SPD in Niedersachsen, die die industriepolitischen Ziele für die Entwicklung der Stahlstandorte sichert. Wir brauchen keine Ratschläge von Politikern, die noch gestern im Parlament gegen die Übernahme der Salzgitter-Aktien durch das Land gestimmt haben und denen die Privatisierung und der Auslandsverkauf gar nicht schnell genug gehen konnte. Wir brauchen Ratschläge auch nicht von Leuten wie Ihnen, Herr Wulff und Herr Eppers, die bei jeder Gelegenheit die Chance nutzen, die Herauslösung der Salzgitter AG aus dem Preussag-Konzern zu torpedieren, weil Ihnen Ihre eigenen ideologischen Positionen wichtiger waren als das Schicksal der Arbeitnehmer.

(Oestmann [CDU]: Wer hat wohl Ideologie angebracht? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ja, ist klar. Wir haben das unter dem Aspekt des Schicksal der Arbeitnehmerfamilien gemacht, Sie aber nur, weil Sie den ordnungspolitischen Rahmen von Herrn Lambsdorff längst verinnerlicht haben. Das ist der Grund, weshalb Sie dagegen gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Das einzig Neue sind nicht die jungen Wilden, sondern die neuliberalen Positionen, die Sie gegenüber der Salzgitter AG eingenommen haben.

Am 6. November haben Sie einen schönen Brief erhalten, den ich zum Abschluss einmal vorlesen möchte. Darin steht:

„Herr Wulff, Sie müssen doch wissen, dass die Salzgitter AG zu einem der weltbesten Stahlunternehmen gehört. Es ist unverständlich und unverantwortlich, die aus persönlichen Grün-

den infrage zu stellen. Wir bedauern, dass Sie als Politiker“

- gemeint sind Sie, Herr Wulff -

„so wenig Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein besitzen. Eine emotional aufgepeitschte Öffentlichkeit ist wenig hilfreich und führt zu weiteren Verunsicherungen der Kunden.“

Das hat Ihnen der Gesamtbetriebsrat der Salzgitter AG geschrieben, und das gilt auch heute noch.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Was meinen Sie, was Sie in den nächsten Tagen für Briefe kriegen werden?)

Unser Problem ist, dass Sie aus diesem Brief vom 6. November nichts gelernt haben. Ich muss um der Wahrheit willen sagen: Ich habe nicht erwartet, dass Sie in dieser Frage lernfähig sind. Deshalb bleibt es dabei: Wir werden - ohne dass ein Blatt Papier zwischen die Positionen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, der Betriebsräte und uns passt - die industriepolitische Entwicklung Salzgitters, Peines und Ilsenburgs weiter entwickeln und nichts zulassen, was den Zielen der Vereinbarung aus dem Jahr 1998 widerspricht. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt die Abgeordnete Frau Harms das Wort.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wulff, ich finde es ganz erstaunlich, dass Sie sich im Hinblick auf die jüngste Entwicklung und die Probleme am Standort Salzgitter so sehr auf Herrn Eppers stützen.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Vielleicht hätten Sie das auch schon früher einmal machen können. Dann hätten Sie möglicherweise auch die gestrige Betriebsversammlung besuchen können. Ich glaube nämlich nicht, dass man dafür den Schutz des Ministerpräsidenten braucht. Aufgrund Ihrer bisherigen Position konnten Sie zu der gestrigen Betriebsversammlung aber natürlich

nicht gehen. Tatsache ist doch, Herr Wulff: Wenn man Sie gelassen hätte, wäre der ganze Betrieb doch schon längst in anderen Händen. Es ist doch nicht so, dass Sie in der Vergangenheit an irgendeiner Stelle für die Arbeitnehmerinteressen am Standort Salzgitter gefochten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie es weitergehen wird und wie viel die Landesregierung vom Stahl versteht, wie es der Ministerpräsident gesagt hat, wird uns, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, sicherlich die nächste Zukunft zeigen. Wir wissen doch noch gar nicht, was in der nächsten Zeit passieren wird.

Ich möchte die Geschichte jetzt einmal aus einer anderen Perspektive darstellen, als dies der Ministerpräsident oder auch der geschätzte Kollege Gabriel gemacht haben. Ich glaube, dass es in der Bewertung dessen, was bisher abgelaufen ist, einen erheblichen Dissens gibt. Ich bin froh, dass es mir der Betriebsrat gestern ermöglicht hat, an der Betriebsversammlung teilzunehmen. Ich habe dadurch nämlich eine etwas andere Wahrnehmung vom Verlauf der Verhandlungen mit Arbed Luxemburg, als das in der bisherigen Debatte deutlich geworden ist.

Gestern haben die Arbeitnehmervertreter, u. a. auch der Arbeitsdirektor des Vorstandes, deutlich gemacht, dass die Verhandlungen mit Arbed Luxemburg keinesfalls unter dem Oberbegriff „Sondierungsgespräche“ zu behandeln sind. Auf der Betriebsversammlung ist deutlich gemacht worden, dass diese Verhandlungen mit Arbed Luxemburg kurz vor dem Abschluss gestanden haben. Die Arbeitnehmervertreter haben gesagt, dass es nur durch großen Druck der Arbeiter und Arbeiterinnen am Standort zu einer Notbremsung kam - - -

(Zurufe - Unruhe)

Vizepräsident Gansäuer:

Eine Sekunde, Frau Harms! - Ich bitte, die Unterhaltungen im Saal einzustellen. Das Thema ist, wo immer man politisch steht, wichtig genug. - Bitte schön, Frau Harms!

Frau Harms (GRÜNE):

Das war keine Beschimpfung, das ist einfach eine Beschreibung der Lage, Herr Wulff. - Durch den großen Druck, den die Arbeiter und Arbeiterinnen dort aufgebaut haben, ist sozusagen eine Notbrem-

sung geglückt - das ist O-Ton der Betriebsversammlung -, die verhindert hat, dass es zu einem Verkauf in der letzten Woche gekommen ist oder in der allernächsten Zeit kommt.

(Möllring [CDU]: Wer hat denn darauf hingewiesen? Doch weder die SPD noch Sie!)

Mich interessiert, was tatsächlich die Wahrheit ist. Da steht doch, Herr Ministerpräsident, Mann gegen Mann oder Wort gegen Wort. Herr Schmitthener hat gestern gesagt, das seien keine Sondierungsgespräche gewesen, es seien Verhandlungen geführt worden, die abschlussreif vorbereitet gewesen seien.

Mich interessiert, wer diese Verhandlungen tatsächlich geführt hat. Es kann doch nicht sein, dass die Landesregierung bei Verhandlungen über ein Unternehmen, das weitgehend im Besitz dieser Landesregierung ist, an dem die NORD/LB und die Landesregierung die Hauptanteile halten, überhaupt nicht beteiligt ist. Ich vermag nicht zu glauben, dass Herr Selenz, der für diese Verkaufsvorbereitung sicherlich große Verantwortung trägt, der Einzige ist, der Bescheid gewusst hat.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Herr Bodin von der NORD/LB oder dass ein Finanzminister Heiner Aller überhaupt nichts gewusst haben. Wenn das so wäre, wäre das schlimm. Ich glaube nicht, dass Herr Selenz ohne Rückendeckung des Finanzministers oder ohne Absprache mit der NORD/LB die Verhandlungen geführt hat.

Wenn wir die Lage heute auf der Grundlage dessen, was der Ministerpräsident gesagt hat, oder auch auf der Grundlage dessen, was Herr Kollege Gabriel gesagt hat, beurteilen wollen, müssen wir erkennen: Wir gehen in weitere Verhandlungen.

Gestern wurde auf der Betriebsversammlung der Rücktritt von Herrn Selenz gefordert, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überhaupt wieder Grund und Anlass für Vertrauen in derartige Verhandlungsführungen haben. Ich bin der Meinung, dass auch an anderen Ecken Vertrauen aufgebaut werden muss. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Salzgitter AG haben überhaupt keinen Grund, jetzt blind Vertrauen in diejenigen zu setzen, die an den Verhandlungen bisher beteiligt sein mussten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist für mich überhaupt nicht erkennbar, wie das, was der Kollege Gabriel immer wieder beschreibt, nämlich eine strategische Allianz, nach den bisherigen Verhandlungen zustande kommen soll. Dieser Aktienaustausch, der da vorbereitet worden ist, hätte unter den Bedingungen, die von wem auch immer ausgehandelt worden sind - das bleibt zu klären -, mit einer strategischen Allianz nichts, aber auch gar nichts zu tun gehabt. Es kann nicht alles ohne die Landesregierung gelaufen sein. Aber unter den Bedingungen, die da ausgehandelt worden sind, wäre Salzgitter von Arbed Luxemburg geschluckt worden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Bedingungen im Sinne der Beschäftigten, die hier hochgehalten werden - auch in der heutigen Regierungserklärung -, wären nicht durchzusetzen gewesen.

Für mich bleiben zwei Punkte zu klären. Erstens. Wie soll in Zukunft in den Mittelpunkt gerückt werden, dass es tatsächlich um eine strategische Allianz und nicht um eine Übernahme geht? Zweitens. Wer führt nun die Verhandlungen, wer löst diejenigen ab, die diese Verhandlungen bisher verantwortungslos im Auftrag von wem auch immer geführt haben? Das muss geklärt werden. Ich bin nicht damit zufrieden - ich glaube, das können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch nicht sein -, dass da ein Kopf rollt und sich ganz viele andere, die daran ganz bestimmt beteiligt gewesen sind, hinter diesem einen Kopf verstecken.

(Zustimmung bei Abgeordneten der GRÜNEN und der CDU)

Ich möchte Ihnen, Herr Ministerpräsident, zum Schluss noch eines sagen - Sie verlangen ja, dass man Ihnen da Vertrauen entgegenbringt -: Die Äußerungen aus der Staatskanzlei in der letzten Woche zum Stand der Informationen über die Verhandlungen waren einfach hanebüchen. Da hieß es am Mittwoch aus der engen Umgebung des Ministerpräsidenten zunächst,

(Glogowski [SPD]: Das hat ein Journalist behauptet!)

der Ministerpräsident sei über die Informationen zu dem Deal aus allen Wolken gefallen. Später hieß

es, der Ministerpräsident sei seit letzten Dienstag informiert. Dann hieß es, der Ministerpräsident sei immer zeitnah informiert gewesen. In der „Braunschweiger Zeitung“ habe ich gestern gelesen, dass der Ministerpräsident zu jedem Zeitpunkt die Fäden in der Hand gehabt habe.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Eveslage [CDU]: Da war er doch im Karneval!)

Mir als einfache Abgeordnete darauf einen Reim zu machen fällt mir sehr, sehr schwer. Ich habe das auf die Karnevalszeit geschoben. Ich glaube, dass man auf der Grundlage solcher Aussagen nicht mit dem Vertrauen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Salzgitter AG rechnen kann. - Danke.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat noch einmal der Herr Ministerpräsident.

Glogowski, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Zeitpunkt angemessen möchte ich darauf aufmerksam machen, dass kein Mitarbeiter der Staatskanzlei - auch ich nicht - Organ der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ ist. Die Situation ist ganz einfach: Sie müssen die Journalisten oder diejenigen, die das schreiben, fragen, worauf das basiert. Wir sind nicht das Organ der „HAZ“ oder anderer Zeitungen; damit das völlig klar ist. Ich möchte das ganz deutlich machen; ich kenne ja die Gemengelage, die da immer entzündet wird. Da schreibt einer etwas, da erklärt einer etwas. Mich hat keiner der Journalisten gefragt, außer einem Vertreter der „Bild“-Zeitung - die haben das auch korrekt geschrieben - und der „Braunschweiger Zeitung“; auch die haben das korrekt geschrieben.

Ich lege Wert darauf, festzustellen, dass ich noch immer in der Lage bin, zutreffende Erklärungen abzugeben. Sie müssen sich über die Verwirrung mit denjenigen auseinandersetzen, die sie verursacht haben. Ich jedenfalls habe es zu keinem Zeitpunkt an Klarheit in dieser Frage fehlen lassen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat jetzt der Kollege Schwarzenholz für fünf Minuten.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Landtag hat es heute versäumt, eine Chance zu nutzen, die Wahlkampfauseinandersetzungen der Bundestagswahl und der Landtagswahl nicht fortzusetzen. Wir hätten heute die Chance dazu gehabt - deswegen verstehe ich auch die taktischen Überlegungen der SPD-Fraktion nicht, die Debatte über einen Tagungsordnungspunkt nicht zuzulassen -, hier deutlich zu machen, dass man sich über Eckpunkte im Zusammenhang mit der Salzgitter AG verständigen und sie gemeinsam vertreten kann.

Ich bin etwas enttäuscht darüber, Herr Ministerpräsident, dass Sie auf die Fragen, die in der Öffentlichkeit so massiv diskutiert werden, keine Antworten gegeben haben. Dies betrifft insbesondere die Aussagen, die Herr Dr. Selenz gemacht hat - die habe ich nachgelesen -, der Ihnen indirekt vorwirft, dass Sie über alles vollständig informiert worden seien, dass Sie im Prinzip in diese Arbed-Übernahmeaktion einbezogen seien. Wenn das, was Dr. Selenz presseöffentlich wiederholt hat, nicht stimmt, hätte ich erwartet, dass das in der Regierungserklärung ausdrücklich festgestellt wird.

Außerdem hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie Position zu der Forderung der Arbeitnehmerseite beziehen, dass Dr. Selenz abgelöst werden muss. Das ist doch die Voraussetzung dafür, dass man tatsächlich wieder Vertrauen in eine Politik haben kann, die das erreichen will, was hier angekündigt worden ist, nämlich eine strategische Allianz und keine Übernahme. Aus Ihrer Regierungserklärung ist mir nicht klar geworden, wie Sie sicherstellen wollen, dass es tatsächlich nicht zu einer Übernahme kommt.

Ich will das am Beispiel des Stahlwerkes Peine verdeutlichen. Sie wissen ganz genau, dass die Interessenkollision der Produktpalette des Stahlwerkes Peine mit der Arbed-Produktpalette viel, viel größer ist als z. B. die Kollision, die hinsichtlich der Interessenlage bei Voest Alpine bestand. Also, wenn das, was wir damals zu Voest Alpine erklärt haben, zu dem ich auch heute noch eindeutig stehe, richtig war, dann kann es doch keine Übernahme durch die Arbed geben, und

dann ist der von Dr. Selenz oder wem auch immer eingeschlagene Weg falsch und kann so nicht weiter gegangen werden.

Wir hätten hier und heute die Möglichkeit gehabt, der Landesregierung im Interesse der Arbeitnehmer an diesen Standorten in diesem Sinne den Rücken zu stärken. Die Arbeitnehmer haben im letzten Jahr vielfältige Vorausleistungen erbracht, die darauf ausgerichtet waren, die Konkurrenzfähigkeit der Stahlwerke Salzgitter AG sicherzustellen. Die Betriebsräte haben den Rationalisierungsmaßnahmen und dem Arbeitsplatzabbau mit großen Bauchschmerzen zugestimmt. Sollen diese Opfer, sollen diese Zugeständnisse der Arbeitnehmerseite tatsächlich umsonst gewesen sein?

Herr Ministerpräsident, Sie haben dem Parlament hier und heute nicht dargelegt, wie Sie sicherstellen wollen, dass die Stahlwerke Salzgitter AG tatsächlich eigenständig weiter existieren können. Sie haben nicht dargestellt, worin der Unterschied zwischen der Arbed-Option und den bisherigen Optionen mit British Steel und Voest Alpine besteht. Sie haben, außer einem allgemeinen Versprechen, keine Perspektive deutlich gemacht, wie Sie konkret durchsetzen wollen, dass diese Standorte tatsächlich gestärkt werden. Ich finde, Herr Ministerpräsident, das wäre doch eigentlich die richtige Antwort gewesen, und in dem Sinne geht die Diskussion, die hier heute gelaufen ist und die zum Teil schon karnevalistisches Niveau hatte, an der Sache vorbei.

Ich finde es auch nicht verwerflich - das ist politisch völlig legitim -, dass die Landesregierung versucht, deutlich zu machen, dass sie dort in der Vergangenheit eine erfolgreiche Politik betrieben hat. Nur, Sie müssen das dann auch für die Zukunft nachweisen, weil Sie sonst das, was Sie den Leuten in der Vergangenheit erklärt haben, in Zukunft nicht werden erklären können.

Es geht nicht um Ausländerfeindlichkeit, wenn man sagt, dieser Konzern soll möglichst eigenständig bleiben, mit strategischer Allianz, sondern es geht darum, dass die Produktionsstandorte in der Form, in der sie bisher existieren, nur gehalten werden können, wenn es nicht zu einer Übernahme durch einen anderen Konzern kommt.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Möllring.

Möllring (CDU):

Ich hätte ja gerne darauf verzichtet, wenn der Herr Ministerpräsident nicht gemeint hätte, dass die „HAZ“, Herr Eppers und Herr Wulff nun Schuld an dem Chaos in Salzgitter hätten und auch alles falsch erklären.

(Ministerpräsident Glogowski: Das habe ich nicht gesagt! - Senff [SPD]: Möllring, das kennen wir doch!)

Ich will Ihnen nur einmal kurz die Informationspolitik der Landesregierung darstellen. Am 12. Februar 1999 hat Herr Benke, der Pressesprecher der Staatskanzlei, zu der Angelegenheit Salzgitter in der Landespressekonferenz erklärt:

„Ministerpräsident Glogowski ist über die Salzgitter-Geschichte informiert gewesen. Letztmalig am Dienstag wurde er unterrichtet.“

- Das widerspricht der Aussage von vorhin; da war es Mittwoch, aber das kann man ja nicht immer so genau wissen. -

„Alle Schritte waren abgestimmt zwischen Aller und Ministerpräsident Glogowski. Die Meldung ist falsch, dass Glogowski nicht informiert war.“

Dann kam die Frage eines Journalisten: „Weshalb war diese Konstruktion letztes Jahr eine Katastrophe und dieses Jahr nicht?“ - Benke: „Kann ich nicht erklären.“

Dann kam die Frage: „Findet Glogowski die Konstruktion gut?“ - Benke: „Wenn die Arbeitnehmer das gut finden, findet Glogowski das auch gut.“

Im Weiteren erklärte Herr Benke zu allen Fragen zu Salzgitter:

„Dazu sagen wir nichts. Fragen Sie Herrn Aller!“

Dann hat er erklärt: „Glogowski verhandelt überhaupt nicht.“ Als er gefragt wurde „Ist das nicht Chefsache?“ hat Benke gesagt: „Wir wollen als Staatskanzlei nichts sagen.“ Dann ist er gefragt worden: „Was qualifiziert Arbed mehr als Voest?“ - Benke: „Kann ich nicht sagen.“

Die Befragung endete mit einer Frage von Herrn Brinkmann: „Herr Benke, wissen Sie, wie der Ministerpräsident heißt?“ - Schweigen bei der Staatskanzlei.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache über die Regierungserklärung.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Diese kann ich aber sofort wieder schließen; denn es liegen bekanntermaßen keine Beratungsgegenstände vor.

Ich rufe dann auf

Tagesordnungspunkt 2:

Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/511 – Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 14/543 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs. 14/544

Meine Damen und Herren, das Prozedere muss ich nicht langatmig erläutern, es geht hier um die unstrittigen Eingaben. Ich frage schlichtweg, ob es zu den unstrittigen Eingaben Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse dann über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 511 abstimmen. Wer diesen Ausschussempfehlungen insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe dann auf:

Tagesordnungspunkt 3:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Niedersächsischen Bodenschutzgesetzes (NBodSchG) - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs. 14/380 - - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/547 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen - Drs. 14/538

Der Gesetzentwurf wurde im Vorwege am 1. Dezember 1998 an den Ausschuss für Umweltfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatteerin ist die Kollegin Frau

Somfleth. Bitte schön! - Frau Somfleth ist nicht im Saal. Sie wird geholt.

(Senff [SPD]: Frau Somfleth gibt zu Protokoll!)

Ich könnte ja jetzt versuchen, die „Glocke“ aufzusagen. Vielleicht ist sie dann am Ende da. - In einem sportlichen Endspurt nähert sie sich. Bitte schön, Sie haben das Wort!

(Senff [SPD]: Brigitte, ich habe gesagt, du gibst zu Protokoll! Nun hau' mich nicht in die Pfanne!)

Somfleth (SPD), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Drucksache 538 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Umweltfragen, den Gesetzentwurf mit den aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Weil es sich bei diesem Entwurf eines Niedersächsischen Bodenschutzgesetzes um einen Entwurf handelt, der im Vorwege an die Ausschüsse überwiesen worden ist, erlauben Sie mir einige Worte zu seinem Anlass und zu seinem Inhalt.

Im März 1998 ist das Bundes-Bodenschutzgesetz verkündet worden. Es begründet Pflichten zur Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen und von Gewässerverunreinigungen, die dadurch verursacht werden. Schließlich begründet es Pflichten zur Sanierung von Boden und Altlasten. Diese Pflichten können durch behördliche Anordnungen durchgesetzt werden.

Das Bundes-Bodenschutzgesetz tritt in seinen wesentlichen Teilen am 1. März 1999 in Kraft. Will man, wie der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf das vorsieht, die Zuständigkeiten für den Bodenschutz da lassen, wo sie bisher im Abfallbereich bereits lagen, nämlich bei den Landkreisen, dann muss man das bis zum 1. März durch Landesgesetz regeln. Dementsprechend ist der Gesetzentwurf in seinem Artikel 1 weitgehend von verfahrensrechtlichen Festlegungen geprägt, im Wesentlichen zu folgenden Fragen:

Erstens. Welche Behörden sollen für den Vollzug des Bodenschutzrechts im Einzelnen zuständig sein?

Zweitens. Welche Aufgaben haben sie?

Drittens. Welche Datensammlungen haben sie zu führen?

Viertens. Welche Mitteilungs- und Duldungspflichten bestehen ihnen gegenüber?

Fünftens. Welche Qualifikationserfordernisse müssen Sachverständige oder Untersuchungsstellen erfüllen, die von den Bodenschutzbehörden zur Aufgabenerfüllung herangezogen werden?

Einen zweiten Schwerpunkt hat der Gesetzentwurf in Artikel 1 §§ 4 und 5. Hier wird eine bundesrechtliche Ermächtigung genutzt, um für Niedersachsen die Möglichkeit zu schaffen, durch Verordnung Bodenplanungsgebiete einzurichten. Das trägt insbesondere den speziellen Bedürfnissen des Harzes Rechnung. In diesem Raum gibt es nämlich weiträumige Belastungen mit Schwermetallen, die aus dem Bergbau herrühren. Dem Entwurf geht es darum, dass in den flächenhaft belasteten Gebieten geordnet und aufeinander abgestimmt festgelegt werden kann, wie mit dem Boden innerhalb des Bodenplanungsgebietes umgegangen werden soll, etwa durch ein Bodenmanagementsystem. Eine solche Möglichkeit vorzusehen ist auch erforderlich, denn das Bodenschutzrecht des Bundes hat die Situation von im Wesentlichen unbelasteten Gebieten mit punktuellen Belastungen vor Augen gehabt. Das Bundesrecht sieht deshalb nur die gesonderte, isolierte Prüfung jedes Einzelfalls vor, was in vielen Harzgebieten ohne Koordinierung weder sinnvoll noch darstellbar ist.

Schließlich geht es in Artikel 2 im Wesentlichen um Anpassungen des Abfallgesetzes an die neue Gesetzeslage.

In den Ausschussberatungen hat es über die Grundzüge des Entwurfs und - im Rahmen einer sehr konstruktiven Beratung - auch über die noch nötigen Änderungen ein weitgehendes Einverständnis gegeben. Wie sehr sich dieser Beratungsprozess gelohnt hat, können Sie daran sehen, dass die Beschlussempfehlung im federführenden Umweltausschuss schließlich einstimmig bei Stimmenthaltung der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden ist. Auch die Einzelberatungen sind in weiten Teilen zu einverständlichen Ergebnissen geführt worden. Wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in wenigen, sicherlich nicht unwichtigen Fragen anderer Meinung als die Mehrheit in den Ausschüssen gewesen ist, dann prägt das jedenfalls das Gesamtbild der Beratungen nicht.

Wegen der Einzelheiten, die Gegenstand der Ausschussberatungen gewesen sind, möchte ich im

Übrigen auf den schon vorliegenden schriftlichen Bericht verweisen, der heute an Sie, meine Damen und Herren, verteilt worden ist. Die am Gesetzentwurf vorgenommenen Änderungen sind durchweg notwendige Arbeiten am Detail, die die Grundstruktur des Entwurfs nicht berührt haben und die sich eher zum Nachlesen als zur mündlichen Darstellung eignen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines erwähnen: Es hat in den Ausschüssen von den Mitgliedern, die der CDU-Fraktion bzw. der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angehören, Kritik daran gegeben, dass der Gesetzentwurf in großer zeitlicher Enge beraten werden musste. Es ist streitig geblieben, ob dies auf Versäumnisse der Bundes- oder der Landesebene zurückzuführen ist. Jedenfalls hat es in den Ausschüssen eine gemeinschaftliche Anstrengung gegeben, dass nun der Gesetzentwurf rechtzeitig, zum 1. März, in Kraft treten kann.

Namens des Ausschusses für Umweltfragen bitte ich Sie, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 538 zuzustimmen. Diese Empfehlung ist mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen worden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das Wort in der Beratung des Gesetzentwurfes hat jetzt der Kollege Stolze.

Stolze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz des Bodens ist zu einem wichtigen Anliegen der heutigen Gesellschaft geworden, denn der Boden ist vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Bodenverunreinigungen durch Schadstoffe gehören zu den großen Umweltproblemen der heutigen Zeit. Da war es längst überfällig, ein Bodenschutzgesetz zu beschließen. Im Januar 1998 einigten sich Bundestag und Bundesrat über das Bodenschutzgesetz. Es begründet u. a. Pflichten zur Vermeidung und zur Abwehr von Bodenbelastungen sowie zur Sanierung des Bodens. Das Gesetz schafft vergleichbare Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in allen Bundeslän-

dern. Dadurch soll Gleichheit für künftige Investitionen geschaffen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ehe ich nun auf den Gesetzentwurf eingehe, möchte ich mich an dieser Stelle bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die außerordentlich konstruktiven und zügigen Beratungen bedanken. Dies beziehe ich ausdrücklich auf alle im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien. Die Ausschüsse beschäftigten sich in Sondersitzungen trotz gleichzeitig stattfindender Haushaltsberatungen mit dem Bodenschutzgesetz. Zusätzlich fand zur Meinungsbildung eine Anhörung der betroffenen Institutionen und Verbände statt. Mein Dank gilt außerdem dem Stenografischen Dienst sowie dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst. Letzterer hat den Gesetzentwurf mit zahlreichen weiterführenden, aber auch kritischen Vorschlägen begleitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bodenschutzgesetz tritt am 1. März 1999 in Kraft. Mit Blick auf diesen Termin musste das Land die Zuständigkeiten für den Vollzug des Gesetzes regeln. Der größte Teil der im Niedersächsischen Abfallgesetz enthaltenen Altlastenregelungen gilt mit Inkraft-Treten des Bodenschutzgesetzes nicht mehr. Inhaltlich haben wir jetzt in unser Niedersächsisches Bodenschutzgesetz die Zuständigkeitsregelungen übernommen. Ein besonderes Anliegen war es uns, dass unsere alten Industrieregionen, wie etwa der Harz, die aufgrund ihrer Industriegeschichte großflächig vorbelastet sind, nicht durch die vorgesehene Vorsorge und die Prüfwerte vor wirtschaftliche Entwicklungsprobleme gestellt werden. Wir haben daher auf die bestehende Möglichkeit der Festlegung von Bodenplanungsgebieten zurückgegriffen.

Durch die Festlegung von Bodenplanungsgebieten kann etwa der Umgang mit Bodenaushub gesondert geregelt werden. Es müssen jetzt nicht bei jeder Erdbewegung umfangreiche Analysen durchgeführt werden, ob und inwieweit sich ein Altlastenverdacht bestätigt. Diese Fragen können im Rahmen einer eigenen Verordnung einmal für das entsprechende Gebiet geklärt werden. Wir haben damit den Sorgen der Menschen nicht nur im Harz Rechnung getragen, sondern auch in den anderen alten Industrieregionen. Wenn allerdings diese Regelungen nicht getroffen worden wären, würde es für die Menschen dort schwierig werden, künftig Bauvorhaben durchzuführen. Inwieweit die Festlegung von Bodenplanungsgebieten in das Bauleitplanungsrecht eingreift - darüber waren sich

alle Beteiligten in den Ausschussberatungen einig -, wird letztlich auf Bundesebene entschieden werden müssen, da es um die Auslegung von Bundesrecht geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regelung in § 4 des Landesgesetzes erlaubt den betroffenen Regionen auch unter Geltung des Bundes-Bodenschutzgesetzes, vernünftig mit den vorhandenen Belastungen umzugehen, ohne dass gleich großflächige Sanierungen erforderlich werden.

Zur Vermeidung von Missverständnissen: Bodenplanungsgebiete beziehen sich nicht auf landwirtschaftliche Flächen, sondern sind als Instrument zum Umgang mit siedlungsbedingt großflächig erhöhten Schadstoffgehalten in Böden gedacht, die baulich oder gewerblich genutzt werden.

Für den rechtlichen Vollzug des Bodenschutzrechtes sollen die unteren Behörden zuständig sein, denen schon der Vollzug von altlastenbezogenen Vorschriften des Wasser-, Abfall- und Immissionschutzrechts oblag, inklusive der bisher bereits bestehenden Kostenregelungen.

Die Ausweisung des Bodenplanungsgebietes soll den unteren Bodenschutzbehörden obliegen. Über einen Erlass des Niedersächsischen Umweltministeriums soll dafür Sorge getragen werden, dass durch eine Verordnung die örtlichen Umweltverbände beteiligt werden. Ich betone ausdrücklich „die örtlichen Umweltverbände“, da wir der Auffassung sind, die ortsbezogenen Kenntnisse sind wichtiger als allgemeine Stellungnahmen.

Abschließend möchte ich feststellen, dass wir mit unserem Gesetz einen wichtigen ersten Schritt zum Schutz des Umweltmediums Boden vollziehen, gleichzeitig aber die praktikable Umsetzung in allen Landesteilen gewährleistet ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie deshalb, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt Herr Kollege Hoppenbrock.

Hoppenbrock (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Vorrredner haben es gesagt: Die CDU-Fraktion hat dem Gesetzentwurf im Umweltausschuss zugestimmt. Das heißt aber nicht, dass wir uns nicht in manchem bessere Lösungen hätten vorstellen können. Das gilt besonders für das Verfahren. Den Inhalt haben wir an entscheidenden Punkten nachgebessert.

Zunächst zum Verfahren, das, wie ich meine, unter völlig inakzeptablem zeitlichen Druck abgewickelt wurde. Bereits am 24. März vergangenen Jahres hat die alte Bundesregierung das Bundes-Bodenschutzgesetz veröffentlicht. Es soll zum 1. März dieses Jahres in Kraft treten, und man sollte denken, man hätte Zeit genug gehabt, um das Niedersächsische Bodenschutzgesetz ebenfalls bis zum 1. März beraten und verabschieden zu können. Doch anstatt sich gleich im März an die Arbeit zu machen, legte die SPD-Fraktion den Entwurf erst im November 1998 auf den Tisch, acht Monate später, als es hätte sein können.

Das war acht Monate zu spät, um im Ausschuss und mit den beteiligten Verbänden und Institutionen vernünftig zu diskutieren und abzuwägen. So hatte beispielsweise der Landkreistag nach Berücksichtigung der Weihnachtszeit lediglich 14 Tage Zeit zur Beurteilung der Vor- und Nachteile für die Kommunen.

Von der SPD-Fraktion kam die Erklärung, die alte Bundesregierung sei schuld. Man habe erst die dazugehörige Bundesverordnung abwarten wollen. Aber die ist bis heute nicht da, weil sie durch den Bundesrat abgesegnet werden muss, und das ist bis heute nicht geschehen.

(Eveslage [CDU]: Aha!)

Den wahren Grund dieser unerträglichen Verzögerung kennen wir alle: Vor der Bundestagswahl im September wollte man niemandem wehtun.

(Zustimmung von Ehlen [CDU])

Es sollte nichts Unangenehmes mehr auf den Weg gebracht werden. In der SPD galt die Parole: Wer nichts tut, der tut auch nichts Falsches, und der mindert damit auch nicht die Chancen unseres ehemaligen Ministerpräsidenten in Bonn.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir, Herr Inselmann, beim Finanzausgleich, beim Haushaltsgesetz und bei der unsäglichen Streichung der Kindergartenförderung erlebt oder erlitten. Das Bodenschutzgesetz musste dazu auch herhalten.

(Beifall bei der CDU - Senff [SPD]:
Was hat das mit dem Bodenschutzgesetz zu tun?)

Nun zum Inhalt: Es ist richtig und vernünftig, die Durchführung und Überwachung auf die kommunale Ebene zu verlagern. Der Landkreis wird untere Bodenschutzbehörde. Unbekannt sind bis heute die damit verbundenen Kosten. Auch im kommunalen Finanzausgleich ist dafür keine Position vorgesehen. Man macht es sich sehr einfach und geht davon aus, dass bei den unteren Bodenschutzbehörden, also bei den Kommunen, keine zusätzlichen Kosten entstehen. Das ist jedoch nach den Erfahrungen der kommunalen Spitzenverbände nicht haltbar. Mit der Einführung eines neuen Rechtssystems entstehen automatisch neue Kosten und ein höherer Vollzugaufwand.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Anliegen der CDU ist schon immer der Schutz des Eigentums gewesen. Mehr als drei Viertel des Grund und Bodens in Niedersachsen werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Er gehört in der Regel den Land- und Forstwirten. Nachhaltiger Bodenschutz greift in Eigentumsrechte ein. Er kann deshalb nur gemeinsam mit den Eigentümern oder mit den Bewirtschaftern erreicht werden.

(Ehlen [CDU]: Sehr gut! - Zustimmung von Eveslage [CDU])

In § 9 des vorliegenden Entwurfes heißt es:

„Anordnungen zur Beschränkung der land- oder forstwirtschaftlichen Bodennutzung sind im Einvernehmen mit den land- oder forstwirtschaftlichen Fachbehörden zu erlassen.“

Dadurch erhöhen sich die Akzeptanz und das Vertrauen des Eigentümers. Diese Vertrauensbasis brauchen wir.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen lehnen wir den Antrag der Fraktion der Grünen ab, hier „Einvernehmen“ durch „Benehmen“ zu ersetzen.

§ 4 des vorliegenden Entwurfes behandelt die so genannten Bodenplanungsgebiete. Das sind genau genommen Bodenbelastungsgebiete, in denen flächenhaft schädliche Bodenveränderungen auftreten. Hier hat die Behörde die Möglichkeit, großflächig oder auch abgestuft geeignete Schutz- oder Vorsorgemaßnahmen festzulegen. Im ursprünglichen Entwurf der SPD-Fraktion sollte ausschließlich der Eigentümer zur Duldung und Durchführung der festzulegenden Maßnahme herangezogen werden. Danach würden beispielsweise die Hauseigentümer in einem Baugebiet zur Sanierung verpflichtet, wenn sich Jahre nach dem Bau herausstellen würde, dass der Untergrund durch Altablagerungen belastet ist. Die Bauherren hätten die Zeche allein zu zahlen gehabt. Sie wäre ruiniert, und zwar ohne dass die Behörden auf den Verursacher hätten zurückgreifen müssen.

Gleiches gilt für die Land- und Forstwirtschaft. Einerseits hat der Eigentümer die Pflicht, seinen Wald für die Bevölkerung zu öffnen. Das ist auch vernünftig. Wenn aber andererseits auf seinem Grundstück Müll, Altöl oder Schlimmeres abgeladen werden, dann wäre es nach dem alten SPD-Entwurf ausschließlich die Pflicht des Eigentümers gewesen, diesen Schaden auf seine Kosten zu beseitigen. Das widerspricht unserem Rechtsverständnis und kann im Extremfall auch zum Ruin eines Land- oder Forstwirtes führen.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Inselmann, wir alle haben gesagt, dass wir das nicht wollen. Deswegen haben wir das geändert. Die CDU hat interveniert, und nach der heute vorliegenden Beschlussempfehlung soll zunächst der Verursacher zur Kasse gebeten werden, und erst, wenn der nicht ermittelt werden kann

(Inselmann [SPD]: Fair wäre, wenn Sie sagten: Wir haben gemeinsam interveniert!)

- kommt noch -, dann ist der Eigentümer zur Duldung und Durchführung der angeordneten Maßnahme heranzuziehen.

(Eveslage [CDU]: Die SPD hat sich unserem Vorschlag angeschlossen!)

Meine Damen und Herren, wir hatten eine gute Zusammenarbeit im Umweltausschuss. Das muss man auch einmal betonen.

(Ehlen [CDU]: Das ist aber neu! – Zuruf von Dr. Domröse [SPD])

Trotz des unnötigen Zeitdrucks, der in Niedersachsen hausgemacht war, haben wir gemeinsam der ursprünglich recht oberflächlichen SPD-Vorlage zu einer vorzeigbaren und akzeptablen Form verholten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von [CDU]: Sehr gut!)

Deswegen werden wir der Beschlussempfehlung zu dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Das Wort hat jetzt die Kollegin Frau Steiner. Bitte schön!

(Senff [SPD]: Das habe ich befürchtet! – Zuruf von der [SPD]: Nicht so grantig! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Steiner (GRÜNE):

Ich habe mich bemüht.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grundlage des hier zu beratenden Gesetzes ist das Bundes-Bodenschutzgesetz, das in zwei Wochen in Kraft treten wird. Hier ist nicht der Ort, die Defizite des Bundesgesetzes zu bewerten, die noch von der alten Bundesregierung zu verantworten sind. Die Bundes-Bodenschutzverordnung, die den Vollzug überhaupt erst ermöglicht, konnte noch nicht verabschiedet werden. Sie befindet sich noch in der Beratung im Bundesrat. Wir hoffen, dass sich die Länder entsprechenden Korrekturen der Defizite des Gesetzes durch die rot-grüne Regierung nicht verweigern werden.

Ich gehe nicht mehr im Detail auf den Gesetzentwurf ein. Er ist bereits vorgestellt worden. Ich sage nur etwas zu einigen Punkten.

Da der hier vorliegende Gesetzentwurf nur der Umsetzung des Bundesgesetzes dient, sind die Möglichkeiten des Landes für eigene Akzentsetzungen höchst eingeschränkt. Bei § 4 des Gesetzentwurfs wurde ein solcher Akzent gesetzt. Die Bodenbelastungsgebiete aus dem Bundesgesetz

werden im Niedersächsischen Bodenschutzgesetz zu Bodenplanungsgebieten.

(Dr. Domröse [SPD]: Ja, so ist es! - Unruhe)

- Ja, wenn sich der Präsident auch unterhält.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, bitte schön!

Frau Steiner (GRÜNE):

Das hört sich für die betroffenen Gemeinden sicherlich schöner an. Es ist jedoch Augenschwermerei.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Tatsächlich werden in diesem Paragraphen strenge Vorgaben für belastete Gebiete gemacht, über die auch ein hübscheres Etikett nicht hinwegtäuschen kann. Die Konsequenzen für die betroffenen Gemeinden und Grundstückseigentümer bleiben nämlich dieselben.

In diesem Zusammenhang ist es allerdings positiv zu bewerten, dass im Zuge der Ausschussberatung der § 6 des Gesetzentwurfs ergänzt wurde, sodass jetzt ein Sicherungs- und Sanierungsbeirat eingerichtet werden kann. Erst diese Regelung ermöglicht eine Bürgerbeteiligung, die bei den vorherzusehenden Konflikten

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ein wichtiges demokratisches Element darstellt.

Solche ergänzenden Vorschriften räumt das Bundesgesetz den Ländern ausdrücklich ein. Diese neue Regelung des § 6 a erhält damit die Festlegung des § 37 des Niedersächsischen Abfallgesetzes in Bezug auf Altlasten, die ansonsten ersatzlos entfallen wäre. Gerade diese Regelung hat sich aber in konkreten Fällen, wo sie angewendet wurde, auch bewährt.

Der Punkt allerdings, der für die Fraktion der Grünen am stärksten ins Gewicht fällt, findet sich in § 5 – Verfahrensvorschriften. Genauer gesagt: Er findet sich dort nicht, sondern er ergibt sich aus den Auslassungen. Beim Erlass – ich beziehe mich jetzt auf § 5 – oder der wesentlichen Veränderung in einer Verordnung in Bezug auf die Bodenplanungsgebiete wird zwar den Gemeinden und deren Zusammenschlüssen das Recht zur Stellungnahme

gegeben. Dieses Recht wird aber nicht auf die nach § 29 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Verbände ausgedehnt. Wir haben das in den Ausschussberatungen eingefordert, und wir haben es auch hier zum Antrag erhoben. Der Antrag liegt Ihnen vor. Die CDU-Fraktion lehnt ihn aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Das ist bekannt. Was uns enttäuscht, ist, dass sich die SPD-Fraktion zum ersten Mal einer solchen Festlegung in einem Gesetz verweigert.

(Glocke des Präsidenten)

Der Verweis darauf, dass die Einbeziehung örtlicher Naturschutzverbände auf dem Erlasswege geregelt werden könne, ist kein Ausweg. Eine Verbandsklage in Konfliktfällen ist nur dann möglich, wenn die Einbeziehung der Verbände direkt im Gesetz geregelt wird.

Dass für die CDU-Fraktion die Verbandsklage die Wurzel allen Übels ist, verkündet Herr Wulff in steter Wiederholung. Dass sich jedoch die SPD-Fraktion von diesem Instrument verabschiedet,

(Inselmann [SPD]: Tun wir doch gar nicht!)

das 1993 von der rot-grünen Regierung für Niedersachsen eingeführt wurde, lässt für den Umgang mit den Stellungnahmen von Naturschutzverbänden in Zukunft Schlimmes befürchten. Die Beteiligung der Verbände führt bereits im Vorfeld von Planungsentscheidungen zu einem ausgewogenen und transparenten Verfahren. Sowohl die unteren als auch die oberen Naturschutz- und Bodenschutzbehörden, Herr Inselmann, prüfen dann nämlich genauer, inwieweit den Belangen von Natur oder Bodenschutz Rechnung getragen wird.

(Inselmann [SPD]: Deswegen wollen wir auch die Örtlichen dazu hören! – Glocke des Präsidenten)

Es ist auch in den letzten Jahren nicht zu einer Inflation von Verbandsklagen gekommen. Tatsächlich hat dieses Recht eher dazu geführt, dass Abwägungsfehler teilweise vermieden oder schon vorab erkannt wurden. Erst diese Beteiligung führte oft zu gerichtsfesten Entscheidungen.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zeitlich auf den Boden kommen.

Frau Steiner (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss. Ich bin nämlich schon bei den Abwägungsfehlern.

Wurden Abwägungsfehler gemacht oder die sachlich begründeten Einwände von Verbänden ignoriert, führte dies zu Klagen und Niederlagen vor Gericht. Das haben einige Kommunen und auch das Land schmerzlich erfahren müssen. Die Ursache war die eingeschränkte Abwägung durch die Naturschutzbehörden und nicht etwa die Verbandsklage.

Deswegen möchte ich Sie noch einmal bitten, unseren Antrag zu unterstützen. Wir haben das lange diskutiert. Wir können uns – wenn Sie ihn ablehnen sollten – nicht am Aushebeln der angemessenen Verbändebeteiligung beteiligen. Wir können dem keinen Vorschub leisten. Wenn Sie den Antrag ablehnen, sehen wir uns leider gezwungen, dem Gesetz unsere Zustimmung zu verweigern. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Inselmann [SPD]: Das ist aber bitter! Das wird uns sehr kränken!)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Minister Jüttner. Bitte schön!

Jüttner, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei allen drei Fraktionen ausdrücklich für die zügige Beratung bedanken, aber an zwei Stellen inhaltlich etwas gerade rücken, damit keine Legendenbildung zustande kommen kann.

Herr Hoppenbrock, es ist in der Tat so, dass Niedersachsen das einzige Bundesland ist, das es geschafft hat, so schnell ein Anpassungsgesetz vorzulegen. Die anderen Bundesländer brauchen länger. Der Hintergrund, das so zügig zu betreiben, ergibt sich daraus, dass erst Ende September dem Bundesrat ein Verordnungsentwurf zugeleitet worden ist. Erst aus diesem Verordnungsentwurf ist deutlich geworden, welche materielle Qualität in potentiellen Bodenplanungsgebieten zur Grundlage gemacht werden musste. Spätestens – und zugleich frühestens – zu diesem Zeitpunkt war klar, welche Konsequenzen das für Teile Niedersachsens ab 1. März 1999 haben würde. Deshalb sollten Sie

sich bei der SPD-Fraktion bedanken, dass sie das alles so zeitnah auf den Weg gebracht hat.

Die Tatsache, dass Sie inhaltlich zustimmen, zeigt ja auch, dass Sie wissen, welche Brisanz darin enthalten ist und wie notwendig das Ganze ist. So viel zum Verfahren. Mehr können wir uns sparen.

Eine Bemerkung zu Ihnen, Frau Steiner: Eine sachgerechte Beteiligung der Verbände ist nach der Logik des Bodenschutzrechtes – auch des niedersächsischen – gegeben. Wenn Sie hier einen Zusammenhang zum Thema Verbandsklage herbeiführen wollen, ist das sozusagen auf dem falschen Bein gebrütet. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. Die Landesregierung ist mit Ihnen der Meinung, dass die Verbandsklage ein angemessenes Instrument im Rahmen der Verbändebeteiligung zur Qualifizierung von Verfahren ist. Aber hierher zu kommen und an dieser Stelle etwas einzufordern, was wirklich nicht sachlich gerechtfertigt ist – sondern es ist hierbei sinnvoll, dass die Verbände vor Ort beteiligt werden, und das wird gewährleistet –, gibt dem Ganzen wirklich einen falschen Zungenschlag. Deshalb sollten Sie überlegen, ob Sie aus Ihrer etwas unglücklichen Einschätzung nicht die angemessenen Konsequenzen ziehen und ebenfalls zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die allgemeine Aussprache, und wir kommen zu den notwendigen Abstimmungen.

Artikel 1. – Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 547 in Bezug auf § 5 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Demzufolge kommen wir jetzt zur Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer dieser Änderungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Artikel 2. - Auch zu diesem Artikel liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen.

- Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Artikel 3. - Zu diesem Artikel liegt ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung, meine Damen und Herren. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

(Zustimmung bei der SPD und von Eveslage [CDU])

Außerdem müssen wir noch über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen in der Drucksache 538 abstimmen. Wer dem zustimmen will und damit die in die Beratung einbezogene Eingabe für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 14/540

Meine Damen und Herren, zur Einbringung hat der Kollege Althusmann das Wort. Bitte schön!

Althusmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die besten Entwürfe zur Änderung von Gesetzen sind bekanntlich die, die aus zwei Artikeln bestehen, wobei Artikel 1 den Änderungsvorschlag enthält und Artikel 2 lautet: „Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1999 in Kraft.“ Das ist insbesondere dann von großem Vorteil, wenn damit die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Sammeln von Unterschriften für Volksbegehren in Niedersachsen verbessert werden können. Sie wissen, wie erfolgreich Unterschriften-

sammlungen sein können, insbesondere dann, wenn sie von der Union durchgeführt werden.

(Zustimmung bei der CDU - Buß
[SPD]: Ihr solltet euch was schämen!
- Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in Artikel 1 schlagen wir Ihnen eine notwendige Klarstellung des Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetzes vor. Dass sie notwendig ist, zeigt auch das zurückliegende Volksbegehren „Wir gegen die Recht Schreibreform“. Wenn Sie es mit der Möglichkeit eines Volksbegehrens und der 10 %-Hürde wirklich ernst meinen, dann dürfen Sie es nicht zur Regel werden lassen, dass man in Niedersachsen erst eine formaljuristische Ausbildung absolvieren muss, um dann tatsächlich Unterschriften sammeln zu können.

Meine Damen und Herren, dass der Landeswahlleiter beim 97er Volksbegehren mehr als 87.000 Unterschriften für ungültig erklärte, lag schlicht und einfach daran, dass der § 18 des Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetzes einen zu großen Interpretationsspielraum bietet. Die formalen Gründe für die Ungültigkeit lagen überwiegend in dem rechtlich ungeklärten Zusatz „Verantwortlich im Sinne des Presserechts“. Dieser Zusatz hat zur Ungültigkeit der Unterschriften geführt, insbesondere dann, wenn es um Zeitungsanzeigen ging.

Für gänzlich ungültig erklärt wurden auch Mehrfacheintragungen gegen die Rechtschreibreform. Ich will gern zugeben, dass dies ein umstrittenes rechtliches Problem ist. Dennoch wurde in Thüringen und in Bayern nach unseren Informationen Rechtsklarheit geschaffen, um eine eindeutige Willenserklärung des Unterschreibenden nicht generell zu missachten.

Meine Damen und Herren, es ist eine sinnvolle, es ist eine kurze Gesetzesänderung, die Rechtssicherheit und -klarheit schafft. Dies bedarf auch nur einer kurzen Begründung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt die Frau Kollegin Bockmann.

Frau Bockmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal ist es schon erstaunlich, welche Wandlungsfähigkeit die Union an den Tag legt, wenn es darum geht, kurzfristigen populistischen Aktionismus zu entfalten.

(Beifall bei der SPD)

Als wir im Rahmen der Verfassungsgebung die Diskussion um die Stärkung plebiszitärer Beteiligungsformen geführt haben, hat sich die CDU für hohe Quoten und vor allem für eindeutige Verfahrensregelungen ausgesprochen.

(Zuruf von der SPD: Wo ist denn der Herr Möllring eigentlich?)

Nunmehr sollen diese Vorgaben, weil es parteipolitisch anscheinend gerade passt, durch die Hintertür wieder aufgeweicht werden.

Der von der CDU eingebrachte Gesetzentwurf eröffnet die Möglichkeit von unseriösen Machenschaften und Täuschungen der Bürgerinnen und Bürger. Sie laufen Gefahr, nicht eindeutig erkennen zu können, wofür sie ihre Unterschrift leisten, weil Abweichungen von wesentlichen Angaben auf dem Formular vorgenommen werden können.

(Eveslage [CDU]: Welche denn?)

Derartige Abänderungen blieben folgenlos.

(Eveslage [CDU]: Welche denn? Sagen Sie einmal ein Beispiel!)

Nach den Erfahrungen mit der Unterschriftensammlung der CDU zum Staatsangehörigkeitsrechts hat das ja möglicherweise auch Methode.

(Buß [SPD] und andere: So ist es!)

In den Gesetzgebungsberatungen zum Niedersächsischen Volksabstimmungsgesetz hat sich der federführende Ausschuss einvernehmlich dafür ausgesprochen, dass die Verantwortung und die Initiative für diese Gesetzesentwürfe und die Unterschriftenbögen, mit denen das Volksbegehren durchgeführt werden soll, zunächst bei den Vertreterinnen und Vertretern liegen sollen, die das Volksbegehren in Gang setzen wollen. Zu dieser Zeit war man sich auch darüber einig, dass diejenigen, die für die Unterschriftenbögen Sorge zu tragen haben, auch dafür zu sorgen haben, dass die Bürgerinnen und Bürger auf die Verbindlichkeit

des Inhalts und der äußeren Form dieser Listen vertrauen können.

Um dies zu gewährleisten, hat der Gesetzgeber als zweiten Schritt vorgesehen, dass der Inhalt dieser Unterschriftenbögen durch Beratung des Landeswahlleiters mit den Vertreterinnen und Vertretern abgestimmt wird und nach der Abstimmung eine verbindliche Festlegung des Musters des Unterschriftenbogens durch den Landeswahlleiter erfolgt.

Konsequenz der verbindlichen Festlegung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, dass Unterschriften, die auf davon abweichenden Unterschriftenbögen aufgenommen werden, nach § 18 Nr. 1 des Gesetzes ungültig sind.

Dieses Verfahren hat sich seit der Einführung der Volksabstimmungen bewährt.

(Eveslage [CDU]: Es hat sich gerade nicht bewährt!)

Im Laufe der Zeit wurden in Niedersachsen sechs Volksinitiativen und drei Volksbegehren durchgeführt, die für die Initianten mehr oder weniger erfolgreich verlaufen sind. Die Gestaltung der Unterschriftenbögen hat dabei - bis auf die Ausnahme des Volksbegehrens „Wir gegen die Rechtschreibreform“ - nie zu Schwierigkeiten geführt. Die Schwierigkeiten, die es in diesem Fall mit dem Volksbegehren „Wir gegen die Rechtschreibreform“ gegeben hat, sind nach meiner Kenntnis ganz offenkundig auf den mangelnden Willen der Initianten zurückzuführen, mit dem Landeswahlleiter zusammenzuarbeiten. Obwohl der Landeswahlleiter wiederholt schriftlich wie auch mündlich Beratungsgespräche angeboten hat, wurden diese einfach nicht angenommen; im Gegenteil. So wurden z. B. Unterschriftenbögen per Zeitungsanzeige veröffentlicht, die mit dem Aufruf verbunden waren, diese zu unterschreiben und an die Vertreterinnen und Vertreter des Volksbegehrens zu senden, obwohl der Landeswahlleiter die Initiatoren darauf hingewiesen hatte, dass solche Unterschriften ungültig sind.

(Schünemann [CDU]: Das ist doch falsch!)

Denn zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Zeitungsanzeigen war ein wirksames Anzeigeverfahren nach dem Volksabstimmungsgesetz noch gar nicht abgeschlossen. Der Abschluss eines solchen Anzeigeverfahrens ist aber Voraussetzung für

den Start einer rechtswirksamen Unterschriften-sammlung.

(Senff [SPD]: Sehr richtig!)

Obwohl die Rechtsauffassung des Landeswahlleiters später durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestätigt worden ist, haben die Vertreterinnen und Vertreter diese gesammelten Unterschriften bei den Gemeinden zur Bestätigung der Gültigkeit vorgelegt. Bei den Gemeinden wurden sogar Unterschriftenbögen eingereicht, auf denen Unterschriften aufgeklebt worden waren, die zuvor auf ungültigen Unterschriftenbögen geleistet worden waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem zweiten Vorschlag des Gesetzentwurfs, nämlich die mehrfachen Unterschriften wenigstens in einfacher Form anzuerkennen, stehen wir offen gegenüber. Hierüber werden wir im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen eine sachliche Pro- und-Kontra-Diskussion führen. Ohne Frage kann man einräumen, dass die Unterzeichnenden eindeutig einen Willen bekundet haben, der auch als solcher berücksichtigt werden sollte. Dem steht jedoch der Missbrauch eines privaten Sammelverfahrens gegenüber.

Nicht von der Hand zu weisen ist aber, dass x-fach geleistete Unterschriften für ein und dieselbe Sache zu einer Irreführung der Öffentlichkeit führen können; denn die Bekanntgabe eines riesigen Unterschriftenpotentials mit einem Löwenanteil von ungültigen Stimmen verfälscht die aktive Bürgerbeteiligung.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir sind jederzeit zu einer sachlichen Diskussion bereit. Doch eines ist mit uns nicht zu machen: die Verwässerung der aktiven Bürgerbeteiligung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin Bockmann. - Das Wort hat jetzt Herr Kollege Schröder. Bitte schön!

Schröder (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über Jahrzehnte hielt die CDU Volksentscheide für Teu-

felszeug, für eine Art basisgrünen Unfug, der sich in einer repräsentativen Demokratie nicht gehört. Wir, die Politiker, müssen selbst entscheiden - das war die felsenfeste Überzeugung von Herrn Schäuble und offenbar auch von Herrn Althusmann, bevor sie ihr Herz für Unterschriftenlisten und für Tapeziertische entdeckt haben. Es ist für mich geradezu atemberaubend, in welchem Maß die CDU - wohlgermerkt in der Oppositionsrolle; vorher natürlich nicht - diese Instrumente direkter Demokratie für sich entdeckt, die Instrumente, die sie jahrzehntelang vehement bekämpft und als antiparlamentarischen Druck von der Straße verunglimpft hat.

(Zurufe von der CDU)

Sogar Ihr großer Zampano aus Bayern, Herr Stoiber, kann sich ja zur doppelten Staatsbürgerschaft mittlerweile eine bundesweite Abstimmung vorstellen, obwohl es die bisher im Grundgesetz gar nicht gibt, und zwar gerade deshalb nicht gibt, weil sich die CDU immer - auch in der letzten Wahlperiode - dagegen gestellt hat. Jetzt haben Sie die Chance, meine Damen und Herren, zu einer Umkehr. Rot-Grün hat im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz verankert werden sollen. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe, Ihre Unterstützung, und Sie wären für mich, meine Damen und Herren, sehr viel glaubwürdiger in diesem Punkt, wenn Sie hier und heute erklären könnten: Jawohl, wir unterstützen diese Initiative, wir wollen, dass es diese Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Bürgerinnen und Bürger auch auf Bundesebene gibt. - Wir brauchen dazu Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Kommen Sie mal zum Thema!)

- Ich komme zum Gesetzentwurf. - Wir haben auf Landesebene einvernehmlich - unter Einschluss der CDU - unsere repräsentative Demokratie durch Volksgesetzgebung ergänzt. Wir haben vier Artikel in der Verfassung, und wir haben ein Gesetz, das ungefähr 40 Paragraphen umfasst. Schon damals, 1994, hat es von der „HAZ“ und von anderen Kritik gegeben, weil es sich hier vielleicht um eine sehr bürokratische und für die Bürgerinnen und Bürger nur schwer verständliche Regelung handelt. Einiges davon war allerdings - Frau Kollegin Bockmann hat darauf hingewiesen - darauf zu-

rückzuführen, dass die CDU meinte, dafür sehr hohe Hürden aufstellen zu müssen.

(Eveslage [CDU]: Aber Sie haben doch zugestimmt!)

Allerdings haben damals alle vier Fraktionen - die Grünen und Sie auch - geglaubt, mit dem Gesetz eine sachgerechte und praktikable Regelung zu treffen. Es ist jetzt, fünf Jahre später, an der Zeit, zu schauen, ob dieses Gesetz den Praxistest bestanden hat.

(Zustimmung von Schönemann [CDU])

Mein Eindruck ist, dass damals in einigen Punkten zu viel des Guten getan worden ist, dass Deregulierung auch in diesem Bereich greifen kann.

(Eveslage [CDU]: Richtig!)

Lehrbuchbeispiel ist das Volksbegehren zur Rechtsschreibreform. Dort sind 87.000 Unterschriften für ungültig erklärt worden, weil sie auf den falschen Formularen standen. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass wir Grüne aus inhaltlichen Gründen dieses Begehren nicht unterstützt haben. Aber wir haben viel Verständnis für die Frustration und für die Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger, die aus der passiven Rolle einer Zuschauerdemokratie heraustreten und aktiv werden wollten, die die in der Verfassung vorgesehenen Rechte der politischen Beteiligung wahrnehmen wollten und an solchen bürokratischen Hürden gescheitert sind.

Deshalb werden wir den Antrag der CDU unterstützen. Ich meine, wir sollten im Ausschuss auch überlegen, ob und gegebenenfalls welche weiteren Möglichkeiten es gibt, das Gesetz zu vereinfachen und klarer zu formulieren.

Ich will jetzt noch ein Wort an die SPD richten. Meine Damen und Herren, Sie haben offenbar die klammheimliche Hoffnung, dass auch das Volksbegehren gegen das Kita-Gesetz an formalen Hürden scheitert.

(Frau Bockmann [SPD]: Das ist eine Unterstellung!)

Frau Jürgens-Pieper hat ja in der Öffentlichkeit erklärt, dass die Wiederherstellung des Kita-Gesetzes im Wege des Volksbegehrens deshalb nicht möglich sei, weil damit die Haushaltshoheit des Landtages berührt werde. Natürlich ist es immer so, dass Volksinitiativen finanzielle Auswir-

kungen - Einsparungen oder Mehrausgaben - auf Landesebene zur Folge haben können. Deswegen sieht die Verfassung ja auch vor, dass es Kostendeckungsvorschläge geben muss. Nur, die Regelungen so eng fassen zu wollen, passt nicht ganz zum Hohelied der Bürgerbeteiligung, das Sie, Frau Kollegin Bockmann, eben gesungen haben. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat noch einmal der Kollege Althusmann.

Althusmann (CDU):

Frau Bockmann, lassen Sie mich noch einmal kurz etwas zu Ihren Einlassungen sagen. Es ist schon erstaunlich, dass gerade Sie in einem demokratischen Staat einer demokratischen Partei nicht zugestehen wollen, dass sie Unterschriften sammelt, während früher insbesondere Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, sich immer hingestellt und gegen Nato-Doppelbeschluss, CASTOR-Transporte oder was auch immer Unterschriften gesammelt haben. Also bitte, vermischen Sie das eine Thema nicht mit dem anderen.

Hier geht es um das Thema Volksbegehren. Dazu darf ich, Herr Kollege Schröder und auch Frau Kollegin Bockmann, noch einmal Folgendes anmerken. 1949, bei der ersten Beratung der Niedersächsischen Verfassung, wurde auch das Thema „plebiszitäre Elemente“ beraten. Da haben CDU und Zentrum dafür gestimmt, und Sie, meine Damen und Herren, haben dagegen gestimmt. Ich sage das nur, damit wir bei der Wahrheit bleiben, damit Sie auch einmal wissen, worum es damals ging.

(Frau Bockmann [SPD]: Da war ich noch gar nicht auf der Welt!)

- Ja, das weiß ich, dass Sie da noch nicht auf Welt waren; ich ja auch nicht. Aber bevor wir hier Geschichtsklitterung betreiben, wollte ich doch darauf hingewiesen haben.

Meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung zum Schluss - Herr Inselmann, ich weiß ja, dass Sie das ärgert; aber das macht ja nichts -: Zu Ihrer Bemerkung hinsichtlich der presserechtlichen Anmerkung „Verantwortlich im Sinne des Presserechts“ darf ich einmal auf das Gutachten des Ge-

setzungs- und Beratungsdienstes hinweisen, der eindeutig gesagt hat, die Eintragungen auf den mit einem „V.i.S.d.P.“-Vermerk versehenen Unterschriftenbogen durften deshalb nach Sinn und Zweck der Norm nicht für ungültig befunden werden.

Es herrscht hier also eindeutig eine Rechtsunsicherheit, die wir beseitigen wollen. Wir wollen für die Menschen, die es in Niedersachsen für notwendig erachten, gegen eine Politik auch Volksinitiativen und Volksbegehren zu beantragen, diese Hürde nicht noch höher machen, indem wir das Ganze formaljuristisch hoch hängen, sondern wir wollen den Menschen helfen, dass sie ihren Willen auch entsprechend kundtun können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir können dann die Beratung abschließen, und wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat hat gemeint, dass dieser Gesetzentwurf federführend dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zugewiesen werden soll, mitberatend soll der Ausschuss für innere Verwaltung sein. Gibt es anders lautende Vorstellungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit unsere Vormittagsarbeit erledigt, und ich darf Sie in die wohlverdiente Mittagspause entlassen, die bis 15 Uhr dauern wird.

Ich wünsche Ihnen guten Appetit. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 12.52 Uhr.

Wiederbeginn: 15.02 Uhr.

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochenen Beratungen wieder auf. Es geht weiter mit

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:

Ingenieure braucht das Land - Zukunft durch technischen Fortschritt sichern, Grundlagen in Schulen und Hochschulen legen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/19 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/485

Das Wort hat Frau Kollegin Mundlos.

Frau Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Offensive für Ingenieurnachwuchs – das war unser Ziel, als wir unseren Ursprungsantrag einbrachten. Wir haben die Landesregierung nicht nur aufgefordert, für das Ingenieurstudium zu werben, sondern haben auch eine ganze Palette an Maßnahmen aufgezeigt, mit denen die Attraktivität mathematisch-naturwissenschaftlicher Studiengänge und Schulfächer gesteigert werden kann. Das hielten und halten wir für erforderlich, weil wir wissen, dass die Anzahl der Studienanfänger bei weitem nicht reichen wird, um den sich abzeichnenden Bedarf zu decken. Unternehmen und Verbände befürchten einen Mangel an Ingenieuren und haben deshalb schon selbst die Initiative ergriffen, über die Chancen eines Ingenieurstudiums zu informieren. Wir wissen, dass die Situation auf dem Stellenmarkt ihnen dabei Recht gibt. Allerdings sind wir der Meinung, dass man den Verbänden dabei helfen muss.

Ihre Beschlussempfehlung, Herr Dr. Domröse, zeigt nun, dass Sie sich gegenüber der ablehnenden Haltung im Mai 1998 eines Besseren besonnen haben und nunmehr in vielen Punkten mit uns übereinstimmen. Sie stimmen mit uns darin überein, dass qualifizierter Ingenieurnachwuchs ein wichtiger Standortfaktor zur Zukunftssicherung ist. Sie geben uns Recht, dass unser Land herausragend ausgebildete und kreative Ingenieurinnen und Ingenieure braucht, weil diese durch ihr technisches Können für Arbeitsplätze der Zukunft sorgen.

(Dr. Domröse [SPD]: Habe ich das je bezweifelt?)

Genau wie wir wollen Sie eine intensive Berufs- und Studienberatung in Bezug auf die Chancen ingenieurwissenschaftlicher Berufe. Bei Technikfolgenabschätzung, Forschung und Bewertung

stimmen Sie, Herr Dr. Domröse, uns sogar schon im Mai letzten Jahres mit Begeisterung zu.

(Oh! bei der SPD – Dr. Domröse [SPD]: Hat einmal jemand eine Blumenvase für mich?)

Sie stimmen uns auch darin zu, dass die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge modernisiert werden müssen, wobei Sie in diese Ihre Forderung unsere entsprechenden Forderungen einbeziehen. Außerdem wollen Sie die Studienangebote an langfristigen Perspektiven und nicht an kurzfristigen, konjunkturell bedingten Schwankungen ausrichten.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es allerdings auch Unterschiede. In der Beschlussempfehlung vermissemich etwa die Forderung nach landesweit verbindlichen Lernstandards in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Auch Ihre Vorschläge zur Förderung von Technikverständnis und Aufgeschlossenheit gegenüber Technik beschränken sich zum einen auf das Fachgymnasium Technik, und zum anderen geben Sie sich dann damit zufrieden, dass die Landesregierung zielgerichtete Überlegungen anstellt, um die naturwissenschaftlichen Fächer zu stärken. Das ist reichlich unverbindlich. Besser wäre es, das Interesse an wirtschaftlichen Zusammenhängen, neuen Technologien und Unternehmertum möglichst früh zu wecken. Dazu gehört dann aber auch der entsprechende Unterricht. Hier sind weitere Verbesserungen auch in Niedersachsen aufzuzeigen.

Trotz dieser Unterschiede, Herr Dr. Domröse, wären wir bereit gewesen, zum Wohle der Sache auf Optimalforderungen zu verzichten

(Dr. Domröse [SPD]: Jetzt kommt es!)

und die entsprechenden Punkte mitzutragen, wenn Sie wie Ihre Kollegen im Kultusausschuss bereit gewesen wären, die Sache vor die Partei zu stellen.

(Unruhe bei der SPD)

Sie aber hielten es für unabdingbar, die Jubelfloskel „Wir begrüßen die Maßnahmen dieser Landesregierung“ gleich mehrfach in den Antrag zu schreiben.

(Inselmann [SPD]: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Damit leisten Sie der Sache keinen besonders guten Dienst. Das Festhalten an dieser Jubelformel erinnert im Übrigen an angeordnetes Jubeln.

(Na, na, na! bei der SPD)

Dessen hätte es nicht bedurft; denn wenn etwas gut ist, dann hat es ein derartiges Beweihräuchern nicht nötig.

(Beifall bei der CDU)

Das wiederholte Beschwören eines sachorientierten Aufeinander-Zugehen-Wollens wird so zur Farce. Der Sache wäre ein breiter Konsens dienlicher gewesen. Aber ich nehme an, dass es dazu nicht kommen wird, weil sich einmal gezeigte Kleinkariertheit nur schwer wieder zurücknehmen lässt.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Ich finde das außerordentlich schade.

(Dr. Domröse [SPD]: Ich auch!)

Herr Dr. Domröse, vielleicht sollten Sie für die Zusammenarbeit in der Zukunft einmal darüber nachdenken, ob solch ein Jubeln wirklich ein Glanzlicht auf eine leistungsstarke Landesregierung wirft oder ob so etwas nicht eher eine negative Wirkung hat.

Lassen Sie mich trotzdem an dieser Stelle hoffnungsvoll enden; denn die von uns gewünschte Initiative für Ingenieurwissenschaften läuft sich langsam warm. Ein Beleg dafür ist eine Veranstaltung, die das Ministerium zum Thema "Motivation von Frauen und Mädchen für ein Ingenieurstudium" durchführen will. Ich hoffe, dass weitere Aktivitäten folgen werden und dass die Landesregierung noch manche unserer Anregungen übernehmen wird. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das doch hin und wieder praktiziert wird. Wir sind auch hier gespannt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Mir liegt nun die Wortmeldung von Herrn Minister Oppermann vor. Bitte sehr!

(Frau Körtner [CDU]: Wir wollten aber jetzt Herrn Fasold hören!)

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es bedauerlich, Frau Mundlos, dass Sie so viel über das Hin und Her im Ausschuss berichtet und so wenig über Ingenieurausbildung gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in den vergangenen Monaten viele Gespräche mit Wirtschaftsvertretern, mit Verbandsvertretern und mit Kammervertretern geführt.

(Eveslage [CDU]: An den Fachhochschulen?)

- Auch mit Fachhochschulen und mit Universitäten, selbstverständlich. – Es gibt einen ganz großen Grundkonsens, es gibt eine gemeinsame Einschätzung, die lautet: Wir brauchen mehr qualifizierte Ingenieure in Deutschland. Wir brauchen auch mehr Naturwissenschaftler. Es müssen wieder mehr junge Menschen ein Ingenieurstudium aufnehmen oder Naturwissenschaften studieren. Denn einigen ist der Zusammenhang zwischen Wohlstand und technischem Fortschritt wohl aus den Augen gekommen. Der Wohlstand, den wir als Exportland haben, beruht ganz wesentlich auf dem technischen Fortschritt, was sich bereits seit Beginn der Industrialisierung so ablesen lässt. Deshalb müssen gerade wir als exportorientiertes Land dafür sorgen, dass wir immer genügend Kapazitäten im Bereich Forschung und Entwicklung, bei den Ingenieuren und bei den Naturwissenschaften haben.

Der derzeitige Mangel an Ingenieuren ist auch deshalb als bedrohlich anzusehen, weil sehr viele Unternehmen inzwischen Ingenieure teuer einkaufen müssen. Bei diesen Unternehmen handelt es sich zum Teil um solche, die vor vier oder fünf Jahren noch Ingenieure entlassen haben.

(Zuruf von der CDU: Das wissen wir doch!)

Meine Damen und Herren, der derzeitige Mangel an Ingenieuren hat mehrere Ursachen. Erstens ist es sicherlich der faktische Einstellungsstopp, den die Unternehmen insbesondere in den Jahren 1993 und 1994 verhängt haben. Das war - aus welchen Gründen auch immer - eine Maßnahme, die dazu beigetragen hat, dass das Angebot an Ingenieuren sprunghaft gestiegen ist. Hinzu kam, dass durch

die Wiedervereinigung und die Entindustrialisierung Ostdeutschlands sehr viele Ingenieure zusätzlich auf den Markt gekommen sind und dadurch kaum noch jemand eingestellt wurde. Infolgedessen waren die Anfängerzahlen an den Hochschulen stark rückläufig. Es hat zum Teil über 50 % weniger Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften gegeben. Ausnahme in dieser Zeit waren die Bauingenieure, weil es in der ersten Hälfte der 90er-Jahre eine gute Konjunktur gegeben hat. Dieses Studium haben in der Zeit immer so viele Studenten begonnen, dass die Kapazitäten voll ausgelastet waren. Nun besteht erstmals die Situation, dass es ein Anzeichen für eine positive Trendwende beim Maschinenbau, bei der Elektrotechnik, bei der Informatik und beim Wirtschaftsingenieurwesen gibt, wir aber nachlassende Studentenzahlen beim Bauingenieurwesen verzeichnen müssen.

Diese beiden Gründe reichen aber für die Erklärung der Mangelsituation noch nicht aus. Als dritter Grund kommt ein Attraktivitätsverlust in Ingenieurberufen hinzu. Man muss natürlich bedenken, dass die Attraktivität in erster Linie von den Berufsperspektiven abhängig ist, die man mit einem bestimmten Studium verbindet.

Richtig ist deshalb, dass die Ingenieurkammer und die Ingenieurverbände sehr viel Geld in Imagekampagnen für Ingenieurberufe investieren. Das ist überfällig. Das muss in den Schulen ansetzen. Dort müssen mehr Technikbegeisterung und mehr Motivation für das Studium von technischen Fächern und von Ingenieurfächern geweckt werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Punkte, die der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur vorschlägt, und auf die Argumente, die meine Kollegin Renate Jürgens-Pieper bei der ersten Beratung des Antrages hier vorgetragen hat.

Wir haben eine wichtige Schlussfolgerung aus der Situation gezogen: Das Kultusministerium und das Wissenschaftsministerium haben einen Arbeitskreis „Schule, Hochschule, Wirtschaft“ eingerichtet. Wir wollen die Fehler, die vielleicht in der Vergangenheit gemacht worden sind, in Zukunft nicht wiederholen. Wir wollen frühzeitig in diesem Arbeitskreis erfragen, welche Anforderungen es vonseiten der Wirtschaft an Ingenieurberufe gibt. Diese Anforderungen wollen wir früh in die Modernisierung der Ingenieurstudiengänge einbringen. Ferner wollen wir in diesem Arbeitskreis z. B. die Frage klären: Was kann den Schülern der Oberstufe zu den Perspektiven von Ingenieurberu-

fen in zehn Jahren gesagt werden? Das ist zweifellos eine schwierig zu beantwortende Frage. Aber wer könnte das besser beantworten als die Wirtschaftsvertreter, die diese Ingenieure ja einstellen müssen? Sowohl das Kultusministerium als auch das Wissenschaftsministerium wollen das Marketing für Ingenieurstudien verstärken. Abgesehen davon werden wir ja künftig die Hochschulen leistungsbezogen mit Mitteln ausstatten. Das wird zur Folge haben, dass sie sich von sich aus schon verstärkt um Studierende kümmern. Wir wollen sie aber auch dazu bringen, z. B. Experimentierwochen für Oberstufenschüler, die sich für Naturwissenschaften und Technik interessieren, durchzuführen, sodass sie schon vor Aufnahme eines Studiums motiviert werden können.

Meine Damen und Herren, auf dem Arbeitsmarkt für Ingenieure sieht es derzeit so aus, dass Maschinenbauabsolventen und Absolventen aus dem Bereich der Elektrotechnik, der Informatik und des Wirtschaftsingenieurwesen sehr gute Berufsaussichten haben. Das gilt dagegen nicht für Architekten, Raumplaner und Landespfleger. Auch für Bauingenieure wird es jetzt kritisch. Es gibt derzeit 60.000 arbeitslose Ingenieure. Es gibt auf dem Arbeitsmarkt aber gleichzeitig einen Ingenieurmangel. Diese beiden Tatsachen sind ein Indiz dafür, dass die 60.000 erwerbslosen Ingenieure für den Arbeitsmarkt möglicherweise nicht richtig qualifiziert sind. Daraus sollte man angesichts des akuten Mangels, dem man ja mit Studienanfängern aus dem Jahre 1999 frühestens im Jahre 2004 begegnen kann, die Schlussfolgerung ziehen - das wird im Augenblick von der Wirtschaft und den Hochschulen diskutiert -, diese erwerbslosen Ingenieure - jedenfalls die, die dafür geeignet und noch nicht zu alt sind - zusätzlich zu qualifizieren, z. B. durch Aufbaustudiengänge. Die niedersächsischen Hochschulen haben solche Aufbaustudiengänge in den vergangenen zwei Jahren zwölfmal angeboten. Dabei ist natürlich besonders die Kombination von Technik, Betriebswirtschaft und Informatik gefragt. In dem Bereich gibt es in der Qualifikation arbeitsloser Ingenieure die größten Lücken.

Wir müssen die Ingenieurausbildung grundlegend modernisieren. Dafür gibt es zwei Gründe:

Erstens: eine immer größere Innovationsgeschwindigkeit in den Betrieben, die dazu führt, dass vorhandenes Wissen schneller veraltet als früher. Ich möchte ein Beispiel nennen: Die Firma Siemens erwirtschaftet - so wird gesagt - 50 % ihres Umsatzes mit Produkten, die weniger als fünf Jahre alt

sind. Daran kann man die wachsende Innovationsgeschwindigkeit ablesen. Daraus muss für die Qualifizierung von Ingenieuren die richtige Schlussfolgerung gezogen werden.

Zweitens: die Internationalisierung der Märkte. Deutsche Ingenieure haben auch früher schon vielfach auf internationalen Märkten gearbeitet, weil viel exportiert wurde. Künftig wird das im Zuge der Globalisierung noch zunehmen. Deswegen reicht es heute nicht mehr aus, erstklassige Ingenieure im technischen Wissen, in Konstruktion und in Mechanik auszubilden. Wir müssen vielmehr auch dafür sorgen, dass sie ebenfalls in wirtschaftlichen Zusammenhängen denken können, dass sie im Team arbeiten können, dass sie die Fähigkeit zur Projektarbeit, zum Projektmanagement haben, dass sie interkulturelle Kompetenzen haben, dass sie sich in fremden Kulturen auskennen bzw. damit umgehen können und dass sie Sprachfertigkeiten aufweisen. Diese modernen Qualifikationsanforderungen fließen immer stärker in die Ingenieurausbildung ein. Die Ingenieurreform bringt Schwung in die alten Berufsbilder. Es gibt neue Abschlüsse. Bachelor- und Master-Studiengänge sorgen für die nötige Internationalisierung. Wir sind dabei, an vielen Hochschulen die Ausbildung zu modularisieren. Das heißt, in festen Abschnitten kann man feste Module bewältigen. Ferner wird ein Credit-Point-System eingeführt, das auch international vergleichbar ist, sodass man leichter die Hochschulen wechseln kann. Wir wollen den Praxisbezug verstärken. In Niedersachsen haben wir übrigens eine Reihe von Ingenieurstudiengängen im Praxisverbund eingerichtet, die aber bisher leider noch nicht von der Wirtschaft gut genug angenommen worden sind.

Für mehr Studierende in den Ingenieurwissenschaften wären wir in Niedersachsen gut vorbereitet. Denn wir haben in den vergangenen acht Jahren nicht weniger als 350 neue Stellen für die Fachhochschulen in den technik- und informatikorientierten Studiengängen geschaffen. Ich gebe zu: An den Unversitäten sind die Ingenieurkapazitäten etwa im Umfang von 7 % der Stellen abgebaut worden. Das ist aber im Vergleich zum Rückgang bescheiden. Wir haben aus dem Rückgang der Anfängerzahlen nicht etwa den falschen Schluss gezogen und drastisch Kapazitäten abgebaut. Ganz im Gegenteil: Wir haben diese Kapazitäten über Jahre hinweg vorgehalten, und sie können jetzt genutzt werden, wenn die Angebote, die dort vorgehalten werden, nur hinreichend modern sind.

Niedersachsen – das darf ich in dem Zusammenhang erwähnen – bildet weit mehr Ingenieure aus, als wir selber Bedarf haben. Ich habe leider nur Zahlen von 1990 und in Beziehung zu den anderen westlichen Ländern. Wir bilden 25 % der Bauingenieure an Universitäten aus, 14 % der Elektroingenieure und 16 % der Maschinenbauer in Deutschland. Das ist weit mehr, als wir selber Bedarf haben. Wir exportieren hier sogar. Niemand kann der Landesregierung den Vorwurf machen, dass sie in diesem Bereich zu wenig anbiete.

Wir haben insgesamt 120 innovative ingenieurwissenschaftliche Studienangebote seit 1990 in Niedersachsen neu entwickelt. Die neuen Angebote werden ganz überwiegend auch hervorragend angenommen. Weitere Studiengänge werden im Rahmen der Innovationsoffensive entwickelt, liegen schon vor, etwa im Bereich der Nano-Elektronik oder der Festkörperphysik in Hannover, der Kunststofftechnik in Clausthal, Computational Science in Engineering oder Technomathematik in Braunschweig, Produkttechnologie in Oldenburg. Viele andere Studiengänge könnte ich noch nennen.

Meine Damen und Herren, wir sind bei der Modernisierung der Ingenieurausbildung auf einem guten Weg. Frau Mundlos, vielleicht wäre es richtig, wenn Sie sich konstruktiv daran beteiligen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir in der zweiten Beratung zur Beschlussempfehlung sind und dass wir versuchen wollen, die vorgesehenen Redezeiten in etwa einzuhalten. Das gilt nicht nur für das Parlament, sondern es geht auch als Bitte an die Regierungsvertreter, uns dabei etwas behilflich zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Das Wort hat nun der Kollege Golibrzuch.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, die Beschlussempfehlung zählt eine Reihe von Maßnahmen auf, die geeignet sind, dem Nachwuchsmangel in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen zu begegnen. Ich glaube allerdings

nicht, dass wir es in allererster Linie mit einem politischen Problem zu tun haben. Aus meiner Sicht – Herr Kollege Oppermann hat schon ein paar Zahlen genannt – ist es zuallererst ein Problem der Wirtschaft, über das wir hier diskutieren.

Wir haben zwar so niedrige Absolventenzahlen wie noch nie zuvor, haben aber gleichzeitig 65.000 arbeitslose Diplomanden, diplomierte Ingenieure bundesweit. Herr Oppermann, ich glaube nicht, dass diese Zahlen Ausdruck davon sind, dass diese Ingenieure falsch qualifiziert sind. Ich glaube vielmehr, dass sich die Industrie an dieser Stelle ihrer Verantwortung nicht in hinreichendem Umfang stellt. Ich habe auch Gründe für diese Annahme.

Sie wissen vielleicht auch, dass es gerade im Großraum Hannover den so genannten regionalen Beschäftigungskonsens gibt. Bei der Gelegenheit ist für mich besonders deutlich zum Ausdruck gekommen, dass es Interessengegensätze zwischen Politik und Wirtschaft gibt. Die Politik und dankenswerterweise auch das Arbeitsamt haben das Interesse, nicht nur junge Absolventen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln, sondern auch die Vielzahl arbeitsloser Ingenieure. Ich finde es schon ein bisschen erschreckend, wie gerade die von Ihnen erwähnte Firma Siemens auf ein entsprechendes Ansinnen reagiert hat. Nach einem internen Gesprächsprotokoll dieses Beschäftigungskonsenses kann sich jedenfalls der Personalchef von Siemens Ingenieure mittleren Alters nicht mehr vorstellen. Nach seiner Darstellung sinken in den Altersgruppen über 35 Jahre erfahrungsgemäß die erforderliche Innovationsbereitschaft und Innovationsfähigkeit. Ich meine, das kann man so nicht akzeptieren. Zuallererst ist die Industrie gefordert, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Was hier von Siemens gesagt worden ist, dokumentiert, wie ich meine, dass sich die Industrie nicht hinreichend ihres Auftrags zur Weiterqualifizierung bewusst ist, dass sie sich nicht hinreichend ihres Auftrages einer betriebsinternen Fortbildung und auch einer Mitsprachemöglichkeit für Mitarbeiter bewusst ist, wodurch Innovation und Kreativität freigesetzt werden.

Schließlich hat die Industrie bisher keine flexiblen Arbeitszeitmodelle entwickelt, die geeignet sind, in konjunkturellen Schwächephasen Massenentlassungen zu vermeiden, wie wir sie in den vergangenen Jahren im Maschinenbau und in der Elektrotechnik erlebt haben. In der nächsten konjunkturellen Aufwärtsbewegung wird dann von der Poli-

tik ein Beitrag eingefordert, kurzfristig dem ingenieurwissenschaftlichen Nachwuchsmangel Abhilfe zu verschaffen.

Kurz und krumm: Was die Politik als ihren Beitrag leisten kann, ist in den vergangenen Jahren geleistet worden. Deswegen stimmen wir dieser Beschlussempfehlung zu. An die Adresse der CDU kann ich nur sagen: Frau Mundlos, es geht in dieser Frage und aufgrund dieser ganzen Umstände eben nicht nur darum, den Unternehmen und den Wirtschaftsverbänden nach dem Mund zu reden, sondern es geht eben auch ganz genau darum, Unternehmen und Wirtschaftsverbände in dieser Frage zu fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Domröse.

Dr. Domröse (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Blumenstrauß, den ich heute von Frau Mundlos bekommen habe, war wohl eine Premiere. Und das alles ohne Vase! Das Ergebnis war, dass die CDU trotzdem unserer Beschlussempfehlung nicht zustimmen will, weil wir, meine Damen und Herren, wie gesagt wurde, die Worte „begrüßen“ und „bejubeln“ exzessiv in den Beschlussvorschlag eingearbeitet haben.

Während Sie gesprochen haben, Frau Mundlos, habe ich mir den Text unseres eigenen Antrags noch einmal durchgelesen. Das muss man ja immer nebenher machen. Ich habe das Wort „begrüßen“ oder davon abgeleitete Formulierungen genau zweimal gefunden. Zum einen steht unter Nr. 2 darin, dass wir die Maßnahmen der Landesregierung begrüßen. Zum anderen steht unter Nr. 3 darin, dass der Landtag das finanzielle Engagement des Verbandes der Metallindustrie begrüßt.

Wenn Sie mit diesen beiden Formulierungen nicht klarkommen und glauben, daraus ableiten zu können, dass Sie dem Antrag nicht zustimmen können, dann, so finde ich, gehen Sie nicht mit dem nötigen Ernst an dieses Thema heran. Aber das Thema bedarf einer ernsthaften Auseinandersetzung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Oppermann hat heute - ich habe das bei der Einbringung umfassend getan – darüber

nachgedacht, warum es dazu gekommen ist, dass wir so wenig Ingenieurinnen und Ingenieure im Studium haben. Um Wiederholungen zu vermeiden, will ich die Zeit, die mir jetzt zur Verfügung steht, nutzen, um andere Schwerpunkte zu setzen.

Meine Damen und Herren, der Entschließungsantrag der CDU konnte keine Zustimmung finden, weil er in zwei wesentlichen Punkten etwas vorschlägt, was einfach nicht vorgeschlagen werden darf. Zum einen hat die CDU ordnungspolitische Maßnahmen – ich will das mal so formulieren – verlangt. Sie möchte im Grunde genommen die Studierenden lenken, indem sie Anreize oder was auch immer schafft, dass die Studierenden ihre Studienwahl auf das Ingenieurstudium richten. Unter anderem hat die CDU vorgeschlagen, wir sollten bewusst freie Studienplätze im Ingenieurbereich im großen Umfang aufrechterhalten, um sozusagen das Signal zu geben: Kommt doch her, ihr jungen Leute, und studiert bei uns Ingenieurwissenschaften.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ehrlich sagen: Ich halte eine solche Politik nicht nur für wirkungslos, sondern ich halte sie sogar für falsch. Was ich bei den Diskussionen mit den Fachhochschulen im Nordwesten unseres Landes in dem Teilbereich nicht ausgelasteter ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge erlebt habe, ist auch ein Signal, dass solche nicht ausgelasteten Studiengänge auf die jungen Leute eher abschreckend wirken, weil sie natürlich sagen: Wenn da andere nicht hingehen, warum soll ich dahin gehen? – Auch so etwas spielt ja eine Rolle. Ich habe Ihnen beim letzten Mal hier sehr umfassend dargelegt, dass die Frage nach der Studienplatzwahl, die ein junger Mensch zu treffen hat, bevor er ein solches Studium aufnimmt, sehr häufig auch von Äußerlichkeiten bestimmt wird, u. a. auch von solchen Fragen.

Der CDU-Antrag konnte außerdem keine Zustimmung finden, weil man schlicht versucht hat, hier einmal wieder schulpolitische Ideologien auf dieses Thema aufzusatteln. Frau Mundlos hat das vorhin deutlich gemacht: Sie möchte landesweit verbindliche Lernstandards in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Sie möchte das begabungsgerechte und differenzierte Schulwesen – sprich: das gegliederte Schulwesen – in Niedersachsen stärken. Frau Mundlos, dieses Thema ist für so etwas absolut nicht geeignet. Ich hatte Ihnen

schon durch Zitate belegt: Wenn es überhaupt Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Schulform und der Studienwahl gibt, kommt eher genau das Gegenteil heraus. Ich habe angeführt, dass es eine Untersuchung gibt, dass gerade Gesamtschülerinnen und –schüler eher dazu neigen, ein ingenieurwissenschaftliches Studium zu beginnen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick, bitte! - Meine Damen und Herren! Es ist etwas zu unruhig im Hause geworden. Ich bitte Sie, den Geräuschpegel etwas abzusenken. - Bitte schön, Herr Dr. Domröse!

Dr. Domröse (SPD):

Was notwendig ist, haben wir in unserem Antrag zusammengefasst. Herr Minister Oppermann hat das im Wesentlichen noch einmal dargestellt.

Ich fange mit dem wesentlichsten Punkt an. Die Wirtschaft selbst – das ist hier deutlich betont worden – hat den wichtigsten Schlüssel in der Hand, um die Frage zu klären, wie wir möglichst viele junge Menschen dazu bewegen können, ein Ingenieurstudium zu beginnen. Das ist keine Schelte meinerseits, auch kein Zuweisen oder Abschieben einer Verantwortung, sondern es ist schlicht und ergreifend so, dass alle uns bekannten Untersuchungen belegen, dass die Frage der Berufsaussichten die entscheidende ist. Denn die jungen Menschen, die sich für ein Ingenieurstudium entscheiden, sehen dieses Studium nicht so wie jedes andere Studium an, sondern sie wissen, dass das Ingenieurstudium ein besonders schweres Studium ist, das man nur dann angeht, wenn man eben auch entsprechende Berufsaussichten hat.

Die Wirtschaft hat in der Vergangenheit - das ist durchaus menschlich - auch immer nur repariert, wenn sie gemerkt hat, dass der Nachwuchs fehlt. Eine langfristige mehrjährige Konzeption zur Sicherung der Ingenieurausbildung hat gefehlt. Das durch staatliche Programme zu korrigieren, ist nicht unsere Aufgabe. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen.

Frau Mundlos, wir wollen den Verbänden gern dabei helfen. Von daher will ich deutlich machen, dass die Nr. 3 in unserem Antrag, unter der wir begrüßen, dass der Verband der Metallindustrie in Niedersachsen eine wissenschaftliche Evaluierung

dieser Frage in Auftrag gegeben hat, und fordern, dass wir als Landtag uns damit befassen sollten, ein deutliches Signal ist.

Wir brauchen - das hat Herr Minister Oppermann deutlich gemacht - eine Reform der Studiengänge. Ich möchte das unter zwei Aspekten besonders herausstellen. Wir brauchen ein praxisnäheres Studium gerade im Bereich der Ingenieurausbildung. Wir brauchen diesen Praxisbezug auch schon in der ersten Studienphase. Auch dazu habe ich beim letzten Mal schon umfassende Ausführungen gemacht.

Herr Minister, zur Internationalisierung der neuen Abschlüsse - auch dazu haben Sie ja etwas gesagt - bekommen wir möglicherweise ein neues Akkreditierungsverfahren mit der Wirtschaft zusammen. Wir ersetzen das staatliche Genehmigungsverfahren für Prüfungsleistungen für Studiengänge durch eine Akkreditierung mit der Wirtschaft, sodass die Verzahnung zwischen Wirtschaft und Hochschulen noch viel enger sein wird als bisher.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, so geht es wirklich nicht. Ich bitte Sie, auf den Redner und auch auf diejenigen etwas Rücksicht zu nehmen, die zuhören möchten. Das ist eine ganze Reihe, u. a. auch auf den Tribünen. Wir werden es schon hinkriegen, hier in einer ruhigen und sachlichen Art und Weise zu diskutieren. - Bitte sehr, Herr Dr. Domröse!

Dr. Domröse (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Die Frage des Wissensverfalls, die von Herrn Minister Oppermann angesprochen worden ist, wird noch dramatischer deutlich, wenn Fachwissen auch schon im ersten Teil des Studiums vermittelt wird. Das ist in der Tat so. Es klingt sehr platt und plakativ, ich kann es aber nicht oft genug wiederholen. Wenn heute von Fachleuten gesagt wird, dass modernes Wissen eine Halbwertszeit von fünf Jahren habe oder - anders herum ausgedrückt - die Hälfte dessen, was man heute weiß, in fünf Jahren nicht mehr aktuell sei, dann hat ein Studierender nach zehn Semestern diese Halbwertszeit bereits zum ersten Mal erreicht. Den Rest überlegen Sie sich bitte selbst.

Der nächste wichtige Punkt betrifft die Frauenpolitik, worauf heute schon mehrfach hingewiesen worden ist. Ich möchte nicht wiederholen, was ich

schon beim letzten Mal zu dem Kapital gesagt habe, das dort an Humanressourcen unerschlossen bleibt. Frau Mundlos, wir werden die Nagelprobe machen müssen, wenn wir über die nächste Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes reden. Wir werden dann sehen, ob Sie bereit sind, mit uns zu ziehen. Wir werden ausführlich die Frage prüfen müssen, ob die gegenwärtigen frauenpolitischen Maßnahmen ausreichen werden oder ob bessere benötigt werden. Ich persönlich bin davon überzeugt - das ist aber wirklich meine persönliche Meinung -, dass die praktischen Dinge, die wir jetzt angehen - ich denke z. B. an die Gründung der Frauenuniversität, aber auch an Programme, die Minister Oppermann etwa zur Schaffung finanzieller Anreize für die Berufung von Professorinnen vorgeschlagen hat -, die beste Frauenpolitik sind, die wir betreiben können. Ich bin auf die Diskussionen im NHG-Bereich gespannt.

Noch etwas: Wir brauchen diese weichen Faktoren, diese Kompetenzen, von denen die Rede war, gerade in den Ingenieurwissenschaften. Das wissen wir alle. Wir alle reden immer davon. Wenn es aber auf die Nagelprobe ankommt und wir der Frage nachgehen, ob wir bereit sind, in den Schulen einmal eine Stunde Erdkunde zugunsten einer Stunde zum Thema „soziales Umfeld oder Politik“ oder „miteinander Lernen“ oder „miteinander Arbeiten“ fallen zu lassen, dann wird diese Nagelprobe in der Regel nicht bestanden, und wir klammern uns an das, was auch Sie schon gesagt haben: möglichst Mathe, Mathe, Naturwissenschaften, Naturwissenschaften. - Das ist aber auch für Ingenieurinnen und Ingenieure nicht die Zauberformel.

Ich möchte zum Abschluss noch einen versöhnlichen Punkt erwähnen. Ich habe es auch schon beim letzten Mal gesagt. Ich freue mich, dass sich die CDU nun zum ersten Mal dazu bekennt, dass die Technologiefolgenabschätzung eine Aufgabe unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist doch Allgemeingut!)

- Ach, Herr Wulff, wenn das für Sie Allgemeingut ist, möchte ich Sie einmal an eine leidige Diskussion über das NHG erinnern. Damals waren Sie noch gar nicht dabei. Was Sie gemacht haben, ist Ihre Sache. Ihre Fraktion hat mit Vehemenz und Schaum vor dem Mund dagegen gekämpft, dass wir in das Niedersächsische Hochschulgesetz eine Verpflichtung aufgenommen haben, nach der sich

Wissenschaft auch mit Technologiefolgen auseinander zu setzen hat. Wir sehen jetzt immer mehr, dass wir die jungen Leute nicht in solche, die technikfreundlich sind, und in solche, die sich mit Technikfolgen auseinander setzen wollen, spalten können. Wir müssen sie hier zusammenführen. Deshalb wird beim NHG die Nagelprobe auf Sie zukommen, Herr Lindhorst. Sie sind herzlich dazu eingeladen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Mundlos hat noch einmal das Wort, und zwar für bis zu zwei Minuten.

Frau Mundlos (CDU):

Herr Minister Oppermann, ich finde es bemerkenswert, dass Sie für Ihre Analyse neun Monate gebraucht haben.

(Senff [SPD]: Gut Ding will Weile haben!)

Das Ergebnis ist ein Arbeitskreis. Brauchen Sie jetzt weitere neun Monate, um substanzielle Inhalte zu liefern? Wir stellen fest, dass das, was Sie gesagt haben, noch nicht einmal für eine sachgerechte Dialogphase ausreicht. Deshalb können wir jetzt auch nur ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die zweite Beratung und erbitte Ihre Aufmerksamkeit für die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur in der Drucksache 485. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest: Die Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit angenommen worden.

Vereinbarungsgemäß behandeln wir jetzt den

Tagesordnungspunkt 20:

Einzig (abschließende) Beratung:

Keine weitere Verzögerung mehr beim Bau des Emssperrwerkes - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/533

Der Antrag wird eingebracht durch den Kollegen Busemann.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Wanderbewegungen möglichst schnell zu beenden.

Busemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Heute Morgen Salzgitter, heute Nachmittag Emssperrwerk - es wird langsam ernst im Lande Niedersachsen. Mir persönlich wäre es am liebsten, ich müsste diese Rede heute nicht halten; denn dann wüssten wir, dass in Sachen Emssperrwerk alles seinen normalen Lauf geht und für die Arbeitsplätze das Bestmögliche getan wird. Leider müssen wir im nördlichen Emsland und im südlichen Ostfriesland aber geradezu existentielle Ängste feststellen. Zehntausende von Menschen haben Angst um ihre Arbeitsplätze. Eine ganze Region bangt um ihre wirtschaftliche Zukunft. Man befürchtet, dass die Region zusammenbricht, weil Arbeitsplätze wegfallen. Alternativen gibt es ja nicht, wie jeder hinlänglich weiß.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich bitte, jetzt auch die Gespräche an der Regierungsbank einzustellen.

Busemann (CDU):

Ich darf die Vergangenheit noch einmal ein bisschen aufarbeiten. Wir haben in Papenburg die Meyer-Werft, die unter den Werften, die wir früher einmal in Deutschland hatten, weit und breit die erfolgreichste Werft ist. Sie ist eine der wenigen überlebenden Werften. Sie wächst, sie schafft Arbeitsplätze und nimmt Aufträge an. Sie ist, glaube ich, auch zum Stolz des Landes Niedersachsen tätig. Die Belegschaft beläuft sich heute auf gut 2.000 Mitarbeiter. Im näheren Umfeld Papenburgs - dann auch im Bereich Ostfriesland - gibt es weitere 2.000 Mitarbeiter in Zulieferbetrieben. Man sagt, dass ca. 1.800 Firmen mit insgesamt 10.000

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit dem Bau eines Schiffes befasst sind. Meiner Meinung nach ist das eine beachtliche, eine stolze Zahl. Man stelle sich vor, diese Arbeitsplätze und auch die damit verbundene Kaufkraft fielen weg. Dann bricht, glaube ich, eine Region zusammen. Dazu wollen wir es aber nicht kommen lassen.

Wahr ist auch, dass die Schiffe in den letzten Jahren immer größer geworden sind. So hat sich halt der Weltmarkt entwickelt. Es musste die Ems mit viel Schmerz und Aufwand auf 7,30 m vertieft werden. Nun stehen wir vor der Situation, dass die Schiffe wieder um einiges größer werden. Zurzeit befinden sich dort zwei Ozeanriesen im Bau, die wohl noch bei 7,30 m Wassertiefe herausgebracht werden können. Es stehen aber Optionen für vier weitere Großschiffe an, für so genannte Pan-Max-Schiffe mit einem Auftragsvolumen von mehreren Milliarden DM. Man kann sagen, dass für diese Schiffe 7,30 m nicht mehr ausreichen werden. Wir werden uns etwas anderes einfallen lassen müssen.

Wir sind dann an der Ems auf eine Überlegung der Grünen zurückgekommen; denn früher waren die Grünen ja einmal eine fortschrittliche Partei. Diese haben schon am 10. September 1992 - damals ging es um die Emsvertiefung - gefordert, dass ein Emsperrwerk errichtet werden möge im Bemühen um die nachhaltige Sicherung der Arbeitsplätze in der nordwestdeutschen Werftindustrie, insbesondere in der Region Leer/Papenburg. Damals hatten sie Recht. Ich hoffe, sie behalten Recht.

Wenn das bestritten werden sollte, Frau Harms: Erst kürzlich hat Ihr damaliger Kollege Kalle Puls-Janssen in der Lokalpresse verlautbart:

„Wer behauptet, die Wahrheit zu sagen, der soll sie vollständig sagen. Es stimmt: Es waren die Grünen, die 1991 oder 1992 als erste öffentlich über ein Emsperrwerk nachdachten. Damals war ich Landtagsabgeordneter und versuchte zusammen mit anderen, gangbare Alternativen zu einer Vertiefung der Ems auf eine Bemessungstiefe von 7,30 m zu finden. In einem Gespräch mit dem damaligen Staatssekretär im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium, Alfred Tacke, bat ich zu prüfen, ob ein Sperrwerk technisch möglich sei, ob es eine Vertiefung der Ems überflüssig machen könne und ob es finanzierbar sei.“

Das war gar nicht so schlecht. Seit Ende 1997 - es sind einige Jahre ins Land gezogen - ist Beschlusslage im Niedersächsischen Landtag - mit Ausnahme der Grünen; Einigkeit zwischen SPD und CDU -, dass man an der Ems ein Sperrwerk schaffen will. Damit verfolgt man zwei Ziele: Das eine Ziel ist der Küstenschutz, bei dem unbedingt etwas passieren muss, sei es mehr Deichbau, sei es die Aufstaumöglichkeit über ein Sperrwerk. Das andere Ziel ist, für die Meyer-Werft eine Möglichkeit zu schaffen, große Schiffe durch Aufstauen herauszubringen. Beide Ziele liegen auch im Interesse des Landes Niedersachsen.

In der Folgezeit kam es zu einem entsprechenden Verfahren. Das Projekt kostet 350 Millionen DM. Die eine Hälfte zahlt der Bund, die andere das Land.

In den Behörden wurde fleißig gearbeitet. Es gibt Kritiker, die meinen, das sei nicht so. Mein Eindruck ist: In allen Stellen wurde sehr fleißig und kompetent gearbeitet. Das beginnt in der Staatskanzlei und geht hinunter bis zu der kleinsten Behörde vor Ort; das will ich hier einmal feststellen. Wer vielleicht nicht mit Fleiß und gutem Willen dabei war, das waren die Grünen, das waren die Umweltverbände. Aber immerhin: Im September 1998 kam es zu einem Planfeststellungsbeschluss bzw. zum Baubeginn.

In der Folgezeit - Sie wissen das alles - wurde u. a. von den Umweltverbänden prozessiert. Es kam zu einem Baustopp durch das Verwaltungsgericht Oldenburg, faktisch bestätigt durch das Obergericht Lüneburg. Zurzeit kann nicht gebaut werden. Die Zeit droht wegzulaufen. Die Kosten des Baustopps betragen täglich mindestens 100.000 DM. Es zeichnet sich ein Drama ab, wenn wir da keine Wende herbeiführen.

Zum einen passiert nichts für den Küstenschutz. Kürzlich war wieder Hochwasser. Die Befürchtungen waren erheblich. Zum anderen steht die Werft unter dem Druck, ob sie die vier vorgenannten Pan-Max-Schiffe noch ausliefern kann, wenn das Sperrwerk nicht kommt. Die Zeitschiene ist erheblich, die Sorgen wachsen. Es herrscht - das sage ich Ihnen hier ganz offen - absolute Existenzangst im Bereich Ostfriesland, Emsland und darüber hinaus. Das ist nachzuvollziehen. Darüber sind wir uns einig, das ist auch gut so.

Die Solidaritätsbekundungen und das Beschreiben des gemeinsamen Ziels sind absolut in Ordnung.

Die Frage an die Landesregierung, auch an den Ministerpräsidenten und an Sie, Herr Minister Jüttner, ist aber - ich bitte, die Frage hier zu beantworten -: Was wurde in den letzten Wochen seitens der Landesregierung getan, was wurde veranlasst, um einen vollziehbaren Planfeststellungsbeschluss zu erreichen? Wir haben nicht mehr viel Zeit. Wenn es darum geht - so meine Meinung -, unter Berücksichtigung von EU-Recht Abwägungsmängel im Bereich Vogelschutz, im Bereich FFH, im Bereich von Kostenabschätzungen zu beseitigen, dann möge das getan werden. Ich glaube, das wird zu einer erheblichen Nachbesserung des Planfeststellungsbeschlusses führen. Es geht aber auch um die Anordnung der sofortigen Vollziehung, die gerichtsfest sein muss. Auch hier muss man sehr, sehr sorgfältig, aber auch zügig nachbessern und nacharbeiten, damit es zu entsprechenden Ergebnissen kommt.

Als Randbemerkung zum Thema FFH, Herr Jüttner: Wir haben heute die Pläne zu FFH bekommen. Ich habe mit etwas Erschrecken festgestellt - die ostfriesischen Kollegen vielleicht auch -, dass unsere Heimat fast nur noch in grüner Farbe dargestellt ist. Fast die komplette Ems - von der Landesgrenze Nordrhein-Westfalen bis zur Nordsee - ist grün dargestellt. Ich muss doch darauf hinweisen: Die Ems ist eine Bundeswasserstraße und nicht nur ein FFH-Gebiet. Darüber werden wir aber an anderer Stelle miteinander reden müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Jedenfalls ist das Land der Bauherr. Wir können uns keine Pannen mehr leisten. Wir haben auch keine Zeit mehr. Die Angst geht um in der Region.

Ich will einen zweiten Bereich ansprechen, nämlich das Thema Verbandsklage. Ich sage Ihnen ganz offen - durch die juristische Brille betrachtet -: Ich halte dieses Rechtsinstitut nach wie vor für absolut systemwidrig. Jeder Bürger in Deutschland kann nur dann klagen, wenn er in seinen subjektiven, persönlichen Rechten betroffen ist. Jeder weiß das. Wenn Sie, Frau Harms, z. B. zu nah an der Grundstücksgrenze bauen, dann kann Ihr Nachbar berechtigterweise klagen. Aber es kann nicht Herr Glogowski aus Braunschweig kommen und Sie verklagen; da kann nicht Herr Busemann aus dem Emsland kommen und Sie verklagen. Das finden wir alles richtig. Nur Umweltverbänden räumen wir einen derartigen rechtlichen Status ein. Ich meine, das kann nicht richtig

sein, und dass passt auch nicht in unser Rechtssystem.

Sie von der grünen Seite sagen, derlei Verfahren würden durch Beteiligung der Umweltverbände bereichert, Sachverstand käme herein usw. Wenn es darum ginge, Sachverstand in das Verfahren einzubringen: Sachverstand sollten wir bei unseren Behörden eigentlich vermuten; wenn es aber nicht so sein sollte, müssten wir Behörden fachlich aufrüsten. Man kann externen Sachverstand auch einkaufen. Aber diese fachliche Frage so weit hochzuziehen, dass sozusagen ein Rechtsinstitut in Form einer Verbandsklage für einen externen Umweltverband geschaffen wird, ist, glaube ich, nicht richtig. Die Folgeschäden sehen wir ja auch schon.

Herr Ministerpräsident, Sie haben erst vor ein paar Tagen gesagt, man dürfe grünen Argumenten nicht zu viel Raum geben. Das ist auch richtig so. Vielleicht müssen Sie da auch in Richtung Verbandsklage denken.

Wir haben in einigen Fällen auch schon Missbrauch erlebt. Erinnern Sie sich an das Verfahren zur 7,30 m-Emsvertiefung: Da wurden umweltschützerische Belange eingebracht. Aber ganz am Ende - das hatte nichts mehr mit Umweltschutz zu tun - meinte man seitens der Umweltverbände, auch noch 17,5 Millionen DM kassieren zu müssen. Ob das der Sinn einer Verbandsklage ist, weiß ich nicht.

Erinnern wir an das Deicherhöhungs- und -verfestigungsverfahren im Bereich Dangast, wo man monatelang, jahrelang Verzögerungen in Kauf genommen hat, sogar mit der Gefahr, dass die Bewohner hinter dem Deich absaufen würden. Aber das war völlig egal. Ich halte auch das für einen Fall des Missbrauchs.

Zum Sperrwerksverfahren: Was wir allein in der Anhörung erlebt haben, war nicht fachliche Bereicherung, sondern gezielte Verzögerung; denn man will das Projekt nicht. Das wird, meine ich, langsam richtig irrational. Es geht schon gar nicht mehr um umweltschützerische Belange. Es geht vielmehr darum, ein Unternehmen zu beschädigen, zu behindern und Arbeitsplätze zu vernichten. Dazu sollten wir es nicht kommen lassen.

Ich finde, Herr Ministerpräsident, da sind Sie gefordert. Wir sollten den Zeitpunkt festlegen. Sie regieren hier allein. Es geht doch gar nicht darum, irgendwelche rot-grünen Befindlichkeiten zu be-

friedigen. Es geht nicht darum, zu sagen: Wir halten an der damals mit Trittin & Co. geschaffenen Verbandsklage fest. Wir sehen ein, dass sie keinen Sinn macht. Wir sehen ein, dass sie Arbeitsplätze gefährdet. In der Frage des Emssperrwerks sind wir so weit, meine ich, dass Umweltverbände nicht mehr an den Verhandlungstisch gehören. Lassen Sie uns die Verbandsklage in Niedersachsen gemeinsam abschaffen - für diesen Fall, aber auch für nachfolgende Fälle.

(Zustimmung bei der CDU)

Da sind Sie, Herr Ministerpräsident, gefordert.

Sie waren vor einigen Tagen in Papenburg und haben sich die Lage vor Ort angesehen. Das war gut so. Ich glaube, Sie waren beeindruckt von dieser Werft, von dieser Belegschaft, von dem, was von den Emsländern und den Ostfriesen technisch geleistet wird. Das ist schon eine tolle Sache. Da lohnt sich das Kämpfen.

Wir werden morgen eine Demonstration erleben, die für eine solche ländliche Region historisches Ausmaß erreichen wird. Es kommen nämlich nicht nur ein paar Leute, sondern es kommen alle. Sie werden friedlich deutlich machen, dass sie zu den Arbeitsplätzen, zu der Werft, zu der Region, zu der wirtschaftlichen Entwicklung der Region stehen. Es wird ein großartiges Ereignis werden, eine beispiellose Solidarität. Es gibt auch zwischen den beiden großen Parteien keinen Streit. Wir alle stehen da zusammen und wollen zusehen, das Emssperrwerk zu realisieren. So gesehen freue ich mich sogar auf die morgige Demonstration.

Aber wichtig ist, dass wir den Menschen in Papenburg und Leer sagen: Der Landtag steht dazu, die Landesregierung steht dazu. Wir wollen notfalls auch durch Abschaffung der Verbandsklage eine gerichtsfeste Planfeststellung bekommen. Wir wollen das Emssperrwerk realisieren.

Ich hoffe, dass alle mitmachen. Ich bitte um sofortige Abstimmung.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun Herr Kollege Lucht.

Lucht (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die SPD-Fraktion - das habe ich bereits in der letzten Plenarsitzung gesagt - steht voll hinter dem Emssperrwerk. Wir wollen uns auch in Zukunft für den Hochwasserschutz einsetzen. Wir wollen uns auch für die Arbeitsplätze auf der Meyer-Werft und in der Region Emsland/Ostfriesland einsetzen. Ich meine, das ist für den Bereich insgesamt eine Strukturverbesserung.

Zur Verlängerung des Baustopps durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg: Ich finde es sehr bedauerlich, dass sich das Gericht mit dem Antrag nicht inhaltlich auseinander gesetzt und nur formaljuristisch die Zulassungsgründe geprüft hat. Wir sind uns sicher, dass die Bezirksregierung Weser-Ems als Planfeststellungsbehörde die geforderten Nachbesserungen jetzt schnellstens vornimmt.

Zu den angegebenen Defiziten bei der Abwägung von Alternativen habe ich im letzten Plenum bereits Ausführungen gemacht. Den vom Gericht gesehenen Verstoß gegen das Bundesnaturschutzgesetz kann ich nicht erkennen. Aber Sie hören von mir keine Richterschelte, meine Damen und Herren. Bitter ist nur - das muss ich noch sagen -, dass der Baustopp nun schon 4,6 Millionen DM Mehrkosten verursacht hat.

Als zuständiger Wahlkreisabgeordneter darf ich an dieser Stelle ganz herzlich dem Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski dafür danken, dass er in der letzten Woche vor Ort war,

(Beifall bei der SPD)

in Gandersum und auf der Werft in Papenburg. Er hat sich nochmals ganz klar positiv zum Emssperrwerk geäußert. Er hat zugesagt, dass er alles tun wird, um den Bau des Emssperrwerks fortzuführen. Ich glaube, auch den Mitarbeitern auf der Werft ist ganz deutlich geworden, dass die SPD-Fraktion und auch die Niedersächsische Landesregierung voll hinter dem Emssperrwerkprojekt stehen.

Ministerpräsident Glogowski hat den Baufirmen, den Deichverbänden, den zuständigen Behörden und den Beschäftigten der Meyer-Werft seine eindeutige Haltung verdeutlicht. Er hat ganz bestimmt deutlich gemacht, was von der Landesregierung und von der SPD-Fraktion auch immer gesagt worden ist, dass die Lösung, die von den Umwelt-

verbänden jetzt wieder neu vorgetragen wird, keine Lösung ist. Dabei geht es darum, die Meyer-Werft nach Emden an die Küste zu verlagern. Erstens, meine Damen und Herren, nützt das dem Küstenschutz überhaupt nichts, und zweitens hat der EU-Wettbewerbskommissar van Miert ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass dies eine unzulässige Beihilfe wäre. Das kommt also nicht in Betracht.

Zu der für mich völlig unverständlichen Haltung der Umweltverbände und der Grünen habe ich im letzten Plenum ebenfalls Ausführungen gemacht. Ich will noch Folgendes ergänzen: Das renommierte Franzius-Institut hat anhand eines Sperrwerkmodells festgestellt, dass das Sperrwerk wissenschaftlich und ökologisch sinnvoll ist. Die Belastungen durch weitere Emsvertiefungen und Deicherhöhungen wären aus Umweltsicht wesentlich größer. Das Institut weist außerdem darauf hin, dass bei der letzten Sturmflut an der Ems die Sicherheitsmarge von 50 cm entlang der Emsdeiche schon um 30 cm aufgezehrt worden ist. Notwendig wäre aus Sicht der Wissenschaftler eine längerfristige Aufstockung um einen halben Meter. Dies kann aber 30 Jahre dauern und wird einige Milliarden DM kosten.

Das Sperrwerk, meine Damen und Herren, sorgt da kurzfristiger und kostengünstiger für mehr Sicherheit. In den Niederlanden ist Hochwasserschutz mithilfe solcher Bauwerke gang und gäbe. Mit diesen Erkenntnissen, meine Damen und Herren von den Grünen und von den Umweltverbänden, haben Sie sich bislang überhaupt nicht auseinander gesetzt. Das ist mir völlig unverständlich.

Ich darf des Weiteren daran erinnern, dass sich der Moormerländer Oberdeichrichter Albers bei der Veranstaltung in der letzten Woche ebenfalls ganz klar und eindeutig für den Bau eines Sperrwerkes ausgesprochen hat. Ich meine, dieser Fachmann, der vor Ort die Geschicke leitet, weiß, wovon er spricht.

Meine Damen und Herren von der CDU, bei Ihnen möchte ich mich zunächst für die Unterstützung beim Bau des Sperrwerks bedanken.

(Beifall von Möhrmann [SPD] und von Busemann [CDU])

Aber ich appelliere an Sie - jetzt komme ich zu dem von Ihnen vorgelegten Antrag -: Belasten Sie unser gemeinsames Eintreten für die Interessen unserer Region nicht länger mit der unsinnigen Verknüpfung mit dem Thema Verbandsklage.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich, meine Damen und Herren, klagen auch Privatpersonen gegen das Projekt. Auch dazu habe ich beim letzten Mal Ausführungen gemacht. Nur einen Aspekt darf ich heute wiederholen: Das Verbandsklagerecht ist aus gutem Grund in der Verfassung verankert worden, und das im CDU-regierten Land Niedersachsen.

(Adam [SPD]: Sachsen!)

- Sachsen. - Also, lassen Sie diesen Unsinn!

Konzentrieren wir uns lieber auf die positiven Argumente für den Bau des Emssperrwerks, und lassen Sie uns morgen gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten vor Ort in der Stadt Papenburg für den Bau des Sperrwerkes, also für den Hochwasserschutz und für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Region Emsland/Ostfriesland, kämpfen.

Ich beantrage, diesen Antrag zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss zu überweisen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Janßen-Kucz hat nun das Wort.

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn uns die CDU-Fraktion, Herr Busemann, heute wieder vorhält, wir würden das Emssperrwerk ablehnen, das wir selbst einmal gefordert haben, so will ich diesen Punkt einmal richtig stellen. Sie haben den Leserbrief von Herrn Puls-Janssen nämlich nicht vollständig vorgelesen. Die Grünen und die Umweltverbände hatten im Zusammenhang mit der Diskussion um die Vertiefung der Ems auf 7,30 m den Vorschlag gemacht, zu prüfen, ob nicht der Bau eines Sperrwerks zum Aufstauen der Ems um einen Meter ökologisch verträglicher sein könnte als die weitere Vertiefung. Das war die Suche nach einer konstruktiven Lösung zum Vorteil der Meyer-Werft und zum Vorteil des Ökosystems Ems. Damals hat man diese Möglichkeit nach der Prüfung verworfen, und das stand in diesem Leserbrief. Den hätten Sie vollständig zitieren sollen.

Das Sperrwerk, von dem wir heute reden, soll der Überführung 8,30 m tief gehender Schiffe dienen. Es geht nicht um das Vermeiden von weiteren Ausbaggerungen, sondern es geht um das zusätzliche Aufstauen des Flusses um 2,70 m. Das Sperrwerk ist in der Logik der Meyer-Werft die einzige Lösung, weil die Verantwortlichen wissen, dass die Ems keine weitere Vertiefung mehr verträgt.

Wir aber, wir Grünen und auch die Umweltverbände, sehen in der Teilverlagerung der Werft die einzige Alternative zum Sperrwerk,

(Möhrmann [SPD]: Wohin denn?)

die der Meyer-Werft und den Beschäftigten eine langfristige und sichere Perspektive bietet.

(Beckmann [SPD]: Weil ihr alle im öffentlichen Dienst sichere Arbeitsplätze habt!)

- Auf eine solche Argumentation gehe ich heute nicht ein. Ich habe auch von dem Ministerpräsidenten gehört, dass wir diesen untauglichen Vorschlag nicht wiederholen sollten. Dazu muss ich sagen: Dann brauchen wir auch nicht noch einmal über den untauglichen Planfeststellungsbeschluss zu diskutieren. Da steht dann vielleicht die eine Untauglichkeit der anderen gegenüber.

Meine Damen und Herren, im Emsland gibt es eine schlimme Entwicklung zu bedrohlicher Intoleranz gegenüber politisch anders Denkenden. Hier werden elementare Spielregeln der Demokratie verletzt. Herr Hövelmann, Papenburgs Ex-Bürgermeister und Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion, fordert inzwischen unverblümt zum Rechtsbruch auf, um dieses Sperrwerk durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich frage: Was kommt noch alles auf uns zu? - In dieser Situation ist es die Aufgabe der Landesregierung, für eine Deeskalation zu sorgen. Herr Ministerpräsident Glogowski, Herr Wulff, ich fordere Sie auf, wenn Sie als Redner bei der morgigen Kundgebung auftreten, die Mindeststandards der politischen Kultur einzuhalten. Sie wissen, was in der Region abgeht. Das hat mit einem demokratischen Rechtsstaat sehr wenig zu tun.

Als das Oldenburger Verwaltungsgericht den Baustopp verfügt hat, haben Bezirksregierung und Landesregierung frisch öffentlich erklärt, die Einwände des Gerichtes seien nicht haltbar - Herr

Jüttner hat das hier noch einmal bestätigt -, und man werde dem Oberverwaltungsgericht ohne großen Aufwand nachweisen können, dass das Genehmigungsverfahren keine Mängel habe. Das Oberverwaltungsgericht hat Sie aber eines Besseren belehrt. Der Schock saß tief. Doch an der Oberfläche gibt man sich weiterhin geschäftig und routiniert. Der Ministerpräsident reiste nach Papenburg und erklärte „Alles wird gut“, wohl wissend, dass die Probleme noch größer werden.

Diese Landesregierung leugnet die Tatsachen. Die gravierenden Mängel des Genehmigungsverfahrens werden nicht zur Kenntnis genommen, obwohl sie den Behörden seit langem bekannt sind. Herr Busemann ist in Teilen auch darauf eingegangen. Die Umweltverbände haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Naturschutzbelange zu berücksichtigen sind und dass das Sperrwerk aus Gründen des Küstenschutzes nicht eindeutig zu rechtfertigen ist. Es war klar, dass die Anwohner und Verbände von ihrem legitimen Klagerecht gegen die Genehmigung Gebrauch machen würden.

Die Landesregierung steht vor einem echten Problem. Die politische Ansage „Wir wollen das Sperrwerk, und wir werden es genehmigen“ lässt sich nicht gegen gewichtige rechtliche Anforderungen umsetzen. Ich kann nur appellieren: Nehmen Sie unsere Argumente ernst! Berücksichtigen Sie sie in einem Verfahren.

Zum Schluss will ich deutlich festhalten: Der Baustopp ist die Folge eines fehlerhaft durchgeführten Verfahrens. Diese Landesregierung trägt dafür die Verantwortung. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie zu dieser Verantwortung steht und sich allen Versuchen auch vonseiten der CDU entgegenstellt, die Umweltverbände und Sperrwerkskritiker als Verursacher dieses Baustopps hinzustellen und uns als Sündenböcke abzustempeln. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Pruin.

Frau Pruin (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Während wir hier heute über das Emssperrwerk debattieren, laufen in Papenburg die letzten Vorbereitungen für die große Demonstrati-

on am morgigen Donnerstag. Mehr als zehntausend Menschen werden dort für den Bau des Emsperrwerkes, für den Schutz vor Sturmfluten und Hochwasser und für die Sicherung der Arbeitsplätze auf der Meyer-Werft und in den Zulieferbetrieben auf die Straße gehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen im Emsland und in Ostfriesland haben Angst; sie haben Angst davor, dass das Sperrwerk nicht kommt, die Meyer-Werft abzieht und diese Region wieder zu dem wird, was sie einmal war, nämlich zum Armenhaus Deutschlands.

Schon jetzt gibt es hier eine hohe Arbeitslosigkeit. Was passiert, wenn die schlimmsten Befürchtungen wahr werden sollten, kann sich jeder selbst ausmalen. An die 10.000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt an der Meyer-Werft. Nicht nur das: Allein die gut 2.000 Beschäftigten der Meyer-Werft zahlten im vergangenen Jahr rund 29,3 Millionen DM an Lohn- und Einkommensteuer. Weitere 50 Millionen DM wurden an die Sozialversicherungsträger überwiesen. Von den 80 Millionen DM an Nettolöhnen und Gehältern ist der größte Teil in unserer Region ausgegeben worden – ein enormes Wirtschaftspotential, das hier auf dem Spiel steht.

Lassen Sie uns heute Einigkeit zeigen - Einigkeit im Interesse der Menschen rund um Papenburg.

In der vergangenen Woche wurde erneut von den Umweltverbänden ein Gutachten vorgelegt, das die Forderung nach Umsiedlung der Meyer-Werft an seeschifftiefes Wasser beinhaltet. 800 Millionen DM soll die Umsiedlung kosten. Die Hälfte davon werde die EU bezahlen, behaupten die Umweltverbände. Ministerpräsident Glogowski hat dies in der letzten Woche in Leer bestritten. Auch ich glaube nicht, dass die Europäische Union eine solche Umsiedlung fördern würde.

Doch selbst wenn das so wäre, was wäre damit eigentlich gewonnen? - Das Sperrwerk müsste gebaut werden, oder aber die Deiche müssten erhöht werden, und zwar auf einer Länge von ca. 100 km. Ob das billiger käme, sei dahingestellt. Vor allem aber bin ich sicher, dass die Naturschutzverbände auch auf diesen über 100 km Klagegründe finden würden.

Wenn Meyer geht, meine Damen und Herren, dann nimmt er die Arbeitsplätze mit. Sie wären dauer-

haft für diese Region verloren. Aber er nähme langfristig nicht die Arbeitnehmer mit. Nun sagen die Umweltverbände, dass es den Arbeitnehmern zuzumuten sei, statt nach Papenburg nach Emden oder nach Eemshaven zu fahren. Ich sage Ihnen: Die meisten würden das auch in Kauf nehmen, weil sie einfach keine andere Wahl hätten. Langfristig würden jedoch immer weniger Menschen aus der Region Papenburg und aus Ostfriesland bei einer Meyer-Werft in Eemshaven arbeiten. Dafür würden dort immer mehr Niederländer arbeiten. Nun habe ich gewiss nichts gegen Niederländer - dat sünt ok heel leef Lü -, aber so weit, dass sie gerade unsere Arbeitsplätze haben müssen, die dann bei uns verloren gehen, geht meine europäische Einstellung nun doch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich sprach von Meyer in Eemshaven, nicht von Meyer in Emden. Ich bin davon überzeugt, dass Werft-Chef Bernhard Meyer, wenn er denn schon zur Aufgabe des jetzigen Standortes gezwungen würde, nicht nach Emden, sondern nach Eemshaven gehen würde. In Emden wäre er nämlich noch immer im Einflussbereich der Umweltverbände, die sicherlich auch dort das eine oder andere Eisvogelpärchen oder einen Flugplatz für Graugänse finden würden. In Eemshaven gibt es diese Tiere anscheinend nicht. Die kehren sicherlich alle an der Grenze nach Holland zurück.

Die Niederländer wissen den Wert von Arbeitsplätzen zu schätzen. Gerade Meyer würde dort hoch attraktive Stellen schaffen. Er produziert mit seinen Kreuzfahrtschiffen zudem ein Produkt, das in der ganzen Welt Anerkennung genießt. Man würde ihm in Eemshaven den roten Teppich ausrollen; glauben Sie mir das.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin nicht gegen Naturschutz. Aber nicht nur die Natur verdient es, geschützt zu sein, sondern auch die Menschen mit ihren Arbeitsplätzen und ihrer Lebensumwelt verdienen es.

(Beifall bei der CDU)

Graugänse, meine Damen und Herren, können weiter fliegen, wenn ihnen etwas nicht paßt, aber für die Menschen ist das schon weitaus schwieriger. Deshalb wäre es gut und richtig, wenn der Ministerpräsident Glogowski und der CDU-Fraktionschef Wulff

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

den Menschen in Papenburg morgen berichten könnten, dass wir, der Niedersächsische Landtag, mit überwältigender Mehrheit hinter ihnen stehen und dass wir uns für die Arbeitsplätze und für den Bau des Emssperrwerkes einsetzen. - Danke schön.

(Starker Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Glogowski!

Glogowski, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat in den letzten Tagen und Wochen keinen Zweifel daran gelassen, dass sie in vollem Umfang am Emssperrwerk festhält und dass sie auch die gerichtlichen Hürden, die in dieser Frage bestehen, nehmen will.

Ich bin in der vergangenen Woche vor Ort gewesen. Mich hat die Haltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Tat sehr beeindruckt. Aber ich habe auch mit verantwortlichen Entscheidungsträgern im Emsland und in Friesland gesprochen, mit Experten, Deichrichtern und Sielrichtern. Sie alle haben mir versichert, dass das Sperrwerk zum Schutz der Küste unverzichtbar ist. Ich meine, dass wir das sehr deutlich sehen müssen.

Die Umweltverbände haben kritische Fragen gestellt. Das ist legitim, das ist ihr gutes Recht und möglicherweise sogar ihre Aufgabe. Allerdings muss ich feststellen, dass bei der Abwägung und Einschätzung der Alternativen eine einseitige Argumentation aufgebaut worden ist, die auch an der Sache vorbeigeht. Ich werde gleich noch dazu kommen. Mich hat verblüfft, dass die Umweltverbände völlig unbeeindruckt bei ihrer Position geblieben sind,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

als die kritische Marge von 50 cm vor etwa 14 Tagen in der Tat um 30 cm überschritten worden ist und die Natur gezeigt hat, dass unsere bisherigen Schutzmaßnahmen schon bald nicht mehr ausreichen werden. Es ist ganz deutlich, dass die Ems kein harmloses Flüsschen ist. Auch vor dem Hintergrund, dass sich der Meeresspiegel in den letzten Jahren erhöht hat und, wie die Fachleute sagen, auch weiter steigen soll, ist es völlig klar, dass vor Ort auch Gefahr für Menschen besteht. Man muss sehr deutlich sehen: Das Emssperrwerk ist eine Küstenschutzmaßnahme, die unverzichtbar

ist, weil sie die Menschen sehr schnell in die Lage versetzt, weiterhin sicher hinter dem Deich leben zu können. Das hat ganz große Bedeutung.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Ehlen [CDU] und Frau Pruin [CDU])

Ich bin in Brüssel gewesen und habe mit der Kommission, mit einer ganzen Reihe von Kommissaren und insbesondere mit Herrn van Miert geredet. Die Umweltverbände waren, wie ich gehört habe, auch dort gewesen und haben ihre Probleme dargelegt. Ich habe deutlich gemacht, dass es allein dieser Tatbestand notwendig macht, dass das Emssperrwerk gebaut werden muss. Das ist ganz wichtig. Darum haben wir ja auch in unserem ersten Genehmigungsverfahren deutlich gemacht, dass wir diese Funktion zuvörderst sehen.

Natürlich hat dieses Sperrwerk zweifelsohne auch eine Staufunktion. Es ist auch eine strukturbestimmende Maßnahme. Ich will an dieser Stelle auch einmal sagen, dass es völlig unbestritten ist, dass die Verfahren rechtlich sauber ablaufen müssen. Das ist völlig klar.

Aber ich will auch noch deutlich sagen, dass eine Infrastrukturmaßnahme - hier geht es um über 350 Millionen DM - zuvörderst eine Aufgabe von Parlamenten und Regierungen ist.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Oestmann [CDU])

Das heißt also, dass wir letztlich irgendwann einmal klären müssen, wer in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich Zuständigkeiten hat.

Dieses Emssperrwerk ist also gleichzeitig eine Möglichkeit, nicht nur der Meyer-Werft, sondern generell einem nach wie vor strukturschwachen Gebiet zu helfen. Es gibt dazu keine Alternativen. Das muss man deutlich sagen.

Nach allen Prüfungen und Abwägungsprozessen, die wir vorgenommen haben, gibt es keine Alternative zu diesem Emssperrwerk. Das ist auch der Grund, warum das Land und all diejenigen, die uns dabei finanziell helfen, 350 Millionen DM bereitstellen. Das will sehr wohl überlegt sein und ist natürlich auch sehr wohl überlegt worden. Das ist eine riesige Investition, die wir dort tätigen. Es geht um diese Strukturprobleme, es geht um den Küstenschutz und es geht letztlich eben auch - dabei haben alle Recht, die das sagen - um 10.000

Existenzen von Menschen, die mit ihrer Hände oder Kopf Arbeit sich und ihre Familien ernähren. Auch das kann uns nicht kalt lassen. Das muss uns berühren, denn die Angst der Menschen, die sie haben, dass sie keinen Arbeitsplatz mehr haben könnten, ist eine reale Angst.

Das liegt daran, dass die Meyer-Werft eben nicht gegen irgendeine Werft in

(Senff [SPD]: In Ostdeutschland!)

Ostdeutschland oder in Hamburg konkurriert, sondern sie konkurriert weltweit. Es gibt etwa fünf Werften dieser Größenordnung, die sich alle freuen würden, wenn sie das Ausgospotential der Meyer-Werft schon heute hätten, weil sie es dann unter sich aufteilen könnten, da sie nur noch vier wären. Die Meyer-Werft hat an diesem Standort 200 Jahre überlebt und konkurriert weltweit, und zwar - was uns in besonderer Weise freut - erfolgreich. Das ist niedersächsische Hochtechnologie, die dort angewandt wird. Das ist etwas, das nicht nur für die Region, sondern für ganz Niedersachsen von ungeheurer Bedeutung ist. Ich habe es den Arbeitern dort gesagt, und ich will es hier auch einmal sagen: Es gibt in Indonesien und vielen anderen Ländern der Welt eine ganze Reihe von Menschen, die genau wissen, dass es die Meyer-Werft gibt und dass sie in Papenburg liegt, die aber nicht wissen, wo Niedersachsen liegt. Dort wird ein Weltspitzenprodukt hergestellt, das auf den Weltmärkten konkurriert.

Wir müssen diesem Unternehmen die Voraussetzungen schaffen, um auf den Weltmärkten erfolgreich bestehen zu können. Dass das Unternehmen das kann, wissen wir. Es ist so, dass sowohl das Management als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dies können. Zu einer Werft gehören auch immer der Werft verbundene Arbeitnehmer. Darum ist die Werft auch nicht zu versetzen. Wenn man diese Werft irgendwo anders hinsetzt, wird nicht mehr die gleiche Arbeitnehmerschaft beschäftigt, die auch in allen schwierigen Situationen zur Werft steht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn es eben so ist, dass ein Schiff mittwochs um 15 Uhr heraus muss, dann sagen die Kumpels: Das kommt am Mittwoch um 15 Uhr heraus. Dann scherzen die sich nicht um irgendeinen Tarifvertrag, sondern sie sagen: Das kommt heraus, weil das so sein muss und davon unsere Existenz abhängt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das können Sie nicht verlegen.

Ich appelliere an Sie, einmal über eines nachzudenken: 60 % der dortigen Arbeitnehmer haben ein Häuschen; nicht, weil sie reiche Leute sind, sondern weil sie es sich mithilfe ihrer Kolleginnen und Kollegen, ihrer Nachbarn und all derjenigen, die dazu beigetragen haben, geschaffen haben.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist doch ein schwarzer Kreis! - Heiterkeit bei der CDU - Zustimmung von Eveslage [CDU] - Zuruf von Möllring [CDU] - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Das ist natürlich, wie man in Papenburg bei der Meyer-Werft weiß, alles legal und nicht gegen das Handwerk gerichtet.

(Zustimmung von Frau Pruin [CDU])

Aber die haben es sich geschaffen. Das können die gar nicht mitnehmen. Natürlich haben die Arbeiter dort Ängste; denn sie können sich nicht verlegen. Sie sind nicht in der Situation, sagen zu können: Wir kaufen uns in Holland oder irgendwo anders in der Welt ein Haus, und dann geht es weiter. Das heißt, diejenigen, die um das Werk herum leben und in den Handwerksbetrieben arbeiten, sind auf dieses Unternehmen angewiesen. Das heißt, das Unternehmen ist nicht abbaubar und wieder aufbaubar, weil die Unternehmenskultur nicht transportabel ist. Das muss jeder wissen, der darüber redet.

Das ist auch nicht anders für die Umweltverbände. Ich sage das ganz deutlich. Man lügt sich ein bisschen in die Tasche und beruhigt das eigene schlechte Gewissen - um es einmal so zu nennen -, wenn man sagt: Wir haben ja eine Alternative, wir bauen es woanders wieder auf. Wir wollen euch also gar nicht die Arbeitsplätze nehmen. - Man nimmt aber billigend in Kauf, dass die Arbeitsplätze wegfallen. Das ist das Problem. Wir können auch die Umweltverbände - die Menschen, die sich zu Recht der Natur zuwenden - nicht aus der Verantwortung entlassen, zu sagen: Das ist keine Alternative. Es ist eine Scheinalternative. Darum muss man ihnen klar sagen: Wenn ihr den Standort und das Sperrwerk verhindert, dann gefährdet ihr die Arbeitsplätze auf dieser Werft. Das ist die reale Situation.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht also um die Menschen dort und um diese Werft. Es geht zuvörderst aber um den Küstenschutz. Ich habe das schon deutlich gemacht. Die sofortige Vollziehung im Planfeststellungsbeschluss bezog sich nur auf die Küstenschutzfunktion des Bauwerkes, weil dies der eigentliche Grund für die Maßnahme ist. Die Staufunktion wurde sozusagen als erwünschter Nebeneffekt gesehen. Das Verwaltungsgericht ist nun aber der Auffassung, dass die beiden Funktionen untrennbar miteinander verknüpft sind. Wir werden dies in einem neuen Planfeststellungsbeschluss berücksichtigen und diesen erneut vorlegen.

Im Übrigen möchte ich auch deutlich machen, dass das Oberverwaltungsgericht nicht in eine Sachprüfung eingetreten ist, sondern die Beschwerde nicht angenommen hat. Sie haben gründlich beraten und zwei Monate für diese Entscheidung gebraucht. Dann haben sie entschieden, die Beschwerde nicht anzunehmen.

Unsere Situation ist, dass es bis zum heutigen Zeitpunkt in der Sache keine Entscheidung gibt. Das heißt, dass wir – nämlich die Landesregierung – die formalen Hindernisse aus der Welt schaffen wollen und auch müssen, um dann zu einem erneuten Beschluss zu kommen. Ich bin optimistisch, dass die Richter die Gesamtsituation betrachten und feststellen werden, dass dieses Bauwerk auch rechtlich von uns vernünftig begründet ist. Es ist an dem Verwaltungsgericht, auch die Hürden mit zu nehmen.

Schließlich ist das Verwaltungsgericht der Auffassung, dass in der Frage der Beeinträchtigung prioritärer Vogelarten eine Stellungnahme der EU-Kommission hätte eingeholt werden müssen. Nach Auffassung der Behörden war dies nicht erforderlich, weil die EU-Kommission selbst uns gegenüber die Auffassung vertreten hat, dass keine prioritären Vogelarten betroffen sind. Das ist eine juristische Auseinandersetzung, die eigentlich nur noch Feinschmecker verstehen können. Aber die Landesregierung – sensibel, wie sie ist – wird sich auch diesem Thema zuwenden.

Unser Problem besteht in dieser Frage natürlich darin, dass die EU-Kommission sagt, sie sei nicht betroffen, dass wir aber gleichzeitig eine Stellungnahme der EU-Kommission dazu einholen müssen. Ich hoffe, dass es gelingt, die Kommission davon

zu überzeugen, dass wir – wenn ein deutsches Gericht eine solche Antwort haben will – verpflichtet sind, diese Antwort auch zu geben – und zwar möglichst zügig, damit kein Rechtsproblem daraus entsteht. Wir sind dabei.

Die Kläger haben auch Zeit, ihre schriftlichen Stellungnahmen zu überdenken. Wir werden dann dem Gericht diese Entscheidung wohl sehr schnell vorlegen. Das heißt, wir werden das Verfahren beenden und mit Sicherheit auch wieder ein Rechtsverfahren bekommen. Ich meine, dass es positiv sein wird.

Das ist auch deshalb notwendig – es ist von Frau Pruin schon gesagt worden, darum will ich es nur bestätigen -, weil wir sonst nämlich 110 km Deiche erhöhen müssten. Dazu möchte ich mit Verlaub sagen: Dann bekommen wir auch jede Menge Klagen. Das hat ja keiner in der Hand. Das heißt, wir müssen es auch unter diesen Gesichtspunkten prüfen.

Nach meiner festen Überzeugung ist das Sperrwerk eingedenk von 110 km Deicherhöhungen, die wir sonst benötigen würden, die weniger umweltproblematische Investition. Es ist also rundum eine vernünftige Investition, die wir dort tätigen.

Ich bin sehr froh darüber, was hier von Herrn Busemann und von Frau Pruin gesagt worden ist, nämlich dass wir mit einer großen Mehrheit entscheiden sollten. Es ist – wie ich meine – wichtig, dass deutlich wird, dass das Parlament in seiner großen Mehrheit auch dahinter steht. Ich meine, dass sich das auch rechtlich positiv auswirken wird, weil über Infrastrukturmaßnahmen eben vom Parlament zu entscheiden ist, und ich glaube, dass das Gericht das auch akzeptiert.

Ich bin auch überzeugt, dass es morgen eine gute Veranstaltung geben wird, in der die Menschen ihre Ängste und Sorgen darlegen. Wir alle haben ein großes Interesse daran, dass die Diskussion und die Auseinandersetzungen vor Ort friedlich verlaufen und dass wir alle zusammen ein Klima bekommen, in dem man seine eigenen Meinungen äußern kann. Nur eines muss klar sein: Jeder muss wissen, dass die Sorgen der Menschen auch artikuliert werden, wenn man Menschen in dieser Größenordnung Arbeit streitig macht. Man muss es auch ertragen können, wenn man in der Minderheit ist, dass deutlich wird, dass man in der Tat eine verschwindende Minderheit ist. Ich bin schon der Meinung, dass es gut ist, wenn das morgen deut-

lich gemacht wird. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass auch dies seinen Eindruck nicht verfehlen wird.

Es ist notwendig, deutlich zu machen: Die Landesregierung, die Mehrheit dieses Parlaments und die vor Ort in Ostfriesland und im Emsland Verantwortlichen stehen eindeutig zu diesem Sperrwerk, und sie stehen ganz eindeutig auch hinter der Meyer-Werft. Dieses Unternehmen blickt auf eine 200-jährige Geschichte zurück. Es ist ein Glücksfall für dieses Land, dass eine Unternehmerfamilie über einen so langen Zeitraum in der Lage gewesen ist, einen weltweiten Wettbewerb auszuhalten und erfolgreich zu gestalten. – Schade, dass wir nicht überall in Niedersachsen solche Meyer-Werften haben.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Janßen-Kucz erhält für ihre Fraktion zwei Minuten zusätzliche Redezeit. Bitte sehr!

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Glogowski, ich kann Ihrer Argumentation

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bezüglich des Küstenschutzes voll und ganz folgen. Ich lebe an der Küste, und ich lebe gerne dort. Aber wie soll dieses Sperrwerk die Menschen schützen, die vor dem Sperrwerk leben? Ich frage Sie: Gehört dann aus Küstenschutzgründen ein Sperrwerk nicht an den Dollart? Das möchte ich noch in die Debatte werfen, wenn man wirklich alle Menschen in der Region schützen will.

Sie haben von der Erhöhung von 110 km Deichen gesprochen. Ich weiß von der Bezirksregierung, dass im neuen Planfeststellungsverfahren – was Sie eben auch angedeutet haben – nur noch von 50 km die Rede ist.

(Zuruf von der SPD: Auf jeder Seite!)

Es halbiert sich also plötzlich. Ich bin sehr gespannt, welche neuen Zahlen auf den Tisch kommen werden.

Ich würde gern von Ihnen einen Zeitrahmen erfahren, wie lange das neue Planfeststellungsverfahren

dauert. Sie haben vor der Werft gesagt, dass in zwei bis drei Wochen alles erledigt ist. Ich meine, damit schüren Sie noch mehr Ängste. Ich mache mir auch Sorgen um die Arbeitsplätze.

(Zuruf von der SPD)

- Mit Ihnen. - Ich mache mir Sorgen um die gesamte Region. Das können Sie so zur Kenntnis nehmen. Aber es wäre jetzt falsch, mit so engen Zeitvorgaben zu arbeiten und diese Ängste noch mehr zu schüren. Wir brauchen Infrastrukturmaßnahmen. Aber ich will noch einmal in die Diskussion hineinbringen, ob unbedingt dieses Emsperrwerk dazu gehört und ob man nicht über andere Alternativen nachdenken sollte.

(Collmann [SPD]: Meta, du eierst hier richtig rum!)

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen. Ich kann mit der Minderheitenrolle umgehen, genauso wie die Umweltverbände auch. Aber was zurzeit insbesondere in Papenburg passiert, ist einfach erschreckend. Ich will doch noch einmal ein Beispiel ansprechen: Wenn in Geschäften Schilder mit der Aufschrift „Grüne, Sperrwerkskritiker und -gegner kein Eintritt“, dann frage ich Sie alle: Woran erinnert Sie das? Das sollten Sie einfach einmal mitnehmen.

Ich möchte daran erinnern, welche Briefe bei uns zu Hause ankommen. Das verlässt wirklich den demokratischen Boden. Deshalb möchte ich das hier noch einmal in den Raum stellen. Das sollte zu denken geben. Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie darum, im Interesse der Rechtsstaatlichkeit morgen auch zu diesem Vorgehen in Papenburg etwas zu sagen, nämlich dass man so nicht mit Minderheiten umgehen kann. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Aussprache liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Wir müssen uns jetzt über das weitere Verfahren im Hinblick auf den Antrag verständigen. Von der CDU-Fraktion liegt der Antrag auf sofortige Abstimmung vor. Hierzu gibt es eine Wortmeldung des Kollegen Senff. Bevor ich die aufrufe, weise ich auf Folgendes hin: Der Kollege von der SPD-

Fraktion hat für den Fall, dass es zur Ausschussüberweisung kommt, beantragt, die Federführung dem Ausschuss für Umweltfragen zu übertragen. - Das ist der augenblickliche Sachstand.

Herr Kollege Senff, Sie haben das Wort.

Senff (SPD):

Herr Präsident, das ist selbstverständlich alles okay, schon deshalb, weil Sie es sagen.

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion auf sofortige Abstimmung erklären wir Folgendes: Wir stimmen dem Antrag zu, weil wir es in der Tat für richtig halten, auch angesichts der morgigen Veranstaltung einen so wichtigen Punkt im Landtag abschließend zu klären, was jedenfalls diesen Entschließungsantrag angeht.

Wir werden folgende Position zu dem Entschließungsantrag einnehmen: Wir werden der Nummer 1, die sich mit dem Baustopp befasst, zustimmen. Wir werden der Nummer 2, in der es um die Abschaffung der Verbandsklage geht, nicht zustimmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, wir werden uns jetzt über das Verfahren verständigen. Die CDU-Fraktion hat den Antrag auf sofortige Abstimmung gestellt.

(Senff [SPD]: Getrennte Abstimmung!)

Sie wissen: Wenn nicht 30 Mitglieder die Ausschussüberweisung verlangen, dann kann die sofortige Abstimmung erfolgen. Ich frage daher: Wer ist für Ausschussüberweisung? - Das Quorum ist nicht erreicht worden.

Dann können wir zur sofortigen Abstimmung kommen. Ich lasse über die Nummern 1 und 2 getrennt abstimmen.

Wer der Nummer 1 des Antrags der CDU-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest: Nummer 1 ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe die Nummer 2 auf. Wer diesem Teil des Antrags der CDU-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das Zweite war die Mehrheit. Das ist damit abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Bedarfsorientierte Aus- und Fortbildung der niedersächsischen Polizei - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/236 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung - Drs. 14/496

(Unruhe)

- Ich warte jetzt so lange, bis wieder Ruhe eingeleitet ist, und erst dann erteile ich der Berichterstatterin Frau Wörmer-Zimmermann das Wort.

(Zustimmung von Frau Litfin [GRÜNE])

Frau Wörmer-Zimmermann, Sie haben das Wort.

Wörmer-Zimmermann (SPD), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 496 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für innere Verwaltung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den Antrag abzulehnen. Der mitberatende Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat sich diesem Votum mit gleichem Stimmenverhältnis angeschlossen.

Der Ausschuss für innere Verwaltung hat sich mit dem Antrag in drei Sitzungen befasst und dazu am 25. November 1998 eine Anhörung durchgeführt.

Zur Begründung des Antrages führte der Vertreter der CDU-Fraktion aus, auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung der niedersächsischen Polizei bestehe dringender Handlungsbedarf. So sei es erforderlich, dass im Zuge der Personalplanung genauer überlegt werde, wer zu welchem Zeitpunkt welche Lehrgänge besuche. Fortbildungsmaßnahmen dürften nicht daran scheitern, dass nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden.

Außerdem hätten einige Staatsanwaltschaften darüber geklagt, dass die Qualität der Ermittlungsarbeit in den vergangenen Jahren nachgelassen habe. Schließlich müsse berücksichtigt werden, dass bis zum Jahre 2002 voraussichtlich 336 Beamte aus Altersgründen aus dem Dienst ausschieden, bei denen es sich noch um Spezialisten handele, die die ursprüngliche kriminalpolizeiliche Ausbildung durchlaufen hätten. Hier sei zu fragen, ob die Fachhochschule in Hildesheim neben der Ausbildung von Generalisten nicht auch eine bedarfsorientierte Ausbildung für Fachkräfte anbieten müsse.

Seitens des Ministeriums wurde die Auffassung vertreten, dass Ziel der Polizeireform gewesen sei, durch die Zusammenführung von Schutz- und Kriminalpolizei die Kriminalitätsbekämpfung zu effektivieren. Aufgrund des für die Schutz- und die Kriminalpolizei erweiterten Aufgabenfeldes sei es sicherlich in der Umbruchphase zu Defiziten gekommen, weil qualifiziertes Personal in andere Positionen gewechselt habe. Durch das Landeskriminalamt und das Bildungsinstitut der Polizei seien jedoch für die Polizeibehörden Fortbildungsprogramme entwickelt worden. Dabei sei Wert auf dezentrale Fortbildung gelegt worden. An der Fachhochschule sei die Möglichkeit geschaffen worden, sich schwerpunktmäßig kriminalpolizeilichen Themen in einem Wahlpflichtfach zu widmen.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass es auch nötig sei, insbesondere im Hinblick auf die EXPO, dass genügend Polizeibeamte die erforderlichen Sprachkenntnisse erwerben könnten. Außerdem erhob sie die Frage, ob es Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der kommunalen Kriminalprävention gebe, um diese zum Erfolg zu führen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion brachte zum Ausdruck, man könne nicht davon ausgehen, dass die Qualität der Kriminalfachbearbeitung nachgelassen habe, und verwies darauf, dass die Aufklärungsquote ständig steige.

In der öffentlichen Anhörung äußerten sich die Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, der Deutschen Polizeigewerkschaft sowie der Fachhochschule und des Bildungsinstitutes der Polizei.

In der anschließenden Diskussion stellten die Fraktionen ihre unterschiedlichen Standpunkte nochmals heraus.

Der Vertreter der SPD-Fraktion vertrat die Auffassung, dass der Weg einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten nur über die Fachhochschule und die Bereitschaftspolizei in den Einzel- und Streifendienst und dann erst in eine Spezialisierung führen könne. Der Erfolg der Polizeireform und damit ein Erfolg bei der Kriminalitätsbekämpfung könnten sich jedoch nur ergeben, wenn es zu einem echten gewollten Zusammenspiel zwischen Schutz- und Kriminalpolizei in der täglichen Arbeit komme.

Demgegenüber äußerten Vertreter der CDU-Fraktion, es bestehe nach wie vor die Schwierigkeit, dass der Einzel- und Streifendienst im ersten Angriff viele der Arbeiten leisten müsse, die ehemals durch Spezialisten erledigt worden seien. Dazu müssten diese Beamten jedoch in anderer Weise ausgebildet werden als bisher.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedauerte, dass die von der Polizeireformkommission erarbeiteten Vorschläge nicht mutig genug umgesetzt und zum Teil sogar zurückgenommen worden seien. So müsse in die Fachhochschulausbildung auch die soziale Kompetenz im Bereich der Konfliktregelung und Dialogstruktur Eingang finden.

In der abschließenden Beratung in der Sitzung am 13. Januar 1999 legten die Vertreter der CDU-Fraktion eine geänderte Fassung des Antrages vor. Die Vertreter der SPD-Fraktion und die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnten auch diese Fassung des Antrags ab.

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, ich schließe meinen Bericht und bitte Sie, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 496 zuzustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der CDU hat sich der Abgeordnete Biallas zu Wort gemeldet.

Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum haben wir den Antrag gestellt?

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Das frage ich mich auch! Das haben Sie schon im Innenausschuss nicht beantwortet!)

Weil wir in tiefer Sorge um die Situation der Aus- und Fortbildung in der niedersächsischen Landespolizei sind. Wenn das so ist, dann ist es im Grunde genommen Aufgabe aller Fraktionen in diesem Haus, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Situation verbessern kann, und Vorschläge zu erarbeiten, über die man dann gemeinsam redet.

Wir haben, wie eben vorgetragen worden ist, eine Anhörung durchgeführt. Wenn ich das alles richtig verstanden habe - ich bin ja dabei gewesen -, dann gab es eine ganze Menge durchaus auch in diese Richtung weisender kritischer Anmerkungen und auch guter Vorschläge dazu, wie man das Aus- und Fortbildungswesen der Polizei verbessern kann. Wir als CDU-Fraktion haben diese Anhörung dann auch genutzt, um unseren Antrag zu ändern und zu ergänzen. Eine Anhörung hat eigentlich nur dann Sinn, meinen wir, wenn man sich hinsichtlich des Ergebnisses dieser Anhörung auch lernfähig zeigt und das, was man da gehört hat, einarbeitet.

Das, was ich in diesem Zusammenhang eben nicht in Ordnung finde, ist, dass die SPD-Fraktion - und auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -, ohne dass sie bereit war, sich über die Punkte im Einzelnen sachlich auseinander zu setzen, dies in Bausch und Bogen abgelehnt hat. Dieses Augen-zu-und-durch-Prinzip ist - das meine ich - dem Problem nicht angemessen. Was uns wirklich aufstößt und was wir Ihnen übel nehmen, meine Damen und Herren von der SPD, ist, dass Sie mit dieser vorsätzlichen Verweigerungshaltung - so nach dem Motto: nun lasst die da mal irgendetwas vorschlagen, wir machen es sowieso nicht - meinen Politik machen zu können. Wir halten das für nicht angemessen.

(Zustimmung bei der CDU - Ontijd [CDU]: Unerhört! - Gegenruf von Adam [SPD]: Wolfgang, jetzt stehst du im Protokoll, jetzt kannst du gehen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage ist doch: Welches ist das Kernproblem? Die Poli-

zeireform, von der eben auch noch mal die Rede war, will den Generalisten in der Polizei, und wir sagen, wir brauchen mehr Spezialisten. Das ist das eigentliche Problem.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben im Grunde genommen dasselbe gemacht - Herr Wernstedt, Sie kennen sich da ja aus -, was man in Bremen in der Bildungspolitik gemacht hat.

(Zuruf von Wernstedt [SPD])

Da gibt es ja - wie Sie wissen - den so genannten LöSch. Wissen Sie, was der LöSch ist? - Das ist der Lehrer an öffentlichen Schulen. Der soll praktisch für alle Schulen das Gleiche machen können. Wenn wir sagen, wir brauchen hier mehr Spezialisten, dann sagen wir das deswegen, weil wir meinen, es ist im Hinblick auf die Kriminalität nicht nur in Niedersachsen die Situation eben so geworden, dass es auch da eine Spezialisierung gibt, der man vonseiten der Polizei mit einer entsprechenden spezialisierten Ausbildung begegnen muss.

(Wernstedt [SPD]: Sie sind ein theologischer LöSch, Herr Biallas!)

- Das ist so. Ja, bei den Theologen ist es wieder ein bisschen anders. Aber wenn wir darauf jetzt eingehen, würden wir vom Thema abkommen, Herr Wernstedt.

Nun muss man die Frage stellen: Was ist denn überhaupt aus dieser vielgerühmten Polizeireform geworden? - Als der jetzige Ministerpräsident noch Innenminister war, hat er gesagt, diese Polizeireform sei ein Prozess. Dann wurde wochenlang, monatelang davon geschwärmt wie von einer einzigen Erfolgsstory dieser Landesregierung. Man klopfte sich wechselseitig und gegenseitig auf die Schulter, sprach von einem Jahrhundertwerk. Und wenn etwas nicht klappte - das stellte sich dann ja schnell heraus -, war es im Grunde genommen Schuld der beteiligten Beamten, die das alles nicht richtig umsetzen konnten.

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]:
Wer sagt denn das?)

Informationen über die Umsetzung gibt es im Parlament schon seit langer Zeit nicht mehr. Still ruht der See.

Dann wundert man sich doch über Folgendes: Vor zwei Monaten - der Innenminister war gerade im Amt - wurde von ihm die Aufklärungsquote bei

Kriminaldelikten vorgestellt. Er verstieg sich dabei zu dem Satz: Der Erfolg dieser Statistik hänge mit dem Erfolg der Polizeireform zusammen.

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]:
Genau! Recht hat er! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Innenminister, dazu muss ich nun sagen: Das ist wirklich der Gipfel. - Warum sage ich das? - Erstens wissen auch Sie, Herr Lanclée, dass man Statistiken immer so einrichten kann, dass sie dann das beweisen, was man immer schon sagen wollte.

(Zuruf von der SPD: Macht ihr das so?)

Zweitens ist das Quatsch, und das will ich Ihnen jetzt erklären.

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]:
Aber der Karneval ist vorbei, Herr Biallas!)

Das ist Quatsch, weil in dieser Statistik alle Kriminaldelikte zusammengefasst sind. Nun will ich Ihnen sagen, Frau Wörmer-Zimmermann, warum ich das sage: Darin ist auch der Ladendiebstahl, darin sind Betrugsdelikte. Das heißt, auch Delikte, bei denen überhaupt nicht ermittelt zu werden braucht, weil die Täter schon gleich bei der Anzeige mitgeliefert werden. Aber das, was die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land beunruhigt, sind doch die Einbruchsdiebstähle, ist schwerer Raub. Nun will ich Ihnen sagen, wie dort die Aufklärungsquote ist: Die liegt sage und schreibe nicht einmal mehr bei 15 %. Und das beunruhigt uns, und da sagen wir, da muss in der Ausbildung einiges verbessert werden.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann ich es noch weiter treiben, Herr Innenminister. Ich kann Sie eigentlich nur warnen, auf den Vorschlag Ihrer Kollegin Frau Merk einzugehen, die ja gesagt hat, wir stellen einmal den Ladendiebstahl straffrei. Wenn Sie den Ladendiebstahl und die entsprechende „Aufklärung“ aus der Statistik herausnehmen, Herr Innenminister,

(Möhrmann [SPD]: Das ist doch eine ständige Wiederholung! Das bringt überhaupt nichts! Sagen Sie doch einmal, wie es wirklich geplant ist!)

und mit derselben Statistik ohne Ladendiebstahl hier ankämen, dann würden Sie sich wirklich bla-

mieren, dann hätten Sie eine Aufklärungsquote von rechnerisch etwa 35 %. Das muss man einmal dazu sagen, wenn es um große Erfolge - in Sonderheit gefeiert - bei der Polizeireform geht.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Fülle von Vorschlägen gemacht, die durchaus auch sinnvoll sind. Das ist nicht nur so, weil wir das finden, sondern das ist bestätigt worden. Ich will Ihnen auch den Hintergrund dafür nennen, weshalb wir in tiefer Sorge über die Aus- und Fortbildung sind. Wenn Sie sich nämlich einmal mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Ort unterhalten - ich weiß ja nicht, ob Sie das machen -, dann werden Sie feststellen, dass es innerhalb unserer Polizei eine tiefe Motivationskrise gibt.

(Buß [SPD]: Das Gegenteil ist richtig!)

Ich will Ihnen das berichten. Ich habe neulich eine ganze Fülle von Briefen bekommen und auch persönliche Gespräche geführt, in denen mir Polizisten geschrieben oder mich gefragt haben: Was macht die Politik eigentlich mit der Polizei?

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Das frage ich mich heute auch!)

Warum sind wir eigentlich im Dienst und ständig die Prügelknaben, wenn etwas schief geht?

(Buß [SPD]: Das sind alles abge-lutschte Sprüche!)

Ich will Ihnen noch eines sagen: Für alles sollen die Polizisten den Kopf hinhalten. Dazu will ich Ihnen jetzt auch noch ein Beispiel nennen, Herr Buß. Natürlich kann man sagen: Wir müssen sparen. Das müssen wir auch. Aber wenn man bei der freien Heilfürsorge für die Polizisten kürzt und ihnen sagt, das müssen wir euch zumuten, und sie gleichzeitig mitbekommen, dass diejenigen Kriminellen, die sie zum Teil unter Einsatz ihres Lebens festnehmen, weiter in vollem Umfang die freie Heilfürsorge in Anspruch nehmen können, dann hat das etwas mit einer tiefen Motivationskrise in der niedersächsischen Polizei zu tun.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Zuruf von der SPD: Das ist nun wirklich Quatsch!)

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Biallas, Kollege Plaue möchte Ihnen eine Frage stellen. Wollen Sie die gestatten?

Biallas (CDU):

Wenn der Kollege Plaue mir eine Frage stellen möchte, bin ich immer ganz froh und dankbar. Mir stehen aber nur noch acht Sekunden zur Verfügung.

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Plaue, kurz und knapp bitte, der Kollege Biallas hat nur noch ein paar Sekunden Redezeit.

Plaue (SPD):

Ich frage Sie: Zu welchem Antrag reden Sie? Ist das etwa der Antrag zu der bedarfsorientierten Aus- und Fortbildung der niedersächsischen Polizei?

Biallas (CDU):

Herr Kollege Plaue, das ist vielleicht das Besondere an einer Parlamentsdebatte: Wenn die Berichtstatterin den Gang der Diskussion im Einzelnen darlegt und die Redner der Fraktion das wiederholen, was in diesem Fall Frau Wörmer-Zimmermann perfekt vorgelesen hat, und es Ihnen unangenehm ist, Herr Kollege Plaue, wenn wir einmal über die Hintergründe reden, weshalb es nämlich so schlimm ist, wie es ist, dann müssen Sie sich auch das einmal anhören.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, Sie kommen zur Einsicht. Ich weiß ja, dass die nächste Landtagswahl erst in vier Jahren sein wird. Aber, Herr Kollege Plaue, es wäre vielleicht einmal ganz gut, wenn man sich Gedanken darüber machte, ob eigentlich eine Politik nach dem Motto in Ordnung sein kann: Wir lassen die Dinge einmal so vor sich hinlaufen, wir gucken einmal, ob sich womöglich gar nichts bewegt.

(Lanclée [SPD]: Das ist doch eine Unterstellung!)

Es hat sich in diesem Bereich nichts bewegt. Das gilt auch dann, Herr Lanclée, wenn Sie anderes gehört haben. Wenn Sie anderer Meinung sind, müssen Sie einmal Ross und Reiter nennen.

(Buß [SPD]: Die Polizei hat noch nie so viel von einer Landesregierung profitiert wie von dieser! - Zurufe von der CDU: Kollege, oh, oh! - Buß [SPD]: Das ist mit Gewissheit so! Ich kenne mich da aus!)

Ich halte es nicht für einen Skandal, dass wir in einzelnen Punkten unterschiedlicher Meinung sind, aber ich halte es für einen Skandal, wenn man sich der Diskussion dadurch entzieht, dass man sagt: Wir befassen uns erst gar nicht damit. An diesem Stil von Politik werden Sie sich noch verschlucken. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Buchheister.

(Buß [SPD]: Herr Biallas, unterhalten Sie sich über die Kirche, und ich unterhalte mich über die Polizei! Dann verstehen wir beide etwas von dem, was wir sagen! - Lindhorst [CDU]: Das geht nicht! Er versteht etwas von der Kirche, aber du verstehst nichts von der Polizei! - Glocke der Präsidentin)

- Meine Damen und Herren, Herr Buchheister hat das Wort!

Buchheister (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte in Erinnerung rufen: Zwei Kernziele der Polizeireform waren, die Arbeit der Polizei sollte bürgernäher und bürgerfreundlicher werden,

(Ontijd [CDU]: Leider nicht erreicht!)

und - darauf lege ich großen Wert - die Leistungsfähigkeit und die Professionalität der Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung sollten gesteigert werden.

(Zuruf von der CDU: Alles nichts geworden!)

Erhöhung der Effizienz, umfassende Aufgabewahrnehmung und höhere Eigenverantwortlichkeit wurden der neu geschaffenen Basisdienststelle Polizeikommissariat übertragen, indem Schutz- und Kriminalpolizei zusammengeführt wurden, endlich - so füge ich für mich hinzu - zusammengeführt wurden, um im Rahmen einer umfassenden örtlichen Zuständigkeit grundsätzlich alle Aufgaben wahrzunehmen.

Grundgedanke war und ist die nüchterne Feststellung, dass alltägliche Polizeiarbeit nicht nur rein

hoheitliches Handeln sein darf, sondern vielmehr eine Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger ist, um den inneren Frieden in unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit bedeuten, dass die Erwartungen und Bedürfnisse unserer Bevölkerung im Hinblick auf die Massenkriminalität die Organisation und Umsetzung polizeilicher Arbeit beeinflussen. Leistungsfähigkeit und Professionalität der Polizeiarbeit können nur dann erreicht werden, wenn Schutz- und Kriminalpolizei ihre Kompetenz und ihr Know-how miteinander verbinden, um zum Schutz und zum Wohle der Allgemeinheit zu wirken.

(Beifall bei der SPD)

Der Erfolg polizeilicher Arbeit setzt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei voraus. Vertrauen werden die Bürgerinnen und Bürger aber nur dann in die Polizei haben, wenn sie soziale Kompetenz hat. Demzufolge muss die mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn verbundene Fachhochschulausbildung in ihren Studieninhalten und –abläufen so angelegt sein, dass die gesellschaftspolitische Garantenstellung und damit Verantwortung für die innere Sicherheit zum Fundament polizeilicher Ausbildung werden.

Deshalb kann der Weg einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten nach unserer Auffassung nur über die Fachhochschule und die Bereitschaftspolizei in den Einsatzstreifendienst und in der Folge in die Spezialisierung führen. So wird sichergestellt, dass die Beamtinnen und Beamten das Grundhandwerkszeug nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis erlernen, um sich auf der Grundlage dieses polizeilich sehr wichtigen Erfahrungswissens zu spezialisieren.

Für diejenigen, die sich für die Kriminalitätsverfolgung und –verhütung entscheiden, bedarf es dann einer Grundlagenwissen vermittelnden kriminalistischen Fortbildung und im Falle des Einsatzes in einem zentralen Kriminaldienst einer weitergehenden spezialisierenden kriminalistischen Fortbildung, die jeweils durch learning by doing begleitet werden muss.

Einem Direkteinstieg in die Kriminalpolizei erteilen wir aus den genannten Gründen eine Absage, zumal dies wiederum zur Spartenrennung führte und damit zwangsläufig wichtige personelle Ressourcen der Kriminalitätsverfolgung und -verhütung entzöge.

Das Ziel der Polizeireform, durch die Zusammenführung von Schutz- und Kriminalpolizei die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern, ist erreicht worden. Dies wird auch durch die kontinuierlich gestiegenen Aufklärungsquoten in unserem Land belegt.

(Ontijd [CDU]: Wie sind diese Quoten denn?)

Die in der Umbruch- oder auch Anfangsphase vereinzelt aufgetretenen Defizite rechtfertigen keinesfalls Ihren Antrag, meine Damen und Herren von der CDU. Deshalb werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Abgeordnete Stokar von Neuforn.

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte einmal anders beginnen. Ich finde es unangemessen, dass wir uns am heutigen Tage ein niveauloses Gezänk über die Ausbildung der Polizei leisten.

(Zurufe von der CDU)

Dieser Tagesordnungspunkt sollte uns vielmehr dazu veranlassen, uns im Rahmen der heutigen Plenarsitzung Gedanken darüber zu machen, dass seit gestern Morgen – ich erlebe das zwischen durch in Niedersachsen – gut ausgebildete Polizeibeamte einen außerordentlich schwierigen Job machen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Biallas, ist Ihre Fragestellung, was die Politik eigentlich mit der Polizei macht, richtig.

Die Polizei muss heute bundesweit, zum Teil europaweit Versäumnisse einer schlechten Politik – ich mache hier keine Schuldzuweisung –, an der sicherlich alle Parteien beteiligt sind, auf der Straße ausbaden. Deshalb meine ich, dass es nicht angemessen ist, hier so ein oberflächliches Gezänk über die Ausbildung der Polizei zu inszenieren.

Ich war in den letzten Tagen und in den letzten Stunden seit gestern Abend bei mehreren dieser Einsätze zugegen. Ich kann den Damen und Herren von der CDU nur sagen – ich habe das vor einer Stunde auch gerade hier vor dem Landtag erlebt -: Es macht sich bezahlt, dass Rot-Grün die Polizeireform durchgeführt hat, dass wir eine Fachhochschulausbildung vorgesehen haben und dass wir gesagt haben: Es ist wichtig, auch die soziale Kompetenz der Polizeibeamten zu stärken. Ich erlebe dort eine Polizei, die sehr wohl in der Lage ist, sich mit sehr hoher sozialer Kompetenz in sehr schwierigen Situationen deeskalierend und gewaltmindernd zu verhalten. Dies sehe ich als großen Erfolg der rot-grünen Polizeireform.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen, in welche Zielrichtung der Antrag der CDU geht. Es ist ein Antrag, der zurückgewandt ist, und es geht um eine Debatte, die wir im Jahre 1994 beendet haben. Es ist ja auch in der Anhörung sehr deutlich geworden, dass die CDU hier einen reinen Lobbyisten-Antrag – so sage ich bewusst – für den immer kleiner werdenden und jetzt schon geringen Teil der Kriminalpolizei gemacht hat, der sich gegen die neue Ausbildung wehrt, weil er das Zwei-Klassen-System der Polizei, d. h. die Trennung in uniformierte Polizei und Kriminalpolizei, durchgehend aufrechterhalten will.

(Biallas [CDU]: Das ist doch wirklich Blödsinn!)

- Herr Kollege Biallas, ich habe viele Gespräche auch mit Polizeibeamten, die im Bund Deutscher Polizeibeamter organisiert sind, geführt. Sie werden einfach nicht damit fertig, dass die künftigen Polizeibeamten, die heute noch zur Schutzpolizei gezählt werden, aufgrund ihrer hoch qualifizierten Ausbildung gleichberechtigt den Dienst mit ihren Kollegen machen sollen. Der Ansatz der rot-grünen Polizeireform, Kripo und Schupo zusammenzuführen, ist richtig, und er wird auch in allen anderen Ländern nachvollzogen.

In einem Punkt gebe ich Ihnen Recht, aber in dem Punkt haben wir es als Oppositionspartei immer leichter:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Auch ich wünschte mir für die Polizei noch mehr Aus- und Weiterbildungskurse auch im Bereich der Spezialisierung und hier auch eine andere Schwerpunktsetzung. Aber es gibt nun einmal nur begrenzte Mittel. Ich meine, die Aus- und Fortbil-

dung der niedersächsischen Polizei hat seit der rot-grünen Polizeireform nach wie vor Modellcharakter für alle Bundesländer.

(Biallas [CDU]: Deswegen machen die alle das auch nicht!)

Dies, meine Damen und Herren, wollen wir auch so erhalten. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 496 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Das Erste war die Mehrheit. Damit sind Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung gefolgt.

Wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 9:

Einzige (abschließende) Beratung:

1. Wahleinspruch des Herrn Rudolf Will, Suhlendorf, 2. Wahleinspruch der Frau Vera Hacker, Göttingen, 3. Wahleinspruch des Herrn Jürgen Packer, Winnigstedt, 4. Wahleinspruch des Herrn Alfred Isken, Ganderkesee, 5. Wahleinspruch der Eheleute Ingrid und Peter Sohrauer, Hanstedt, 6. Wahleinspruch der CDU, Kreisverband Helmstedt, Helmstedt, 7. Wahleinspruch der Frau Kathinka Pinkert, Initiative für eine gerechte Wahlkreisreform, Ilsede, 8. Wahleinspruch der Frau Anneliese Wenzel, Bad Lauterberg, gegen die Gültigkeit der Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 1. März 1998 - Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses - Drs. 14/484

Der Wahlprüfungsausschuss hat die Entscheidung des Landtags über die acht Wahleinsprüche vorbereitet. Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig gefasst.

Über die Empfehlungen des Wahlprüfungsausschusses müssen wir getrennt nach den Wahleinsprüchen beraten und abstimmen, weil nach § 12 des Wahlprüfungsgesetzes bei der Beratung und der Entscheidung jeweils die Abgeordneten von der Mitwirkung ausgeschlossen sind, deren Wahl zur Prüfung steht. Das bedeutet, dass bei der Beratung und bei der Abstimmung über die einzelnen Anlagen in der Drucksache 484 folgende Abgeordnete nicht mitwirken können: bei der Anlage 1 der Abgeordnete Wojahn, Gusborn, bei der Anlage 2 die Abgeordnete Dr. Andretta, Göttingen, bei der Anlage 3 der Abgeordnete Mühe, Schöppenstedt, bei der Anlage 4 der Abgeordnete Schack, Ganderkesee, bei der Anlage 5 der Abgeordnete Harden, Drage, bei der Anlage 6 der Abgeordnete Wendhausen, Helmstedt, und bei der Anlage 8 der Abgeordnete Dr. Domröse, Bad Grund. Bei dem Wahleinspruch in der Anlage 7 handelt es sich um einen allgemeinen Einspruch, der nicht einen einzelnen Abgeordneten betrifft.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Wir kommen damit zur Beratung. Für die Fraktion der CDU hat sich zu dem Einspruch Nummer 7 der Abgeordnete Busemann zu Wort gemeldet.

Busemann (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu dem Einspruch Nummer 7 sprechen. Es handelt sich hierbei in der Tat um einen allgemeinen Einspruch, er betrifft aber wohl alle Abgeordneten in diesem Hause.

Gegenstand dieses Einspruchs ist die Frage nach der Verfassungskonformität der im Landeswahlgesetz niedergelegten Wahlkreiseinteilung. Vielen dürfte dieses Problem bekannt sein. Aus der Beschlussempfehlung darf ich vielleicht eine entscheidende Passage zitieren, über die man doch nachdenken muss. Da wird gesagt:

„Der Landtag hält es - in Übereinstimmung mit der ständigen Praxis des Deutschen Bundestages - nicht für seine Aufgabe zu entscheiden, ob wahlrechtliche Bestimmungen mit Verfassungsnormen vereinbar sind. Der Wahlprüfungsausschuss und anschließend der Landtag selbst haben auf eine Wahlanfechtung hin lediglich zu prüfen, ob Verletzungen der geltenden Wahlrechtsbestimmungen vorliegen und ob sich daraus Folge-

rungen für die Gültigkeit der Wahl der Abgeordneten des Landtags ergeben. Im Rahmen des Wahlprüfungsverfahrens kann die Verfassungsmäßigkeit von Rechtsvorschriften dagegen nicht nachgeprüft werden.“

Wir wissen, dass das durchaus gängige Praxis ist, aber es kommt ein ungutes Gefühl dabei auf; denn – ich darf das einmal in eigenen Worten so ausdrücken - wir überprüfen, ob die Spielregeln eingehalten werden, wir überprüfen aber nicht, ob die Spielregeln in Ordnung sind. Man könnte auch sagen: Es finden sich einige – verstehen Sie das Beispiel bitte nicht falsch – zum Skatspiel. Hinterher wird gefragt, ob die Spielregeln eingehalten wurden. Aber es wird nicht gefragt, ob mit gezinkten Karten gespielt wurde.

Das grundsätzliche Problem, das hier aufgeworfen wird, ist, ob Wahlkreiszuschnitte nicht in Ordnung gewesen sind. Ich darf in Erinnerung rufen, dass der Landtag z. B. 1981 eine nachhaltige Wahlkreisreform entwickelt hat, die er im Folgejahr, bei der Wahl 1982, auch zur Geltung gebracht hat. Damals waren in Niedersachsen 5,4 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger wahlberechtigt. Der durchschnittliche Wahlkreis hatte also 54.000 Wahlberechtigte. Durch das Bevölkerungswachstum in den Folgejahren haben sich diese Einwohnerverhältnisse, wie jeder weiß, in Niedersachsen nachhaltig verschoben. Im Jahre 1994 hat der Landkreis Grafschaft Bentheim, begleitet durch ein ausführliches Rechtsgutachten, eine Petition eingebracht. Darin wurde ausgeführt, dass mittlerweile bei 5,8 Millionen Wahlberechtigten im Lande Niedersachsen erhebliche Abweichungen vom ursprünglich beschriebenen Durchschnittswahlkreis gegeben sind, nämlich einen Minuswert von damals bis zu 38 % und einen Pluswert im Jahre 1994 von 50,7 %.

Im Lichte dieser Petition, die, glaube ich, durchaus ernst genommen wurde, hat es dann per 9. Juni 1997 eine Gesetzesänderung, eine Wahlkreisneueinteilung gegeben, aber nur in zwei, drei Fällen, die man allerdings erst für das Wahljahr 2003 zur Anwendung bringen wollte, aber nicht für das Wahljahr 1998. So war es dann, dass am 1. März 1998 5,9 Millionen Mitbürger wahlberechtigt waren.

(Unruhe)

- Es sollte Sie alle interessieren, was ich hier ausführe, liebe Kolleginnen und Kollegen. – In den Wahlkreisen hat es ein Missverhältnis gegeben, und zwar einen Minuswert von 41 % und einen Pluswert von über 60 %, also eine erhebliche Abweichung vom Durchschnittswert eines Wahlkreises.

Hier stellt sich die Frage, was eigentlich erlaubt ist. Wir wissen, dass im Kommunalwahlrecht eine zulässige Abweichung bei den Durchschnittseinzwohnerzahlen von bis zu 25 % für zulässig gehalten wird. Dem Bundesrecht, attestiert durch das Bundesverfassungsgericht, ist eine zulässige Abweichung in Höhe von ca. 33 % zu entnehmen. Der Landtag hat gelegentlich vom GBD nachprüfen lassen, was zulässig wäre. Der GBD kommt mit Bauchweh zu einem Maximalwert von 50 %. Man kann also sagen: Wenn es um Abweichungen von plus 60 % geht, dann ist nachhaltig die Frage aufgeworfen, ob die Wahlkreiseinteilung, die zur Anwendung gebracht wurde, am 1. März 1998 in Ordnung war.

Wir kommen also gemeinsam mit Professor Ipsen, der damals die Petition begleitet hat, zum Ergebnis: Auf Grund einer unzulänglichen und falschen Wahlkreiseinteilung war möglicherweise das gesamte Landtagswahlergebnis im Jahre 1998 nicht korrekt, weil ein Verstoß gegen die Wahlrechtsgleichheit, Artikel 8 der Niedersächsischen Verfassung, gegeben ist.

Wir wollen hier die Gelegenheit wahrnehmen, auf dieses große Problem aufmerksam zu machen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Einspruchsführer des Einspruchs Nummer 7 den Weg nach Bückeburg antreten. Unsere Forderung ist – dieses Vorgehen würden wir unterstützen –, dass wir in den nächsten Jahren in Niedersachsen eine deutliche Veränderung bei den Wahlkreiszuschnitten erreichen müssen. Das scheint mir für das Jahr 2003 dringend geboten zu sein. Das haben Sie nicht gemacht.

(Zuruf von Senff [SPD])

- Zu spät, nicht ausreichend und für 1998 nicht zur Anwendung gebracht, Herr Kollege Senff.

(Senff [SPD]: Aber 2003 – das reicht doch!)

Hier liegt genau das Problem. - Wir müssen Folgendes sagen: Dieser Verstoß gegen die Wahlrechtsgrundlagen inklusive Wahlkreiseinteilung

könnte so erheblich sein, dass das möglicherweise auf die Frage, ob Wahlrechtsregeln eingehalten wurden, durchschlagen kann.

(Senff [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

So gesehen haben wir etwas Mühe, mit der beschriebenen Praxis konform zu gehen. Sie können abstimmen, Herr Kollege Senff, wie Sie wollen. Wir jedenfalls werden uns zum Einspruch Nummer 7 der Stimme enthalten. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Senff [SPD]: Nachdem ihr im Ausschuss dafür wart!)

Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zu den Abstimmungen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Wir beginnen mit dem Wahleinspruch des Herrn Rudolf Will, Anlage 1 der Drucksache 484. Wer der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 1 der Drucksache 484 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides war nicht der Fall. Damit haben Sie der Vorlage zugestimmt. Ich stelle fest, dass an der Beratung und der Abstimmung der Kollege Wojahn nicht mitgewirkt hat.

Wir kommen nun zu der Beratung des Wahleinspruchs der Frau Vera Hacker, Göttingen, Anlage 2. Von dieser Abstimmung ist die Kollegin Dr. Andretta ausgeschlossen. Wer der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 2 der Drucksache 484 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass an der Beratung und der Abstimmung die Kollegin Dr. Andretta nicht mitgewirkt hat. Sie haben laut Vorlage beschlossen.

Wir kommen nun zu der Beratung des Wahleinspruchs des Herrn Jürgen Packer, Winnigstedt, Anlage 3. Der Abgeordnete Mühe ist von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Wenn Sie der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 3 der Drucksache 484 zustimmen möchten, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit haben

Sie vorschlagsgemäß beschlossen. Ich stelle fest, dass an der Beratung und der Abstimmung der Kollege Mühe nicht mitgewirkt hat.

Wir fahren nun mit der Beratung über den Wahleinspruch des Herrn Alfred Isken, Ganderkesee, Anlage 4 der Drucksache 484 fort. Von der Beratung und der Abstimmung ist der Abgeordnete Schack ausgeschlossen. Wer der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 4 der Drucksache 484 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Sie haben nach dem Vorschlag beschlossen. Ich stelle fest, dass an der Beratung und Abstimmung der Kollege Schack nicht mitgewirkt hat.

Wir kommen nun zu der Beratung über den Wahleinspruch der Eheleute Ingrid und Peter Sohrauer, Hanstedt, Anlage 5 der Drucksache 484. Von der Beratung und der Abstimmung ist der Kollege Harden ausgeschlossen. Wer der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 5 der Drucksache 484 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit haben Sie vorschlagsgemäß beschlossen. Ich stelle fest, dass an der Beratung und der Abstimmung der Kollege Harden nicht mitgewirkt hat.

Wir kommen jetzt zu der Beratung des Wahleinspruches der CDU, Kreisverband Helmstedt, Anlage 6 der Drucksache 484. Von der Beratung und der Abstimmung ist der Kollege Wendhausen ausgeschlossen. Wer der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 6 der Drucksache 484 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben Sie vorschlagsgemäß beschlossen. Ich stelle fest, dass an der Beratung und an der Abstimmung der Kollege Wendhausen nicht mitgewirkt hat.

Wir kommen jetzt zu der Beratung des Wahleinspruches der Frau Kathinka Pinkert, Initiative für eine gerechte Wahlkreisreform, Ilsede, Anlage 7 der Drucksache 484. Wer der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 7 der Drucksache 484 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der

CDU-Fraktion haben Sie auch diesen Vorschlag angenommen.

Wir kommen jetzt zu der Beratung des Wahleinspruches der Frau Anneliese Wenzel, Bad Lauterberg, Anlage 8 der Drucksache 484. An dieser Abstimmung darf der Kollege Dr. Domröse nicht teilnehmen. Wer der Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Anlage 8 der Drucksache 484 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben Sie nach dem Vorschlag beschlossen. Ich stelle fest, dass an der Beratung und Abstimmung der Kollege Dr. Domröse dankenswerterweise nicht mitgewirkt hat.

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes, den ich hiermit schließe.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 10

Einzig (abschließende) Beratung:

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 1985 bis 1994 - Drs. 11/1100, 11/2570, 11/3900, 12/110, 12/1410, 12/3100, 12/4820, 12/6240, 13/1000, 13/1900 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/505

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Abgeordnete Wiesensee.

Wiesensee (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt Ihnen, die Landesregierung zu bitten, die Feststellungen und Bemerkungen in seinem Bericht zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.

Angesichts des für die Beratung zur Verfügung stehenden Zeitrahmens möchte ich Sie nur auf einen Punkt besonders hinweisen. Neu gegenüber der Praxis vergangener Jahre ist in dem Bericht des Haushaltsausschusses, dass zu den aus der Sicht des Landtages offenen Punkten im Einzelnen gesagt wird, was der Landtag von der Landesregierung erwartet. Dies war bisher nicht so. Alle übrige

gen Beiträge zu den Haushaltsrechnungen vergangener Jahre werden für erledigt erklärt. Der aktuelle Beratungsstand zu den Haushaltsrechnungen ist damit in einer Drucksache zusammengefasst und erlaubt einen schnellen Überblick. Im Übrigen erlauben Sie mir, auf den umfangreichen Bericht des Haushaltsausschusses hinzuweisen.

Erstmalig ist eine Beschlussempfehlung zu den Haushaltsrechnungen im Haushaltsausschuss nicht einstimmig beschlossen worden. Bei der Beratung im Haushaltsausschuss erklärte der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er den Beschluss zur übertariflichen Eingruppierung des Orchesters des Staatstheaters Braunschweig nicht mittragen könne. In seinem Bericht stellt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen fest, dass die tarifliche Einstufung der 146 deutschen Kultur- und Kammerorchester nach der Wiedervereinigung Verwerfungen und Probleme mit sich gebracht habe und bis zur Lösung dieser Probleme die übertarifliche Einstufung des Orchesters des Staatstheaters Braunschweig erhalten bleiben und kein weiteres vom Land unterhaltenes oder gefördertes Orchester über- oder außertariflich höher eingestuft werden sollte.

Die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung ist im Haushaltsausschuss mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD und der Vertreter der Fraktion der CDU beschlossen worden. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bittet Sie, entsprechend seiner Empfehlung in der Drucksache 14/505 zu beschließen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Litfin:

Vielen Dank, Herr Wiesensee. - Wortmeldungen zur Beratung liegen mir nicht vor, sodass ich die Beratung gleich wieder schließen kann.

Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 505 zustimmen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Fahrgastfreundlicher Schienenpersonennahverkehr in Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/526

Der Antrag wird durch den Kollegen Wenzel eingebracht.

Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Angenommen, Sie bauen ein Haus, und der Tischler baut eine Tür ein, die klemmt, oder irgendein anderes Gewerk entspricht nicht der Vereinbarung im Bauvertrag, was tun Sie dann, meine Damen und Herren? Sie bezahlen nur einen Teil der Rechnung, bis die Leistung erbracht ist, oder im schlimmsten Fall bezahlen Sie gar nicht, weil alles vermurkst ist oder die Leistung gar nicht erbracht wurde.

Das Land Niedersachsen kauft nun für ca. 400 Millionen DM Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr ein. Ich verrate Ihnen wohl kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Qualität oft nicht im erforderlichen Umfang bereitgestellt wird: Unpünktlichkeit, verpasste Anschlüsse, längere Fahrzeiten wegen neuer Langsamfahrstellen, Türen, die nicht schließen, oder Türen, die nicht aufgehen, schmutzige Fahrzeuge und Bahnhöfe. Ich könnte hier eine Reihe von persönlichen Erfahrungsberichten anfügen oder auch aus der Presse zitieren. Aber ich meine, dass Sie alle das im Prinzip auch kennen und das Problem schon gesehen wird.

Die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein wichtiges Kriterium für potentielle Nutzer. Wer jedes Mal Angst haben muss, dass er trotz zehn Minuten Umsteigezeit seinen Anschluss auf den Bus oder auf den nächsten Zug verpasst, der überlegt sich doch beim nächsten Mal dreimal, ob er dieses Verkehrsmittel nutzt oder ein anderes.

Auch der Zustand von Bahnhöfen und Zügen spielt für das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste eine Rolle und damit auch für die potentielle Nutzung.

Das Gleiche gilt in ganz entscheidendem Maße für die Fahrzeit. Hier steht der öffentliche Verkehr in direkter Konkurrenz zum Individualverkehr.

Ich habe mich immer gefragt, warum unser Verkehrsminister immer „bitte, bitte“ sagt, wenn die Deutsche Bahn AG neue Langsamfahrstellen anlegt und monatelang oder gar jahrelang nicht beseitigt. Die Deutsche Bahn AG hat sich doch verpflichtet, die Leistung des Fahrplans 1993/1994 in Qualität und Quantität zur Verfügung zu stellen. Wenn sich die Qualität verschlechtert, muss ein deutlicher Zahlungsabschlag vorgenommen werden. Das gilt für Unpünktlichkeit, für ausgefallene Züge und alle anderen Kriterien, welche die Fahrgastfreundlichkeit betreffen und für die bereits eine vertragliche oder eine gesetzliche Grundlage besteht. Das Ganze ist ganz unspektakulär und völlig selbstverständlich, meine Damen und Herren!

Wenn hier andere Geschäftsbereiche der Deutschen Bahn AG betroffen sind, muss sich der Geschäftsbereich Nahverkehr oder, wie er demnächst heißt, die Regio AG, zurzeit noch in Gründung, beispielsweise mit dem Geschäftsbereich Netz oder der Netz AG in Gründung - oder wie sie gerade heißen mag - verständigen. Das ist dann nicht primär unser Problem. Darüber müssen die sich natürlich einig werden, wie sozusagen die Leistungen bezahlt werden, die dort natürlich wiederum von anderen erbracht werden.

Meine Damen und Herren, wir haben ja nun einen Verkehrsvertrag. Oder sollte ich besser sagen, dass wir einen hatten, weil die reguläre Vertragslaufzeit abgelaufen ist? Dieser Verkehrsvertrag enthält einen Anhang zum Thema Qualität. Dort ist schon einiges geregelt worden. Für den Anfang war das auch eine gute Grundlage. Aber vieles ist dort immer noch zu schwammig formuliert oder zu Beginn der Bahnreform einfach vergessen worden.

Faktisch besteht dieser alte Vertrag jedoch weiter, solange das Dienstleistungsverhältnis besteht. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag schleppen sich dahin. Ein Grund ist die noch ausstehende Gesetzesnovelle des Bundes zur Neuverteilung der Regionalisierungsmittel. Ein zweiter Grund ist jedoch offensichtlich eine inhaltliche Verhandlungstaktik bei der Bahn. Dort hat man sich mit dem bestehenden Zustand scheinbar ganz behaglich eingerichtet. Hier muss unser Verkehrsminister mehr Druck machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die fehlende Novelle des Bundesgesetzgebers ist zwar ärgerlich. Sie ist aber kein Grund, auf einen neuen Verkehrsvertrag zu verzichten. Letztlich

muss die entsprechende Zahl rückwirkend zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Gesetzes im Vertrag verankert werden. Alle anderen Fragen können und müssen jetzt schnell geregelt werden.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann auch nicht verstehen, warum der Verkehrsminister der Deutschen Bahn AG eine Zustimmung zu der geplanten Erhöhung der Nahverkehrstarife in Aussicht gestellt hat. Wenn die Leistung nicht stimmt, kann ich doch nicht noch die Preise erhöhen. Während wir am Telekommunikationsmarkt zurzeit einen Preissturz nach dem anderen erleben, nachdem die Telekom dem Wettbewerb ausgesetzt wurde, ist es bei der Bahn genau umgekehrt. Trotz Bahnreform steigen die Preise. Aber dafür werden der Service und das Angebot verschlechtert. Wirklich, meine Damen und Herren, ein bemerkenswertes Marketingkonzept, welches das Unternehmen Zukunft da mit der Duldung und der Beihilfe der Länderverkehrsminister auf die Beine gestellt hat!

Meine Damen und Herren, ich kann auch nicht verstehen, was die SPD-Fraktion umgetrieben hat, als sie verhindert hat, dass die Beratung unseres Antrages, der sich gegen die Kürzung der InterRegio-Verbindung hier im Lande richtete, auf die Tagesordnung dieses Plenums gesetzt wurde. Wir haben das ganz eindeutig angemahnt. Es war auch im Ausschuss im Prinzip so vereinbart. Es ist auch von der Sache her notwendig, dass man hier zeitnahe Entscheidungen trifft. Sie haben dem Land damit einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch unser Bundesverkehrsminister Müntefering muss sich warm anziehen, wenn er nicht endlich die Rahmenbedingungen ändert, wenn er die Trassenpreise nicht senkt und wenn er das Missmanagement im Bahnvorstand nicht beendet.

(Schirmbeck [CDU]: Ihr müsst mal Druck machen!)

Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident, der leider jetzt nicht mehr anwesend ist, hat den Vorschlag gemacht, noch einmal zu überlegen, ob für Busse und Bahnen der ermäßigte Ökosteuersatz gezahlt werden soll. Ich möchte ihn hier ausdrücklich unterstützen und hoffe, dass er mit seinen Genossen in Bonn noch einmal spricht. Wir hatten diesen Vorschlag in Bonn in die Verhandlungen eingebracht, haben uns dort aber nicht durchsetzen können. Ich sage hierbei ganz klar,

dass ich von einer vollständigen Befreiung nichts halte, weil auch Bus und Bahn energieeffizienter arbeiten müssen. Der ermäßigte Steuersatz, der für das produzierende Gewerbe herangezogen wird, wäre hier aber durchaus angemessen.

Meine Damen und Herren, die entscheidenden, den Wettbewerb zwischen Straße, Schiene und Luftverkehr verzerrenden Maßnahmen finden sich aber woanders. Die Trassenpreise habe ich schon genannt. Hinzu kommt die Mineralölsteuer, die lediglich die Bahn, nicht aber den Flugverkehr belastet. Dazu kommt der in Europa mit Abstand höchste Mehrwertsteuersatz im Fernverkehr. Hier muss etwas passieren. Das gehört natürlich auf die Tagesordnung in Bonn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, dass wir uns beim vorliegenden Antrag auf eine gemeinsame Beschlussempfehlung verständigen, und zwar nicht nur, um Geld zu sparen, sondern letztlich auch, um die Qualität von Bussen und Bahnen im Sinne der Fahrgäste in diesem Land zu verbessern. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Landesregierung hat sich der Minister für Wirtschaft und Verkehr, Herr Dr. Fischer, zu Wort gemeldet.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wenzel, da Sie sich hier darüber beklagen, dass Ihre Anträge nicht immer auf breite und große Begeisterung stoßen, möchte ich Ihnen empfehlen, sich selbst einmal zu fragen, warum das so ist. Sie übersehen manchmal, dass die Dinge etwas komplizierter sind, als Sie sie hier darstellen. Das trifft auch auf diesen Antrag zu, was ich gleich noch ausführen werde. Was Sie mit Ihrem Entschließungsantrag zum Ausdruck bringen, sind schlicht einfache Selbstverständlichkeiten.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das wäre schön!)

Selbstverständlich achtet die Landesregierung darauf, dass im Schienenpersonennahverkehr die Qualitätsmerkmale Pünktlichkeit und Sicherung

der Fahrzeiten eingehalten werden. Genauso selbstverständlich ist es, dass wir darauf gedrungen haben, dass weitere Auflagen eingehalten werden, die in Ihrem Antrag jedoch gar nicht genannt werden. Das sind z. B. Schnelligkeit, Sicherheit, Kundenbetreuung oder Information. Ich darf an dieser Stelle mit aller Bescheidenheit auch erwähnen, dass wir in Niedersachsen zum Thema Qualitätsverbesserung diverse Qualitätsstandards und deren Bewertung erst erarbeitet haben. Gestatten Sie mir deshalb auch den Hinweis darauf, dass das Land hier seit 1996 bundesweit eine Vorreiterrolle inne hat. Wesentliche hier erarbeitete Qualitätsstandards sind in die Vertragsverhandlungen der anderen Länder mit der Deutschen Bahn AG eingeflossen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Deshalb sind in den neuen Bundesländern die Standards so viel besser!)

Eine weitere Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren, Frau Harms: Nicht erbrachte Leistungen dürfen natürlich auch nicht bezahlt werden. Das war bei uns nie anders. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb Sie sich hier so aufregen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Ich glaube, weil wir öfter Bahn fahren, Herr Fischer!)

Wenn Sie im Übrigen meinen, dass die Landesnahverkehrsgesellschaft erst jetzt erstmalig über eine Kürzung der Zuschussleistungen an die Deutsche Bahn AG nachdenkt, nur weil Sie auf diese schlaue Idee gekommen sind, so darf ich Sie, Herr Wenzel, darauf hinweisen, dass für ausgefallene Züge von Anfang an - also seit 1996 - keinerlei Zuschüsse gezahlt worden sind. Auch die Einrichtung von Langsamfahrstellen ist nicht - wie Sie in Ihrem Antrag irrtümlicherweise meinen - ohne Folgen für die Deutsche Bahn AG geblieben. Wie ernst wir es mit der Durchsetzung der geforderten und vereinbarten Qualitätsstandards meinen, mögen Sie daraus ersehen, dass im Jahr 1997 Zuschussleistungen an die Deutsche Bahn AG wegen Unpünktlichkeit, für die wir ja nichts können - das ist ja Sache der Deutschen Bahn AG -, um 5,4 Millionen DM gekürzt worden sind. Was Sie jetzt so großspurig fordern, haben wir längst schon gemacht. Wegen weiterer Leistungsstörungen im Jahr 1998 hat die Landesnahverkehrsgesellschaft noch einmal 7 Millionen DM einbehalten.

Sie sehen also, meine Damen und Herren von den Grünen, dass Ihr Antrag von falschen Tatsachen

ausgeht, weil Sie offenbar nicht sorgfältig genug recherchiert haben.

An einer Stelle haben Sie allerdings Recht. Was für die Landesregierung und die Landesnahverkehrsgesellschaft selbstverständlich ist, ist für die Deutsche Bahn AG leider nicht selbstverständlich. In diesem Punkt stimmen wir mit der Kritik an der Deutschen Bahn AG überein. Was die Verbesserung der Pünktlichkeit angeht, müssen wir in den laufenden Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG beklagen, dass sie Abzüge bei Unpünktlichkeit nicht in allen Fällen mit tragen will, obwohl dies seit Abschluss des ersten Verkehrsvertrages im Jahr 1995 gemeinsam vereinbartes Ziel zwischen dem Land Niedersachsen und der Deutschen Bahn AG ist. Meiner Meinung nach handelt die Deutsche Bahn AG damit gegen ihre eigenen Interessen und auch gegen die Interessen ihrer Fahrgäste. Ihr Interesse müsste es eigentlich sein, dieses Unternehmen dadurch wettbewerbsfähiger zu machen, dass sie die Rahmenbedingungen für die Benutzung verbessert. Dazu gehört auch die Pünktlichkeit.

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Minister Fischer, der Kollege Wenzel möchte Ihnen eine Frage stellen. Möchten Sie dies zulassen?

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Litfin:

Bitte, Herr Wenzel!

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister Fischer, nach meinen Informationen sind die Kürzungen wegen Unpünktlichkeit lediglich angedroht worden. Lässt sich diese Summe nun auch im Haushalt von Herrn Allers nachvollziehen?

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Wir haben diese Mittel gekürzt und nicht bezahlt. Die Bahn sagt natürlich, das sei strittig, und gibt das nicht zu. Wir beharren aber darauf, weil wir die Kriterien festgelegt haben.

Ich möchte auf Ihren Antrag zurück kommen. Er beschränkt sich nämlich weitgehend nur auf die Vertragsgestaltung mit der Bahn und damit auf die Frage, welche Druckmittel uns gegenüber der Bahn zur Verfügung stehen. Um das, was auch Sie wollen, erreichen zu können, haben wir jedoch einen wesentlich umfassenderen Ansatz gewählt. Erstens unterstützen wir die Bahn AG mit Investitionszuschüssen. Wir verfolgen dabei auch das Ziel, den Pünktlichkeitsgrad zu erhöhen; denn überaltertes Wagenmaterial und auch eine begrenzte Schieneninfrastruktur sind oftmals die Ursache für Verspätungen. Sie wissen, dass das Land in erheblichem Umfang Zuschüsse zur Beschaffung von weit mehr als 120 Nahverkehrszügen gewährt hat. Hierbei handelt es sich um S-Bahn-Züge, Doppelstockwagen und auch Regionaltriebwagen. Wir wollen es dabei aber nicht bewenden lassen. Über weitere Fahrzeugbeschaffungen werden gegenwärtig mit der Deutschen Bahn AG Gespräche geführt.

Zweitens haben wir auch die Schieneninfrastruktur für den Nahverkehrsbereich enorm verbessert. Ich erwähne beispielsweise die Verbindungen zwischen Wunstorf, Hannover und Lehrte, zwischen Oldenburg und Osnabrück sowie zwischen Hildesheim, Goslar und Vienenburg.

Alle diese von mir aufgezählten Maßnahmen, die Sie jedoch nicht erwähnt haben, dienen dazu, die Fahrzeiten der Züge zu verkürzen und auch die Qualität des Angebots für die Kunden im Schienenpersonennahverkehr nachhaltig zu steigern.

Ich fasse zusammen: Die von den Grünen eingebrachte Entschließung enthält nur - ich sagte es schon - Selbstverständlichkeiten, die keines besonderen Beschlusses des Landtags bedürfen. Aber nicht nur das. Ihre Vorschläge greifen auch zu kurz. Deshalb hat die Landesregierung - wie ich dargelegt habe - darüber hinaus weitere zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um die Qualität des Nahverkehrs in Niedersachsen zu verbessern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der CDU nimmt der Kollege Schirmbeck zu dem Antrag Stellung.

Schirmbeck (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Fischer, wir sind schon jetzt sehr von dem begeistert, was Sie hier ausgeführt haben. Sie haben ja gelernt. Noch am 20. Januar haben wir von Ihnen gehört, dass Sie gar nicht zuständig seien. Auf diese Position haben Sie sich heute aber nicht mehr zurückgezogen. Immerhin haben Sie heute schon zur Sache gesprochen. Am 20. Januar hat uns gewundert, dass Sie seinerzeit in praktisch jeder Nachrichtensendung aufgetreten sind und uns nachweisen wollten, was Sie so alles tun, dass Sie mit uns gemeinsam z. B. für bessere Bahnverbindungen in Niedersachsen kämpfen. Ich darf noch einmal sagen, dass wir das nachhaltig begrüßen. Da Sie uns eben deutlich gemacht haben, dass Sie auch für den Schienenpersonennahverkehr zuständig sind und sich dort engagieren, so finden wir auch das sehr gut. Was wir aber nicht so gut fanden, war, dass wir nach unseren Diskussionen am 20. Januar und nach den Besprechungen und Diskussionen, die wir im Wirtschaftsausschuss geführt haben, am 8. Februar um 15.40 Uhr auf NDR 1 Herrn Pohl von der Bahn AG hören durften, der alle diejenigen, die sich mit den Problemen der Bahn in Niedersachsen ein wenig kritisch auseinander setzen, als so genannte Erstdemonstranten denunziert hat mit dem Hinweis darauf, dass wir, nachdem uns das - sage ich einmal - relativ arrogant vorgetragen worden ist, jetzt überzeugt wären und unsere Fahnen eingezogen hätten.

Ich darf Ihnen hier versichern, dass das überhaupt nicht der Fall ist. Die Schwachpunkte und Fehlentwicklungen beim InterRegio-Verkehr gibt es nach wie vor. Wir erwarten, dass sich die Bahn AG bewegt und dass die Landesregierung uns nicht nur am Wochenende über die Medien unterstützt, sondern auch hier im Landtag.

(Zustimmung bei der CDU)

Die von den Grünen in dem vorliegenden Entschließungsantrag aufgeführten Mängel treten an der einen oder anderen Stelle manchmal auch gehäuft auf. Das führt bei denen, die mit der Bahn fahren und nicht nur darüber reden, die also über längere Zeit beobachten können, wie sich die Bahn entwickelt, manchmal zu Missmut. Wir erwarten natürlich - so wie der Kollege Wenzel das hier ausgeführt hat -, dass den Mängeln im Einzelnen nachgegangen wird und dass sie abgestellt werden.

Herr Minister Fischer, wir beschimpfen Sie nicht nur, sondern unterstützen Sie da, wo Sie konstruk-

tiv handeln. Wir meinen, dass Sie und Ihre Mitstreiter in der Landesnahverkehrsgesellschaft bemüht sind, die Interessen des Landes Niedersachsen zu vertreten und die Mängel abzustellen. Wie es unter Geschäftspartnern selbstverständlich ist, sollten die Gelder einbehalten bzw. zurückgezahlt werden, wenn eine Leistung nicht so erbracht wird, wie es vertraglich vereinbart worden ist. Ich gehe davon aus, dass Sie das tatkräftig angehen.

Ich möchte mir in diesem Zusammenhang erlauben, noch einen ganz anderen Gesichtspunkt anzusprechen. Wenn wir die Verantwortlichen der Bahn an einigen Stellen hart kritisieren, muss das konstruktiv geschehen. Ich frage: Wer kann etwas dazu beitragen, dass die Missstände, die wir an einigen Punkten feststellen, zurückgehen? Wer kann einen Beitrag dazu leisten, dass die Züge nicht mehr so verschmutzt sind wie bisher? Wer kann einen Beitrag dazu leisten, dass die Bahnsteige nicht mehr so verschmutzt sind wie bisher? Wer kann einen Beitrag dazu leisten, dass wir Bahnhöfe haben, auf denen wir alle uns wohlfühlen? Wer kann einen Beitrag dazu leisten, dass es auf den Bahnhöfen und in den Zügen weniger Schäden gibt? Zunächst sind die Bahn AG und die Geschäftspartner der Bahn AG zuständig. Aber müssen wir nicht feststellen, dass es in unseren Zügen, auf unseren Bahnhöfen, im Umfeld der Bahnhöfe Vandalismus gibt? Müssen wir nicht auch deutlich machen, dass es in vielen Fällen Bahnkunden sind oder dass es Menschen sind, die sich im Umfeld der Bahnhöfe aufhalten, die diese in einen Zustand versetzen, den wir hier beklagen? Wie kommt es zu diesen Missständen? Sind unsere Bahnhöfe, unsere Bahnsteige Müllkippen, auf die man Kippen, Papier, Flaschen, Dosen wirft?

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Da fragt man sich: Wie sieht das hier aus? - Manchmal wird auf Bahnhöfen so getan, als könne man sich dort benehmen wie die Axt im Wald. Wir haben, so meine ich, die Verantwortung, das deutlich zu machen. Wir müssen jedem Bürger, manchmal vielleicht auch uns selber die Situation verdeutlichen, müssen uns manchmal an die eigene Brust schlagen und sagen: Das gehört sich nicht nur nicht; das muss abgestellt werden. - Dann brauchen wir auch nicht die Verantwortlichen der Bahn AG aufzufordern, die Missstände abzustellen.

Dass es in vielen Fällen Verspätungen bei der Bahn gibt - ob überregional oder regional -, liegt in

dem einen oder anderen Fall auch daran, dass Zerstörungen im Netz vorgenommen werden und dass es Sabotageakte von so genannten Weltverbessernern gibt, die eigentlich nichts anderes sind als Kriminelle; denn sie gefährden Leib und Leben von unschuldigen Bürgern und verursachen Kosten, für die wir alle über den Fahrpreis, der Staat, aber natürlich auch die Bahn AG aufkommen müssen. Ich meine, das muss man deutlich machen. Wenn wir gelegentlich eine halbe Stunde oder sogar eine Stunde auf den Bahnsteigen warten müssen, liegt das daran, dass solche Kriminellen tätig gewesen sind und das Verkehrsnetz vor allem an den Knotenpunkten mehr oder weniger zusammenbricht. Ich meine, wenn wir mit der Bahn AG und mit den Verkehrsproblemen in Niedersachsen kritisch umgehen wollen, müssen wir das hier deutlich machen.

Jemand, der über längere Zeit verfolgt hat, wie sich der Nahverkehr in Niedersachsen entwickelt hat, muss feststellen, dass die doch beträchtlichen Investitionen, die in den vergangenen Jahren sowohl vom Land als auch von der Bahn AG getätigt worden sind - das sollten wir nicht leugnen -, an vielen Stellen zu Verbesserungen geführt haben, auch wenn es natürlich nach wie vor Dinge gibt, an denen wir noch arbeiten müssen. Wir haben Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Straßenverkehr und Bahnverkehr gekoppelt werden können. Da ist in den vergangenen Jahren an vielen Stellen Erhebliches geleistet worden.

Dazu gehören Baumaßnahmen, die man zurzeit beispielsweise im Umfeld des Hauptbahnhofs in Hannover sehen kann. Die Bauphase führt natürlich zu erheblichen Beeinträchtigungen und Unbequemlichkeiten für den Kunden, der das Angebot der Bahn annimmt. Es ist aber bei allen Baumaßnahmen, die im laufenden Betrieb durchgeführt werden, so, dass die Bauphase zunächst zu Verschlechterungen führt. Aber wir können in vielen Fällen absehen, dass es zukünftig erheblich besser wird. Ich bin durchaus optimistisch, dass wir, wenn die EXPO im nächsten Jahr eröffnet wird, um Hannover ein Nahverkehrsnetz haben werden, das vorbildlich und beispielhaft ist und auf das wir gemeinsam stolz sein können. Diese positiven Aspekte wollen wir gerne zur Kenntnis nehmen. Aber wenn diese Maßnahme abgeschlossen ist, müssen die Mittel, die wir nach dem Jahr 2000 zur Verfügung haben, in anderen Regionen, auch im flachen Land eingesetzt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Alles, was wir als Abgeordnete aus dem ländlichen Raum jetzt für Hannover mittragen, ist von der Hoffnung begleitet, dass Sie schon jetzt die planerischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass es ab dem Jahr 2001 in den anderen Regionen Niedersachsens weitergeht. Dann können wir die eine oder andere Schwäche, die wir heute im Lande festzustellen haben, abbauen. Wir können dann noch mehr zufriedene Bahnkunden haben.

Lassen Sie uns alle gemeinsam verantwortungsvoll, durchaus kritisch mit der Bahn und mit der Landesnahverkehrsgesellschaft umgehen. Lassen Sie uns dabei aber konstruktiv bleiben. Wir sollten nicht nur kritisieren, sondern konstruktiv etwas auf den Weg bringen. Die CDU-Landtagsfraktion wird zu dieser Zusammenarbeit wie auch in der Vergangenheit bereit sein. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Der Kollege Schurreit spricht für die Fraktion der SPD.

Schurreit (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass sich der neue Sprecher für Verkehrspolitik der Grünen in den Landtagsitzungen jedesmal genötigt fühlt, den Part eines Ersatzministers zu spielen, da er mit seinen Vorschlägen, Anregungen und Handlungsanleitungen seine Verkehrspolitik formuliert, sie dem Land Niedersachsen unterbreitet und damit dem Verkehrsminister sagt: Nun mach mal, wie wir uns das vorstellen. - Wir stellen fest, Stefan Wenzel: Das ist ohne Erfolg. Das war schon beim letzten Mal so. Wir haben heute wieder einen solchen Antrag auf dem Tisch. Das ist eine Entschliebung, wie sie der Herr Minister für Technologie und Verkehr, Dr. Fischer, in allen Belangen - das möchte ich jetzt beweisen - schon erfüllt hat. Insofern geht der Entschliebungsantrag nach meiner Meinung völlig ins Leere. Wenn ich Herrn Schirmbeck richtig verstanden habe, sieht die CDU das genauso.

Ich komme nun zu den drei Punkten des Entschliebungsantrags, ohne auf das einzugehen, was Herr Schirmbeck dargestellt hat, nämlich dass man auch bei der Benutzung des Schienenpersonennahverkehrs sein Verhalten an den allgemeinen Sekundärtugenden ausrichten und z. B. Zigarettenkippen nicht wegwerfen sollte.

Erstens. Die Niedersächsische Landesnahverkehrsgesellschaft hat in den Bestellerverträgen mit der Bahn AG Qualitätsmerkmale für den Schienenpersonennahverkehr festgeschrieben. Das ist bekannt. Dazu gehört, dass im Schienenpersonennahverkehr die Pünktlichkeit, die Sicherung der Fahrzeiten, die Schnelligkeit der Verbindungen, die Sicherheit des Transports, die Kundenbetreuung und die Information der Bürgerinnen und Bürger, die den Schienenpersonennahverkehr nutzen, im Bahnhof selbst gegeben sein muss. Das ist also Bestandteil der Verträge. Dazu gehören ferner die Ankopplung an den straßengebundenen Verkehr - das ist Aufgabe der Kreise - jeweils an den Knotenpunkten, nämlich an den zentralen Omnibusbahnhöfen, sowie die Ausgestaltung der Bahnhöfe und die Qualität der Züge und der sonstigen Infrastruktur der Bahn.

Zweitens. Die Zahlungen an die DB AG durch die Landesnahverkehrsgesellschaft sind bei Nichterbringung dieser vertraglich geregelten Leistungen schon seit Jahren gekürzt worden. Das ist bekannt, das ist auch immer wieder dargestellt worden, und das sollte eigentlich auch der Sprecher der Grünen wissen. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass im Jahr 1997 die Zuschusszahlungen an die DB AG in Höhe von 5 Millionen DM gekürzt worden sind - das hat die DB AG nicht ohne Weiteres akzeptiert; das ist klar -, weil die vertraglich geregelten Leistungen eben nicht erbracht worden sind. 1998 sind weitere 7 Millionen DM einbehalten worden. Auch in diesem Jahr wird die Landesnahverkehrsgesellschaft nicht zögern, Zuschusszahlungen an die DB AG nicht zu leisten, wenn diese von mir dargestellten Bedingungen und Qualitätsmerkmale nicht erfüllt bzw. eingehalten werden. Auch das ist völlig unbestritten und jedem klar.

Drittens. Die Landesnahverkehrsgesellschaft ist der Meinung, dass die Qualitätsmerkmale, die die Bahn AG für den Besteller Landesnahverkehrsgesellschaft zu erbringen hat, ausreichend vertraglich abgesichert sind. Aus meiner Sicht müssen die zukünftigen Verkehrsverträge insofern auch nicht nachgebessert werden. Sie sind ausreichend in der Formulierung und bieten auch die Möglichkeit der Kürzung bei Nichteinhaltung der Qualitätsmerkmale. Sie sind umfänglich, verlässlich und in der Kontinuität der vergangenen Jahre auch identisch formuliert worden. Dennoch gibt es Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Fehlleistungen. Es ist doch klar, dass man nicht gerne Strafgebühren zahlen hat. Von daher definiert die Bahn AG die Unpünktlichkeit häufig als Ausdruck höherer Ge-

walt und akzeptiert die Einschränkungen deshalb nicht.

Ich möchte hier sagen, dass die Landesnahverkehrsgesellschaft auf kurzem Wege schon ein Beschwerdemanagement organisiert hat und dass auch die Landesregierung kurzfristig Abhilfe an dieser oder jener Stelle geschaffen hat. Außerdem ist das Bemühen der Bahn um Pünktlichkeit doch anzuerkennen!

Besonders betroffen macht mich die Aussage im dritten Absatz der Begründung Ihres Antrags, dass die Niedersächsische Landesnahverkehrsgesellschaft *zum ersten Mal* darüber nachdenkt, die Zahlungen an die DB AG aufgrund von Unpünktlichkeit zu reduzieren. Sie haben behauptet, das Land Niedersachsen habe geschlafen. Aber die Entscheidung der Landesnahverkehrsgesellschaft, in den vergangenen beiden Jahren 5 Millionen bzw. 7 Millionen DM nicht an die DB AG zu zahlen, weil die entsprechenden Qualitätsmerkmale nicht eingehalten worden sind, beweist doch das Gegenteil. Sie negieren also etwas, was Sie eigentlich wissen müssten. Gleichwohl formulieren Sie hier aus welchen Gründen auch immer einen solchen Entschließungsantrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen, Sie gehen wieder einmal mit Unterstellungen an die Öffentlichkeit, die das Image der Landesnahverkehrsgesellschaft schädigen und ihre Leistungsfähigkeit infrage stellen, aber dem Land in keiner Weise helfen, vernünftige Absprachen mit der Bahn AG zu treffen, um die Situation im Schienenpersonennahverkehr zu verbessern.

Das Land unternimmt in vielen Bereichen riesige Anstrengungen, um den Schienenpersonennahverkehr zu aktivieren bzw. zu verbessern. Ich möchte hier vier Punkte anführen.

Erstens. Das Land hat mit großen Sachleistungen, auch mit GVFG-Mitteln, die zentralen Umsteigemöglichkeiten an den jeweiligen Bahnhöfen in den Regionen Niedersachsens so ausgestaltet, dass der Bürger ein Verkehrsmittel des öffentlichen Personennahverkehrs der Region nutzen und dann mit möglichst wenig Stress auf die Bahn umsteigen kann. Pläne für die Bahnhöfe im Lande Niedersachsen liegen vor. Die Bahnhöfe werden weiterhin mithilfe des Landes ausgebaut. Dies ist keine Selbstverständlichkeit, sondern erfüllt ein Gesamtkonzept zur Verbesserung des ÖPNV im gesamten Land Niedersachsen - eine politische Linie, die wir

über Jahre hinweg verfolgen und mit großem Erfolg auch haben umsetzen können.

Zweitens. Das Land hat über Jahre hinweg riesige Investitionszuschüsse für die besucherfreundliche Ausgestaltung der Bahnhöfe geleistet. Das ist normalerweise gar nicht unsere Aufgabe, sondern alleinige Aufgabe der Bahn AG. Trotz allem sagen wir: Zugunsten der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens wollen wir hier behilflich sein und die Bahn unterstützen, an solch einer Stelle solche Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen auch, dass diese über viele Jahre praktizierte Politik der Vernachlässigung der Infrastruktur im Bahnsektor heute eine besondere Anstrengung von uns verlangt. Deshalb haben wir - alle Fraktionen dieses Landtags, wenn ich das richtig sehe - auch die Bezuschussung akzeptiert.

Drittens. Wir bemühen uns, durch Zuschüsse für Nahverkehrszüge - seien es S-Bahn-Züge, Doppelstockwagen oder Regionaltriebwagen - die Benutzerfreundlichkeit für die Menschen, die die Eisenbahnlinien nutzen, um zur Arbeit und wieder nach Hause zu kommen, zu verbessern und damit die Akzeptanz für das Benutzen der Bahn entscheidend zu erhöhen.

Viertens. Wir haben die Schieneninfrastruktur im Nahverkehrsbereich enorm verbessert. Herr Minister hat angeführt, welche Strecken das betrifft. Dies alles dient dazu, die Fahrzeiten der Züge zu verkürzen und die Akzeptanz, den Zug zu nutzen, zu erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind mit Ihnen der Meinung - das ist vielleicht eine Gemeinsamkeit bei diesem Entschließungsantrag -, dass die Landesnahverkehrsgesellschaft und die Bahn AG in einem permanenten Prozess versuchen müssen, die Qualität zu verbessern. Hier hat das Land keine Möglichkeit, Druck auszuüben, auch wenn Sie immer den Eindruck erwecken, der Minister könne hier Wunder bewirken. Wir haben sehr deutlich gemacht, wo die Grenzen unserer Einflussmöglichkeiten liegen. Aber dass sich der Minister Mühe gibt, in intensiven Diskussionen eine gemeinsame Linie mit der Bahn AG zu finden, ist wohl anerkannt worden, und zwar auch von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein dauerhafter Prozess, die Pünktlichkeit, die Sicherung und Verkürzung von Fahrzeiten, die Anschlussverbindungen, die Ausgestaltung von Bahnhöfen und die Verbesserung des Zugangebotes für alle zu ermöglichen. Wir haben das Instrument der Zahlungsminderung bei nicht erbrachter Leistung der Bahn schon eingesetzt. Wir wollen es weiter einsetzen. Das ist wohl auch allen bekannt.

Wir empfehlen Ihnen, in konstruktiver Politik der Fraktionen dieses Landtages unseren Minister und damit die Landesnahverkehrsgesellschaft zu unterstützen, die Infrastruktur im schienengebundenen ÖPNV im Lande nachhaltig zu sichern und zu verbessern. Hier sage ich: Wir sind uns in den Fraktionen einig darin, in Solidarität mit dem flachen Land nach der Realisierung der EXPO den Schwerpunkt außerhalb Hannovers zu legen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Ihren Entschließungsantrag ablehnen, weil er nur das nachvollzieht, was bislang schon politisches Handeln im Lande ausgemacht hat. Wir können auf die bisherige Leistung durchaus stolz sein. Ich meine, die beiden großen Fraktionen in diesem Hause sind sich auch einig darin, dass der Minister hier Unterstützung nötig hat. Wir werden an seiner Seite sein, wenn es um die Verhandlungen mit der Bahn AG geht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Der Kollege Wenzel hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Adam [SPD]: Nach Wolfgang Schurheit kann man nicht mehr reden!)

Wenzel (GRÜNE):

Das ist schon eine interessante Debatte. Zumindest gilt das für die unterschiedlichen Wahrnehmungen dieser Geschichte.

Das Thema Qualität - darin gebe ich Ihnen Recht - ist in Niedersachsen sehr früh auf die Tagesordnung gekommen. Das war vor drei Jahren. In der Zwischenzeit hat es aber doch mit der Umsetzung gehapert. Im Ergebnis haben wir die Zustände, von denen wir heute reden. Wenn gesagt wird, dass das alles so toll sei und dass wir so viel gemacht hätten, dann trifft das in Teilbereichen sicherlich zu.

(Schurreit [SPD]: Dann sag das doch einmal deutlich!)

Wenn man aber mit Pendlern spricht oder selber diese Erlebnisse hat, wenn man beispielsweise hören muss, dass Berufspendler über Chaos bei der Bahn klagen oder die Eisenbahner die Aussagen des hannoverschen Bahnsprechers, dass alles im Großen und Ganzen normal laufe, als echte Unverschämtheit bezeichnen, dann haben diese Menschen doch nicht etwa Wahrnehmungsschwierigkeiten, sondern dann ist doch real etwas zu verbessern. Die Eisenbahner selbst sagen – rund 90, 95 % von denen wollen, dass ihr Betrieb läuft; die leiden darunter, dass so oft so vieles nicht funktioniert; das sind Leute, die sich engagiert für ihr Unternehmen einsetzen -: Bei vielen Reisezugwagen können wir nur noch das Nötigste machen, weil uns die Wartungszeiten so verkürzt wurden, dass wir es gerade noch hinbekommen, die Bremsen zu reparieren, und wenn die Türen nicht schließen, dann muss der Schaffner das am Bahnsteig machen. Das führt dann wieder zu Verspätungen.

(Schurreit [SPD]: Wo liegen die Einflussmöglichkeiten des Landes? – Senff [SPD]: Soll der Minister die Wagen reparieren?)

Nun zu der Frage, ob gekürzt worden ist oder nicht. Natürlich habe ich mich schlau gemacht. Man hat mir gesagt, die Landesnahverkehrsgesellschaft denke zurzeit darüber nach, wegen Unpünktlichkeit die Zahlungen zu kürzen. Wir werden das überprüfen. Ich meine, im Haushalt lässt sich nachweisen, ob die 5,4 Millionen bzw. 7 Millionen DM wirklich in der Kasse geblieben sind. Ich nehme das erst einmal so hin. Ich fände das erfreulich, wenn es tatsächlich so wäre.

Wenn Sie sagen, wir hätten nur Selbstverständlichkeiten beantragt, so freue ich mich darüber, dass wir künftig einen Konsens haben und über diese Dinge nicht mehr reden müssen, weil sie umgesetzt werden.

Ganz besonders freut mich, dass der Minister deutlich gemacht hat, dass die Deutsche Bahn AG verpflichtet ist, Langsamfahrstellen unmittelbar und unverzüglich zu beseitigen, statt immer erst darauf zu warten, dass vor Ort ein regionaler Aufstand losbricht, weil die Leute sagen: Fahrt uns endlich pünktlich an den Ort, an den wir wollen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN - Senff [SPD]: Der Antrag war völlig überflüssig, Stefan!)

Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, mit der federführenden Beratung und Berichterstattung den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr sowie mit der Mitberatung den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu beauftragen. Wenn Sie so entscheiden möchten, dann bitte ich um ihr Handzeichen. – Danke schön. Sie haben so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 12:

Erste Beratung:

Mit Glaubwürdigkeit gegen Politikverdrossenheit: Zusagen an Butjadingen endlich einlösen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/527

Der Antrag wird durch den Kollegen Klein eingebracht.

Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht darf ich auf Grund Ihrer Anwesenheit sagen: Liebe Freundinnen und Freunde Butjadings. Als ich die Akte „Weservertiefung – Federwarder Priel“ vor einem Jahr von meiner Vorgängerin erhielt, hatte sie bereits einen beachtlichen Umfang. Es war nicht schwer, den Umfang im Laufe der Zeit – bis heute – zu verdoppeln. Viele von Ihnen kennen das Drama, das eigentlich mit einem Happyend enden sollte, das aber heute mehr denn je in der Gefahr steht, als Tragödie zu enden. Einige der Schlüsselszenen haben in diesem Hause stattgefunden.

Kurzgefasst geht es um den Wunsch der Butjenter, ihrem Federwarder Priel dauerhaft die Tiedeenergie und Räumkraft zurückzugeben, die er durch den kontinuierlichen Ausbau des Weserfahrwassers verloren hat. Der Hafen soll weiter erreichbar bleiben. Die Kutterfischer sollen weiter fischen können, und zwar nicht nur im Trüben, weil immer

irgendjemand an irgendeiner Stelle nutzlos im Schlick kratzt. Strandbad und Yachthafen sollen weiterhin als touristische Standbeine wirtschaftliche Belebung in die strukturschwache Region bringen. Nicht mehr und nicht weniger!

Das Auf und Ab der Handlung vom Erörterungstermin im November 1995 bis heute ist gekennzeichnet von einem beharrlichen Kampf der Menschen um diese existenzsichernden Maßnahmen, bei denen Hoffnung und Rückschlag ständig wechselten. Als dann im November 1997 der Landtag einstimmig – einstimmig! – die uneingeschränkte Hafennutzung und - das ist wichtig – den ungehinderten Badebetrieb garantierte, der Naturschutz sein Okay gegeben hatte und kurz darauf das bekannte HN-Gutachten vorgelegt wurde, war eigentlich alles klar für den versöhnenden Schlussakt. Aber weit gefehlt, meine Damen und Herren! Das Stück hat Überlänge.

Für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens ist kein Geld vorhanden. Der Bund und das Land Bremen sind nicht weiter interessiert. Die Landesregierung hat ihr Einvernehmen, mit dem sie das Interesse der beiden anderen Beteiligten hätte noch ein wenig wach halten können, längst erteilt, ohne die Zusagen gegenüber Butjadingen abzusichern.

Das ist im Übrigen eine Entwicklung, bei der ich eine bedrohliche Parallelität zur Einvernehmenserteilung für die Elbvertiefung feststelle. Auch dort wurden vor wenigen Tagen die Trümpfe aus der Hand gegeben, ohne dass die per Landtagsbeschluss bekräftigten Zusagen an die Region abgesichert sind. Der Bereich der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, genau die Streitpunkte, ist nicht im Planfeststellungsbeschluss geregelt, sondern wird irgendeinem ominösen Nachverfahren überantwortet. So geht es eigentlich nicht.

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie ständig neue Hoffnungen verheißen, aber die Erlösung immer wieder auf den jüngsten Tag verschieben, dann sollten Sie den Beruf wechseln und Pastor werden. Das ist nämlich das Metier der Kirche. Dabei denke ich natürlich auch an die jüngsten Hoffnungszeichen aus dem Haushaltsausschuss.

(Beckmann [SPD]: Herr Klein, Sie sind doch eigentlich ein vernünftiger Mensch!)

Ich freue mich natürlich, Herr Kollege, dass dieser Antrag und unser entsprechender Haushaltsände-

rungsantrag - wir haben ja für 1999 die Kosten für das Planfeststellungsverfahren in Höhe von 2 Millionen DM und für das Jahr 2000 10 Millionen DM als ein Drittel der Kosten der Baumaßnahmen beantragt - dazu geführt haben, dass das Anliegen jetzt durch die Aufnahme von zwei Leertiteln anerkannt wurde. Das reicht aber noch nicht aus, meine Damen und Herren. Diese Titel müssen gefüllt werden. Die Haushaltsprobleme im investiven Bereich sind auch ohne Erhöhung der Nettoneuverschuldung lösbar. Dazu haben wir entsprechende Vorschläge gemacht. Es muss mit dem Bund und mit Bremen über eine verursachergerechte Kostenteilung verhandelt werden.

Was wir jetzt nicht gebrauchen können, meine Damen und Herren, sind die Sprachverdreher, die das Problem dadurch lösen wollen, dass sie den Wortlaut der Landtagsentschließung so lange interpretieren, drehen und wenden, bis garantiert das Gegenteil von dem herausgekommen ist, was eigentlich damals gemeint war. Deshalb lautet mein Appell an die Landesregierung: Pfeifen Sie die Bezirksregierung Weser-Ems zurück. Die dort ausgeheckte Formel, dass eine Wassertiefe von minus 10 cm SKN ausreicht, um den Landtagsbeschluss zu erfüllen, ist skandalös und an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Adam [SPD]: Da seid ihr ja sehr erschrocken, dass ihr klatschen müsst!)

Auf der anderen Seite wird von genau dieser Bezirksregierung - ich sage: von der Landesregierung - eine positive Kosten-Nutzen-Untersuchung, die die Umsetzung des HN-Modells als rentabel empfiehlt - das muss man sich wirklich vor Augen führen -, eine Untersuchung, die zu dem Ergebnis kommt, dass sich im Verhältnis von genau 1 : 5,9 die Umsetzung des HN-Modells mit Kosten von 32 Millionen DM rentiert, monatelang unter Verschluss gehalten. Deshalb sage ich Ihnen: Unterstützen Sie unseren Antrag.

(Beckmann [SPD]: Ihr sucht euch doch die Argumente heraus, die ihr braucht! Solch ein Schwachsinn!)

Es geht um die Glaubwürdigkeit dieses Landtages,

(Beckmann (SPD): Genau! Spieglein, Spieglein an der Wand!)

- auch um Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Beckmann - und darum, welchen Wert die Beschlüsse haben, die in diesem Haus gefasst werden.

Sie bestimmen die Schlusszene in diesem Stück: ein leerer, verschlickter Hafen, den die Fischkutter, die Touristen und die jungen Menschen längst verlassen haben, oder maritimes Leben und die Geschäftigkeit einer nachhaltigen regionalen Entwicklung. Ich sage Ihnen: Entscheiden Sie sich für Letzteres. Tragödien haben wir in diesem Bereich nämlich schon genug. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN - Beckmann [SPD]: Es ist fürchterlich, was ihr da für ein dummes Zeug redet!)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Landesregierung spricht der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herr Dr. Fischer.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Klein, Sie sprechen hier von Redlichkeit. Ich meine, Redlichkeit, auch in der Politik, kann man vor allem dadurch erreichen, dass man sorgsam und wahrheitsgemäß mit den Fakten umgeht.

(Zustimmung von Beckmann [SPD])

Ich will an diesem Beispiel versuchen, das zu demonstrieren. Ich will gleich einmal sagen, dass der Vorwurf, den Sie mit Ihrem Antrag gegenüber der Landesregierung erheben, von mir entschieden zurückgewiesen wird; denn dieser Vorwurf ist unsachlich und nicht gerechtfertigt.

Nun zu den Fakten.

(Klein [GRÜNE]: Da bin ich aber gespannt!)

- Dann hören Sie gut zu, Herr Klein. - Richtig ist:

Erstens. Die Landesregierung hat das Einvernehmen zur Weservertiefung vor einem Jahr erklärt, nachdem sie die niedersächsischen Belange mit dem Bund geregelt hat und dabei Einigkeit erzielt worden ist.

Zweitens. Die Zufahrt zum Hafen Fedderwardersiel ist zurzeit möglich, und sie wird auch weiter-

hin möglich bleiben. Die Nutzung des Hafens ist - anders, als in Ihrem Antrag behauptet - nicht gefährdet. Denn aktuelle Messungen haben ergeben, dass heute an der für die Schiffbarkeit maßgeblichen Stelle hinsichtlich der Tiefe keine Verschlechterungen gegenüber den im Jahre 1991 festgestellten Ergebnissen eingetreten sind. Hinsichtlich der Breite haben sich zwischen 1978 und 1988 gravierende Änderungen ergeben. Seitdem - also seit 1988 - hat sich das System jedoch stabilisiert, und es sind nur noch minimale Veränderungen eingetreten.

Bei all dem ist natürlich Eines nicht wegzudiskutieren, und das hat auch keiner getan: Die Zufahrt war - das ist wohl eben aus meinen Worten deutlich geworden - schon in den letzten Jahrzehnten immer tideabhängig und ist auch immer gewissen Schwankungen unterworfen gewesen. Daran wird sich auch nichts ändern. So ist halt die Natur.

Drittens. Trotz dieser Feststellung steht fest: Fischer können den Hafen anlaufen,

(Hagenah [GRÜNE]: Herr Fischer vielleicht, aber nicht die Fischer selbst!)

und sie werden dies auch weiterhin können.

Viertens. Ein weiteres Thema ist das Strandbad Burhave. Aufgrund der seit 1988 entstandenen Veränderungen hat sich vor dem Strandbad Burhave eine ausgedehnte Schlickbank abgelagert, die inzwischen bei Niedrigwasser trockenfällt. Das Landesamt für Wasserwirtschaft und Küstenschutz hat den Schlick bereits einmal weggeräumt und wird auch in den nächsten Jahren dem Schlick zu Leibe rücken.

Fünftens. Ich komme nun zu dem von Ihnen hier angesprochenen und als Ideallösung propagierten so genannten HN-Modell. Ich habe eine ganze Reihe von Behörden um eine Bewertung dieses Modells gebeten. Nach genaueren morphologischen Aufnahmen und unter Berücksichtigung einer technischen Detailplanung würden für die drei im Verbund zu sehenden Maßnahmen Kosten in Höhe von 32,5 Millionen DM entstehen. Allerdings, das muss man hinzufügen, ist es damit noch nicht getan. Zusätzlich würden nämlich bei einer solchen Lösung wegen der exponierten Lage im Strom jährlich weitere Unterhaltungsaufwendungen erforderlich werden, deren Höhe nach unseren Schätzungen 600.000 DM bis 800.000 DM pro Jahr betragen würde.

Wie Sie der „Nordwest-Zeitung“ von heute entnehmen konnten - Sie haben das ja auch getan -, hat die Bezirksregierung Weser-Ems im letzten Jahr einen Bericht zu dieser großen Wasserbaulösung vorgelegt. Wir haben diesen Bericht nicht verheimlicht, sondern wir haben ihn analysiert und festgestellt, dass hier eine methodisch fehlerhafte Nutzen-Kosten-Rechnung zugrunde gelegt worden ist. Deshalb, wegen der methodischen Schwächen ihres Ansatzes, wurde diese Analyse schon damals verworfen und für die weitere Entscheidungsfindung nicht mehr zugrunde gelegt.

Aufgrund der Arbeit wurde unzulässigerweise vermutet, wir hätten hier einen hohen Nutzen-Kosten-Wert. Das methodisch Fehlerhafte daran ist, dass hier zugrunde gelegt wird, dass ohne die Ausführung dieses HN-Modells überhaupt keine Arbeitnehmer mehr im Tourismus und auch in der Fischerei in Fedderwardsiel tätig werden können. Zudem sind auch die von mir eben genannten jährlichen Unterhaltungskosten in dieser Rechnung nicht berücksichtigt worden. Insofern ist diese Analyse also fehlerhaft und auch nicht mehr zur Begründung heranzuziehen. Daher ist die Berufung auf sie, Herr Klein, unseriös. Dies muss ich hier einmal sehr deutlich feststellen. So viel zu den heutigen Presseberichten.

Aufgrund der hohen Kosten von 32,5 Millionen DM und der noch hinzukommenden jährlichen Kosten der Unterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 600.000 DM bis 800.000 DM habe ich die Bezirksregierung damals aufgefordert, über kostengünstigere Alternativen nachzudenken. Die Ergebnisse liegen nunmehr vor.

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Sie stellen nun angesichts dieser Fakten in Ihrem Antrag zwei Forderungen. Dazu sage ich Ihnen Folgendes:

Erstens. Die Landesregierung hat sich der Problemlösung, die Sie einfordern, längst angenommen. Ich verweise auf die Maßnahmen, die ich eben schon genannt habe. Wenn Sie dennoch meinen, die dauerhafte Lösung könne allein in der Realisierung des so genannten HN-Modells liegen, so kann ich dem nicht mehr folgen. Die schon genannten exorbitant hohen Kosten sprechen dagegen. Sie, Herr Klein und meine Damen und Herren von den Grünen, können sich dabei auch nicht auf

den Beschluss des Landtags vom November 1997 berufen.

(Hagenah [GRÜNE]: Worauf denn sonst?)

Denn der Landtag – lassen Sie mich das auch erklären – hat der Landesregierung keineswegs aufgegeben, genau dieses HN-Modell umzusetzen. Vielmehr sollte der Landesregierung im Hinblick auf den Schutz des Wattenmeeres nur freie Hand gegeben werden, falls die Lösung dieses Problems nur in der Realisierung dieses HN-Modells möglich sein sollte. Nichts anderes bedeutet nämlich die Feststellung in diesem Beschluss des Landtages vom November 1997, ein moderater Eingriff in den Nationalpark werde akzeptiert.

Nun zur zweiten Forderung: Wenn Sie weiterhin von der Landesregierung verlangen, mit der Bundesregierung und dem Land Bremen über eine Kostenbeteiligung zu verhandeln, sage ich Ihnen: Dies macht keinen Sinn. Denn erstens sind frühere Weservertiefungen längst abgeschlossen, und zweitens geht es jetzt um die neue Vertiefung. Bei dieser Maßnahme werden die Interessen Niedersachsens durch ein Beweissicherungsverfahren gewahrt.

Wir werden deshalb anders vorgehen, als Sie das gern möchten.

Erstens. Die Zufahrt zum Hafen Fedderwardsiel und seine Funktionalität als Fischereihafen bleiben erhalten. Wir werden gemeinsam mit den Nutzern das Fahrwasser mit einer Mindestbreite und Mindesttiefe festlegen. Sollten diese Mindestmaße unterschritten werden, so werden wir mithilfe von Baggerarbeiten den definierten Zustand wieder herstellen. Wenn es erforderlich ist, wird das Hafenamts Brake diese Baggerarbeiten durchführen. Das wird garantiert.

Zweitens. Die Nutzung des Strandbades in Burhave wird mittelfristig gesichert. Wir werden also die Räumung fortsetzen. Den gewonnenen Schlick werden wir übrigens für Deichbaumaßnahmen einsetzen.

Drittens. Unser Angebot steht weiterhin, dass Landesregierung und Gemeinde gemeinsam ein Gesamtkonzept erarbeiten, in dem auch weitere touristische Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden sollen.

(Senff [SPD]: Sehr gut!)

Die Bezirksregierung hat von mir den Auftrag erhalten, alle erforderlichen Maßnahmen mit den Betroffenen vor Ort direkt zu verhandeln und entsprechend umzusetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Im Gegensatz zu Ihnen, die diesen Antrag gestellt haben, streut die Landesregierung den Menschen vor Ort keinen Sand darüber in die Augen, was realistisch und machbar ist. Sie macht auch keine wohlfeilen Versprechungen, wie Sie das hier tun. Sie geht vielmehr daran, gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort realistische Möglichkeiten auszuloten und diese dann auch umzusetzen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo! – Adam [SPD]: Was wollt ihr noch mehr? – Gegenruf von Jansen [CDU]: Wen meinst du mit „ihr“?)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, Herr Kollege Wiesensee ist der nächste Redner. Bitte schön, Herr Wiesensee!

Wiesensee (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Bei dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht es für die Gemeinde Butjadingen um ein existenzielles Problem. Damit hat Herr Klein Recht, und die Grünen treffen meiner Meinung nach mit ihrem Antrag schon des Pudels Kern.

Wasserbauwerke und ständige Vertiefungen des Hauptfahrwassers in der Außenweser haben dazu geführt, dass sich die Strömungsverhältnisse vor der Butjadinger Küste stetig verschlechtert haben. Das ständig vergrößerte Wasservolumen im Hauptfahrwasser entzieht dem Nebenraum die Wassermengen, die insbesondere bei Ebbstrom erforderlich sind, um Ablagerungen zu verhindern und gegebenenfalls abzubauen. Die Verschlickung hat daher in den letzten Jahren rapide zugenommen.

Der neuerliche Ausbau auf 14 m hat im Planfeststellungsverfahren zumindest die Möglichkeit eröffnet, die Interessen der seit längerem geschädigten Butjadinger und Wurster Küstenbereiche mit einzubringen. Wir haben deshalb im November 1997 einen Entschließungsantrag initiiert, der dann etwas abgeändert vom Landtag einstimmig be-

schlossen wurde. Darin war festgeschrieben, dass das Einvernehmen zum Planfeststellungsbeschluss für den 14-m-Ausbau nicht erteilt werden dürfe, ohne dass die niedersächsischen Belange berücksichtigt würden. Darüber hat sich die Landesregierung einfach hinweggesetzt und nach der Zusage eines umfangreichen Beweissicherungsverfahrens dem Ausbau zugestimmt.

Herr Minister Dr. Fischer, in den Pressemitteilungen vom Januar 1998 hat der gute Herr Staatssekretär Schulz mehrfach ganz klar gesagt: Wir werden kein Jota von der Landtagsentschließung abweichen. Er hat weiter ausgeführt, Herr Beckmann: Notfalls würden wir auch eine gerichtliche Auseinandersetzung vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht scheuen. - Das wurde dann später einfach beiseite geschoben. Aber diese Ansage ist im Januar 1998 erfolgt. Allerdings muss man dazusagen: Am 1. März wurde gewählt. Bis dahin musste man natürlich alles zusagen, obwohl man möglicherweise schon wusste, was man nicht halten kann oder will.

Das, was Sie heute hier ausgeführt haben, Herr Minister, stimmt jedenfalls überhaupt nicht mit dem überein, was damals Herr Staatssekretär Schulz vor Ort bei einer SPD-Versammlung gesagt hat.

(Beckmann [SPD]: Das ist falsch!)

- Die Presse hat es doch gebracht, Herr Beckmann. Damals hat niemand widersprochen.

Am 14. Januar 1998 ist es so veröffentlicht worden, wie ich es gerade zitiert habe.

(Beckmann [SPD]: Da weichen wir auch nicht ab!)

- Nein. So hat es der Staatssekretär damals in Butjadingen gesagt, Herr Beckmann. Das war doch eine Wahlkampfveranstaltung von Ihnen. Da haben Sie doch veranlasst, dass das so gesagt wird.

Von dieser Auseinandersetzung vor dem Bundesverwaltungsgericht hat man dann Abstand genommen – aus welchen Gründen auch immer. Man kann einiges vermuten. Jedenfalls war davon keine Rede mehr.

Man hat das Einvernehmen – das meine ich jedenfalls – für einen Apfel und ein Ei erklärt, nämlich dafür, dass man sich ein teures Beweissicherungsverfahren hat zusagen lassen. Was meines Erach-

tens bei dem Ausbau für die Zukunft selbstverständlich ist, hat man als großen Erfolg dargestellt.

Der Beschluss hat aber auch noch eine zweite Komponente. Im Beschluss wird unter 2. ganz klar gesagt:

„Es wird durch geeignete Maßnahmen sichergestellt, dass die durch ständige Weservertiefungen eingetretene und zukünftig entstehende Verschlickung der Strände und Hafeneinfahrten in Butjadingen und im Land Wursten beseitigt werden.“

Dieser Punkt 2 steht auf jeden Fall noch aus, auch wenn man sich bei Punkt 1 so herauswindet, dass man sagt: Das Einvernehmen mussten wir erklären. Wir konnten und wollten uns nicht verklagen lassen – aus welchen Gründen auch immer.

Die Gemeinde hat jedenfalls im Vertrauen auf unseren Beschluss im Landtag auf eine Klage verzichtet und steht jetzt vor einer ruinösen Entwicklung. Zurzeit wird von der Landesregierung versucht – das haben Sie jetzt wiederum getan, Herr Minister Dr. Fischer –, das Gutachten oder das HN-Modell, das letzten Endes Kosten in Höhe von mehr als 500.000 DM verursacht hat, als nicht der Weisheit letzten Schluss hinzustellen, obwohl in mehreren Zusammenkünften – an denen ich auch zum Teil teilnehmen konnte – alle Wasserbau-fachleute die Umsetzung dieses HN-Modells als die einzig vertretbare Lösung anerkannt hatten. Die renommierte Bundesanstalt für Wasserbau in Hamburg-Rissen hat meines Erachtens alle anderen Möglichkeiten wegen zu geringer Wirkung oder aber wegen Unwirtschaftlichkeit verworfen.

Die Bezirksregierung hat nun versucht, die Kosten der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zu ermitteln, und sie ist auf die Summe gekommen, die auch Herr Minister Dr. Fischer genannt hat, nämlich 32,5 Millionen DM. Die Bezirksregierung hat zu der Zeit, als sie diese Kosten ermittelt hat, auch eine Kosten-Nutzen-Betrachtung angestellt. Man kann heute natürlich sagen, weil die einem nicht passt: Was sie damals ermittelt haben, das ist alles dummes Zeug. - Nur: Sie sind nun einmal von der Zahl der Übernachtungen ausgegangen, die in Butjadingen nachweislich durchschnittlich getätigt werden,

(Beckmann [SPD]: Aber die fallen doch nicht alle automatisch weg!)

und das sind 700.000 Übernachtungen im Jahr zuzüglich 200.000 Übernachtungen auf Campingplätzen oder in Zweitwohnungen. Außerdem wird mit 900.000 Tagesgästen im Jahr gerechnet. Darauf basiert nun einmal ein bestimmter Umsatz, und der ist mit 100 Millionen DM beziffert worden. Es ist auch ermittelt worden, wie viele Arbeitskräfte vom Fremdenverkehr abhängig sind. Die Zahl beträgt 1.474. Verbunden ist das mit einem Einkommen von, wie geschätzt worden ist, rund 88 Millionen DM. Damit kommt man auf 188 Millionen DM. Stellt man das ins Verhältnis zu den 32,5 Millionen DM, dann kommt man auf ein Kosten-Nutzen-Verhältnis, das meines Erachtens diese Maßnahme durchaus rechtfertigen würde.

Was an der Küste noch sauer aufstößt - Herr Klein hat das auch gesagt -, ist, dass immer wieder behauptet wird, die Hafenzufahrt sei gesichert, zwar nicht zu jeder Zeit, aber doch so, dass die Fischer und die anderen Unternehmen dort im Hafen durchaus existieren könnten.

(Unruhe)

Dabei geht man von 0,1 m über SKN aus. 10 cm, das ist so gut wie nichts. Da kann sicherlich kein Schiff mehr raus. Man muss dazu auch wissen, Herr Minister Fischer, dass die Fischkutter bis zu 2,80 m Tiefgang haben. Da kann man sich schon vorstellen, wie groß das Zeitfenster ist, in dem diese Fischer rein und raus können. Ob das dem Geschäft nun gerade so zuträglich ist, das wage ich zu bezweifeln.

Wenn aber immer weniger Leben im Hafen stattfindet, und wenn die Strände wegen des Schlicks veröden, dann stehen rund 1.500 Arbeitsplätze und viele selbständige Existenzen in Butjadingen auf dem Spiel, Herr Beckmann. Das ist so.

(Beckmann [SPD]: Das ist eine unsinnige Aussage, die Sie machen!)

- Nein, das ist so.

(Beckmann [SPD]: Das ist sogar eine gefährliche Aussage!)

- Ja, das ist für Sie möglicherweise eine gefährliche Aussage.

(Beckmann [SPD]: Sie reden den Standort kaputt! Sie begreifen das nur nicht! - Gegenruf von Klein [GRÜ-

NE]: Sie machen den Standort kaputt,
Herr Beckmann!)

Wir sind daher alle aufgerufen, so meine ich jedenfalls, die Landesregierung anzuhalten, dass der einstimmige Landtagsbeschluss vom 14. November 1997 umgesetzt wird, und die entsprechenden Mittel für ein Planfeststellungsverfahren im Haushalt auszuweisen. Im Haushaltsausschuss - Herr Klein hat schon darauf hingewiesen - sind zwar Leertitel eingerichtet worden, aber das reicht noch nicht ganz.

Der Glaubwürdigkeitsverlust ist leider sehr stark. Das müssen wir in Butjadingen feststellen. Das hat die SPD dort auch schon zu spüren bekommen. Bei der Bürgermeisterwahl, die kürzlich stattgefunden hat, hat sie ganze 16,6 % erreicht.

(Beckmann [SPD]: Das hätte ich nun wirklich nicht angeführt!)

- Das ist aber Tatsache, Herr Beckmann. Der SPD-Kandidat, ein ganz honoriger Mann, hat in Butjadingen 16,6 % der Stimmen bekommen, während die SPD bei der Bundestagswahl, die vor noch gar nicht so langer Zeit stattgefunden hat, 48 % bekommen hat. Das drückt doch eine gewisse Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Parteipolitik aus. Das ist doch nun nicht wegzuleugnen.

Die Gemeinde Butjadingen lebt vom Fremdenverkehr. Das Vorhandensein eines Strandes ist in jedem Fall eine unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung des für die Gemeinde entscheidenden Wirtschaftsfaktors, des Fremdenverkehrs. So stellt das auch die Bezirksregierung fest. Nach den Aussagen von Herrn Minister Fischer aber ist alles das, was die Bezirksregierung da gemacht hat, unrichtig.

Wenn wir uns als Parlament noch ernst nehmen wollen, dann, so meine ich jedenfalls, sollten wir schleunigst dafür sorgen, dass der einstimmige Landtagsbeschluss umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist der Herr Kollege Beckmann.

Beckmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wiesensee, Herr Klein, ich hatte wirklich gehofft, dass wir uns jetzt, in einer Situation, in der nicht unmittelbar Wahlen anstehen, mehr in der Sache auseinander setzen würden. Was insbesondere Ihre letzten Einlassungen angeht, so würde ich da etwas zurückhaltend sein. Der von der CDU unterstützte Kandidat hat zwar etwas mehr Prozente erreicht, aber sehr erfolgreich war er auch nicht. Das also darauf zu beziehen - - -

(Wiesensee [CDU]: Das war ein unabhängiger Kandidat!)

- Ja, ja.

(Möllring [CDU]: Sie wollten doch zur Sache reden! - Unruhe)

Wenn jemand mit dem Zeichen „CDU“ antritt und nur nicht bereit ist, Mitgliedsbeiträge zu zahlen, dann müssen Sie damit fertig werden, nicht ich. Das ist Ihr Problem, nicht unser Problem.

(Zustimmung von Plaupe [SPD] - Klein [GRÜNE]: Ist das die sachliche Auseinandersetzung?)

Meine Damen und Herren, ich meine, dass wir wirklich versuchen sollten, in der Sache etwas weiter zu kommen. Ich danke dem Minister für seine klaren Worte und für die Deutlichkeit, mit der er beschrieben hat, wie wir die Dinge jetzt umsetzen wollen, wie wir nämlich den Landtagsbeschluss - ich war ein bisschen an diesem Beschluss beteiligt - wirklich umsetzen, auch in seinen Inhalten. Es geht nicht an, dass Sie sich jetzt da etwas herausziehen, wie Sie es gern hätten.

Für die SPD-Fraktion unterstreiche ich noch einmal - das ist doch das Entscheidende -: Wir wollen auch in Zukunft Butjadingen dahin gehend helfen, dass der Hafen zugänglich bleibt, dass der Yachthafen zugänglich bleibt. Nicht umsonst haben wir gerade im letzten Jahr - Herr Klein, Sie kennen doch den Bereich Häfen und Schifffahrt - mehr als 4 Millionen DM in diesen Hafen investiert. Das haben wir doch nicht getan, um ihn dann verschlickten zu lassen. Wir wollen ihn doch weiter nutzen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich könnte jetzt die ganze Latte der Maßnahmen aufzählen, die wir seit 1990 in Butjadingen durch-

geführt haben, um dort den Tourismus zu stärken. Das hat den Herrn Bürgermeister Francksen, CDU, veranlasst, bei einer Maßnahme deutlich zu machen, dass man Butjadingen seitens der Landesregierung überhaupt erst 1990 entdeckt hat. Das ist - darauf darf ich einmal hinweisen - eine klare Aussage. Es ist immerhin ein Bürgermeister der CDU, der gesagt hat: 1990 hat die Landesregierung Butjadingen überhaupt erst entdeckt.

(Klein [GRÜNE]: Man kann immer noch besser werden!)

- Darum bemühen wir uns, Herr Klein, und dabei sollten Sie uns auch helfen.

(Möllring [CDU]: Und jetzt mal zur Sache!)

Lassen Sie mich jetzt zu der Frage der Verschlickung kommen. Herr Klein, Sie haben dazu vorhin die Aussage getroffen: Na, da kratzen die so nutzlos im Schlick herum. - Ich hoffe nicht, dass Herr Wiesensee die Auffassung teilt, die Außenweservertiefung sei nutzloses Herumkratzen im Schlick gewesen. Das war eine für die wirtschaftliche Entwicklung der Region wichtige Maßnahme, die viele tausend Arbeitsplätze in der ganzen Region links und rechts der Weser absichert.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Vockert [CDU]: Das haben wir immer unterstützt!)

- Ich habe auch nichts anderes behauptet. Herr Klein hat das als „Kratzen im Schlick“ bezeichnet.

(Klein [GRÜNE]: Das Kratzen vor dem Strandbad, darum geht es! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Klein, lassen Sie uns auf das zu sprechen kommen, was Sie in einzelnen Punkten deutlich gemacht haben.

Wir haben die Maßnahmen der Vertiefung für notwendig gehalten. Bis zur Maßnahme 14 m hat es auch nirgendwo Widersprüche dazu gegeben. Erst beim Ausbau auf 14 m hat man gemeint, man müsse massiv dagegen vorgehen. Es waren die Grünen, Sie und die Verbände, die das verhindern wollten und versucht haben, die Gemeinde Butjadingen mit ins Boot zu ziehen, als es darum ging, den Ausbau auf 14 m zu verhindern. Die Bürgerinitiative, die damals gegründet wurde, hieß „Verhinderung des Ausbaus auf 14 m“; sie hieß nicht „Wie können wir mit der Maßnahme 14 m die

Interessen links und rechts der Weser organisieren?““. Damit hätte man damals größere Chancen gehabt. Das war leider in Gemeinschaft nicht möglich, weil Sie meinten, dass es besser sei, die Schiffe nach Rotterdam und nach Zeebrügge zu schicken, als sie nach Bremerhaven kommen zu lassen. Das waren Sie von den Grünen, und das waren die Umweltverbände!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ist das Thema umgekippt. Jetzt stellen Sie sich auf einmal auf die andere Seite und tun so, als wenn Sie der Retter des Bereichs Butjadingen wären. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Das HN-Modell, das hier immer so betont wird, auf das wir uns - aus heutiger Sicht leider - bezogen haben, um überhaupt eine Grundlage zu haben - für die Diskussion ist das auch nicht falsch gewesen, und im Hinblick auf die Informationen, die wir daraus gewonnen haben, ist es auch nicht falsch gewesen -, umfasst mehrere Maßnahmen, u. a. eine große so genannte Sandbanane, um wieder Wasser in den Priel hineinzuführen. Sie sagen nun, die Naturschutzverbände hätten ihr Okay dazu gegeben. Null! Wenn das denn so umgesetzt würde, dann müssten wir eine große Maßnahme im Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ durchführen. Ich wundere mich schon sehr darüber, wie die Grünen hier argumentieren.

(Inselmann [SPD]: Das muss ich auch sagen! - Je nachdem, wie es passt!)

Ich frage mich, wie wir das ohne entsprechende Verfahren erreichen wollen. Da ist doch ein Planfeststellungsverfahren nötig. Sie wissen, wie lange so etwas dauert. Das lässt sich nicht so einfach machen. Sie haben uns beim Emssperrwerk gerade vorgehalten, dass wir das alles zeitlich nicht vernünftig gemacht hätten. Wir brauchen im Rahmen des Verfahrens - das ist im Nationalpark nun einmal so; das werden Sie uns sofort bestätigen - eine Umweltverträglichkeitsprüfung als Voraussetzung. Das allein dauert mindestens ein Jahr. Die Verbände in Butjadingen - ich habe ja versucht, die dahin zu bringen, dass sie darauf verzichten, dass wir prüfen, wie wir das hinkriegen, aber es ist rechtlich gar nicht machbar - haben das selbst stark angemahnt, haben sehr deutlich gesagt: Wir brauchen diese Prüfungen. - Damit dauert es mindestens zwei Jahre, bevor wir überhaupt beginnen können.

Das bedeutet, dass wir nur Planungsbüros beschäftigen, aber Butjadingen in keiner Weise geholfen

ist. Dafür geben wir mindestens 32 Millionen DM aus plus die zusätzlichen Kosten.

Zwischenzeitlich haben sich auch einige andere Fachleute - Herr Wiesensee weiß das ganz genau - intensiv mit der Frage beschäftigt, ob das, was dort in dem Modell dargestellt ist, auch Nachhaltigkeit mit sich bringt, ob das eine Maßnahme ist, die jetzt nur im Modell funktioniert, oder ob sie auch über die nächsten Jahre funktioniert. Der Fachmann, der Herr Vüller, ist ja gefragt worden: Was bedeutet es denn, wenn wir dort mehrere solcher Sturmfluten haben, wie wir sie jetzt gehabt haben, geschweige denn, wenn wir eine Sturmflut im Winter bei Eisgang haben? Was macht dann dieser Damm? Könnte es sein, dass der uns eines Tages dann vor Burhave im Sand liegt? Die Antwort war: Das habe ich nicht untersucht, aber auszuschließen ist das nicht.

Das heißt, Sie befürworten hier, 32 Millionen DM in den Nationalpark, in den Schlick zu legen, ohne zu wissen, ob diese „Banane“ in fünf Jahren noch da ist oder ob die „Banane“ nicht dort liegt, wo Sie den Strand haben wollen. Das ist doch die Situation. Und das, so meinen Sie, ist eine nachhaltige Maßnahme, um Butjadingen zu helfen? - Das ist Verantwortung weggeben, das ist Verantwortung verschieben, das geschieht zur Beruhigung, damit man erst einmal über die nächste Zeit hinwegkommt. Das ist die Situation. Das kann politisch doch nicht verantwortlich gemacht werden, wenn ich so viel Geld in die Hand nehme.

(Decker [CDU]: Welche Maßnahmen gibt es denn, die sicher sind?)

- Der Herr Fischer hat eben mehrere Möglichkeiten aufgezeigt, die anstehen. Wir wollen - ich wiederhole das auch für die SPD-Fraktion - den Hafenzugang sicherstellen, plus Yachthafen, der gleich nebenan ist. Wir wollen die beiden Häfen auf Dauer zugänglich machen. Wir wollen das mit den Fischern und mit den anderen Nutzern dort im Bereich des Freizeittourismus verabreden. Wir haben sogar die Kaianlagen extra so gelegt, dass dieses Schiff dort entsprechend anlegen kann und die Touristen gut an Bord gehen können. Das Geld, das dafür ausgegeben wird, ist Geld, das dort investiert wird, um den Tourismus dort auch in Zukunft zu fördern.

In der Zwischenzeit wollen wir das Strandbad erst einmal für die nächsten Jahre frei halten, um dann für eine Lösung zu sorgen, die nachhaltig ist, die

nicht das Risiko birgt, dass wir eines Tages das Problem haben, dass wir die 30 Millionen DM in den Sand oder in den Schlick gesetzt haben.

Ich meine, das dürfte auch in Ihrem Interesse sein, und das kann auch nur im Interesse von Butjadingen sein, dass diese Maßnahmen in diesem Sinne so umgesetzt werden. Ich bin dem Minister sehr dankbar dafür, dass er dies hier so deutlich gemacht hat.

Wir wollen, dass auch in Zukunft in Burhave gebadet werden kann - wie immer das auch umzusetzen sein wird. Darüber werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten noch unterhalten müssen; das gebe ich zu. Aber diese Dinge wollen wir gemeinsam umsetzen. Ich kann nur hoffen, dass Sie uns nicht wieder Steine in den Weg legen, wenn es darum geht, die Umweltverträglichkeit und diese Dinge entsprechend darzustellen. In diesem Sinne freue ich mich, dass der Minister hier so klare Worte gefunden hat.

Ich sage hier auch deutlich: Das sehe ich letztlich auch als Umsetzung dessen an, was dem Auftrag, den wir hier als Landtag beschlossen haben, entspricht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: War es das schon?)

- Ich könnte natürlich auch noch darauf eingehen, dass wir noch ein paar Maßnahmen in solche Einvernehmenserklärungen usw. hineinpacken. Gott sei Dank sind bei uns die Straßenbaumaßnahmen alle im Bau, sodass ich die nicht mit in die Einvernehmenserklärung zur Unterweservertiefung mit hineinpacken konnte. Dafür haben Sie sicherlich Verständnis.

Ich meine schon - das wiederhole ich hier -, dass die Maßnahmen, die von Herrn Fischer angesprochen worden sind, sinnvoll sind. Dabei sollten wir ihn gemeinsam unterstützen, und dafür sollten dann auch die nötigen Mittel bereitgestellt werden.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, möchte aber noch einen Antrag stellen, damit hier nicht jemand den Eindruck hat, dass bestimmte Leute bei der Beratung dieses Antrages benachteiligt wären. Ich meine, wir sollten auch den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an der Beratung beteiligen, damit auch die Fischer dort ihre Interessen vertreten sehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Und die Schlickwürmer!)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, Herr Klein hatte noch einmal um das Wort gebeten.

Klein (GRÜNE):

Herr Fischer, ich weiß ja, dass Minister furchtbar kluge Leute sind. Aber in den 20 Jahren, in denen ich an der Küste lebe, habe ich auch die Erfahrung gemacht, dass die Menschen, die dort vor Ort leben und die jeden Tag Kontakt mit dem Meer haben, die mit ihrer Arbeit unmittelbar mit der Küste verbunden sind, auch nicht so ganz dumm sind.

(Zustimmung von Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE] - Zuruf von der SPD: Was soll das denn?)

Auf diesen Erkenntnissen, die ich aus diesen Aussagen der Menschen vor Ort gewonnen habe, beruhte im Wesentlichen meine Argumentation. Ich kann Ihnen insbesondere nicht nachfolgen, wenn Sie hier den Eindruck erwecken, als sei die kontinuierliche Weservertiefung in vielen langen Jahren ein natürlicher Vorgang, der halt so ist. Die Weservertiefung ist alles andere als ein natürlicher Vorgang, und sie ist - das ist unzweifelhaft - Ursache für die Verschlickung im Fedderwarder Priel.

Ihrer Bereitschaft, dort durch ständiges Baggern den Hafen frei zu halten und das Strandbad auch weiterhin in Betrieb zu halten, steht entgegen - das haben Sie doch auch in der Zeitung gelesen -, dass die Zuständigen vor Ort erklärt haben, dass das Schlickbaggern im Strandbadbereich noch maximal zwei Jahre möglich sein wird und dass dann das Loch sozusagen dicht ist und dort nichts mehr zu machen sein wird.

(Beckmann [SPD]: Sie suchen sich immer nur die Argumente heraus, die Sie gerade brauchen!)

- Ja, machen Sie das anders, Herr Beckmann?

(Beckmann [SPD]: Ja, ich will den Leuten helfen!)

Das habe ich noch nicht erlebt. Sie unterstellen mir vielmehr Dinge, die ich überhaupt nicht gesagt habe. Wenn ich vom „Schlickkratzen“ geredet habe, dann habe ich genau davon geredet, dass

Bremen versprochen hat, dort gelegentlich einmal vorbeizukommen, um mit der Schlickharke vor dem Strandbad entlangzufahren und durch den Priel zu fahren. Das Ganze bringt so gut wie nichts. Das wissen Sie auch. Das wird mit den Gezeiten ein bisschen hin- und hergeschüttelt, und dann lagert sich das wieder ab. Nicht umsonst haben wir doch die verschärfte Entwicklung in diesem Bereich.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn mir die Fischer und die Leute vor Ort sagen, „wir kommen heute schon nicht zurecht, haben große Schwierigkeiten, wo wir eine Wassertiefe von minus 1 m SKN haben“, und die Bezirksregierung sagt, ein Zehntel davon reicht auch noch, dann muss ich Sie wirklich fragen: Sind das da vor Ort alles Blödmänner? - Das kann es doch nicht sein.

(Beckmann [SPD]: Nein, alle nicht!)

- Nein, alle nicht, aber die, die Ihnen nicht gefallen, die sind es, nicht? Das mag so sein.

(Frau Vockert [CDU]: Herr Klein, Sie waren aber doch auch nicht gegen die Weservertiefung! - Glocke der Präsidentin)

- Es geht doch gar nicht um die Weservertiefung; es geht doch darum, dass die niedersächsischen Interessen bei diesem Verfahren gewahrt werden. Um nicht mehr und nicht weniger geht es. Das ist in diesem Fall nicht geschehen. Wir haben doch ganz klar festgestellt, dass dort alles darauf hinausläuft, dass die ganze Geschichte zu Ende geht. Sie wissen doch auch, dass der erste Kutter den Hafen schon verlassen hat und dass eine ganze Reihe anderer Kutterfischer darüber nachdenkt, dem zu folgen.

(Beckmann [SPD]: Den nun als Zeugen zu holen, das ist völlig daneben!)

- Sie werfen mir vor, ich suchte die Argumente, die mir passten. Ihnen passen meine Argumente alle nicht. Ich verstehe das gar nicht.

(Lachen bei der CDU - Beckmann [SPD]: Ich erzähle Ihnen die Geschichte gern!)

- Ich bin an Klatschgeschichten aus Butjadingen überhaupt nicht interessiert, Herr Beckmann. Ich bin nur daran interessiert, dass es zumindest lange

Zeit übereinstimmende Meinung vor Ort war, dass das HN-Modell das passende Modell ist. Bisher hat es keine seriöse Aussage dazu gegeben, dass das nicht der Fall sein könnte. Sie spekulieren hier, dass möglicherweise in fünf Jahren eine Baumaßnahme, wenn sie denn so oder so ausgeführt würde, nicht mehr wirken könnte.

(Beckmann [SPD]: Das sagt ein Wasserfachmann!)

Ziel muss doch sein, dort Verhältnisse zu schaffen, die eine natürliche Spülkraft bewirken und die das ständige Baggern unnötig machen. Das werden Sie nicht erreichen, wenn Sie eine Wassertiefe von 10 cm anstreben. Da ist von Spülkraft nichts mehr; da können Sie nur noch mit der Schaufel hingehen.

(Glocke der Präsidentin)

Wenn Sie ständig diesen Schlick aufbaggern und mit dem Rechen aufbrechen, dann haben Sie eben auch den Effekt der ständigen Trübung des Wassers, den Effekt, dass die Fischer nicht mehr fischen können bzw. beim Fischfang eingeschränkt sind.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Klein, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Klein (GRÜNE):

Vor daher bin ich der Meinung, Sie sollten ein bisschen mehr auf die Leute vor Ort hören und sich weniger am grünen Tisch beraten lassen. Ich glaube, dann könnten wir hier auch einmal eine anständige Politik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung. Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Wenn Sie entsprechend dem Vorschlag des Ältestenrats den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Häfen und Schifffahrt und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr, für Umweltfragen, für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überweisen wollen,

dann bitte ich um Ihr Handzeichen. – Stimmt jemand dagegen oder möchte sich der Stimme enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den letzten Punkt der Tagesordnung für unsere heutige Sitzung auf, nämlich

Tagesordnungspunkt 13:

Erste Beratung:

Beteiligung des Landes am Modellprojekt „Kontrollierte Heroinvergabe an Schwerstabhängige“ der Landeshauptstadt Hannover - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/528

Zur Einbringung des Antrags hat sich Frau Kollegin Pothmer zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Pothmer!

Frau Pothmer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 16 Jahre CDU-Drogenpolitik haben, wenn Sie so wollen, in einem riesigen Feldversuch eines wirklich unter Beweis gestellt – darüber gibt es jetzt wohl keinen Zweifel mehr –, nämlich dass eine auf das Abstinenzdogma beruhende und auf die Repression setzende Drogenpolitik wirklich gescheitert ist. Wir haben die Zahl der Abhängigen dadurch in keiner Weise verringern können, die Gefängnisse sind voll von Heroinabhängigen, ein Drittel der Gefangenen sitzt wegen Delikten im Zusammenhang mit der Drogensucht ein, und die Zahl der Drogentoten ist anhaltend hoch, ist hier in Niedersachsen im vergangenen Jahr sogar noch einmal gestiegen. Auch Präventionsansätze, die mit Plakaten à la „Keine Macht den Drogen“ arbeiten, haben in keiner Weise verhindern können, dass die Erstkonsumenten immer jünger werden.

Obwohl die Gruppe derjenigen, die die Originalstoffvergabe an Schwerstabhängige fordern, immer größer geworden ist – in der Vergangenheit haben diese Forderung sogar auch die Polizeipräsidenten von elf großen Städten erhoben –, ist jede entsprechende Initiative an der alten Bundesregierung und insbesondere an dem Drogenbeauftragten, Herrn Lintner, der sich in dieser Sache ja einen zweifelhaften Ruhm erworben hat, gescheitert.

Meine Damen und Herren, die Wende in Bonn hat natürlich auch und vor allem eine Wende in der Drogenpolitik eingeleitet.

(Decker [CDU]: Das hat niemand gemerkt!)

Die Bundesregierung plant ein Modellprojekt zur Heroinvergabe an Schwerstabhängige, also an diejenigen, die mit anderen drogenpolitischen Maßnahmen nicht mehr erreichbar sind. Dieses Projekt ist eben genau auf diese Gruppe eingegrenzt.

Wir sind nicht die Ersten, die diesen Versuch machen. Sie alle wissen wahrscheinlich, dass in der Schweiz ein sehr vergleichbares Modellprojekt gelaufen ist, das sehr, sehr positive Ergebnisse gebracht hat,

(Zurufe von der CDU)

und dass diese Form der Drogenhilfe nach der Erprobungsphase und im Übrigen, Herr Jansen, auch nach einer Volksbefragung,

(Decker [CDU]: Deshalb wird das doch nicht besser!)

bei der die Bevölkerung hinterher gefragt worden ist, wie sie zu dieser Form der Drogenpolitik steht, bei der diese Politik in jedem Punkt bestätigt wurde, jetzt gesetzlich und finanziell verankert worden ist. Ich möchte hier noch einmal kurz die zentralen Ergebnisse dieses Modellprojekts zusammenfassend vortragen: Die Zahl der Drogentoten in der Schweiz hat im Jahre 1998 den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreicht. Die Drogenszene ist deutlich verkleinert worden. Die Kriminalitätsrate ist gesenkt worden, und zwar insbesondere im Bereich Diebstahl, Raub und Prostitution.

Sie alle wissen wahrscheinlich, dass auch hier in der Bundesrepublik bereits die ersten Gespräche zwischen dem Bund, den Ländern und den Städten, die sich in der Vergangenheit bereits zusammengeschlossen haben und bei denen ein solches Modellprojekt durchgeführt werden soll, geführt worden sind. Wahrscheinlich wissen Sie alle auch, dass Hannover eine dieser Städte ist.

Leider hat die Landesregierung in der Vergangenheit in der Frage der Heroinabgabe an Schwerstabhängige aber eine widersprüchliche Haltung eingenommen. Ministerin Merk hat sich deutlich positiv geäußert. Ministerpräsident Glogowski hat in der Vergangenheit eine sehr klar ablehnende Haltung

zu diesem Thema eingenommen. Der Justizminister hat das begrüßt. Der Innenminister hat jüngst gerade noch einmal gesagt, dass er das nicht forcieren wolle, dass er sich aber, wenn er es schon nicht verhindern könne, auch nicht dagegenstellen werde. – Das finde ich nicht gerade sehr positiv. Da die Landesregierung in dieser Frage also eine sehr widersprüchliche Haltung eingenommen hat, hat unser Antrag auch das Ziel, der Landesregierung vom Landtag her ein eindeutiges und positives Votum mit auf die Reise nach Bonn zu den Verhandlungsgesprächen zu geben.

Ein weiteres Ziel des Antrags ist es, die finanzielle Beteiligung des Landes an dem Projekt abzusichern. In dem derzeitigen Haushaltsplanentwurf ist für dieses Projekt keine müde Mark vorgesehen. Im Gegenteil: Im Bereich Drogenhilfe sind in dem betreffenden Topf noch einmal 1,5 Millionen DM – ursprünglich waren es sogar 2 Millionen DM – gestrichen worden. Meine Damen und Herren, eines darf hier nicht passieren. Es darf nicht sein, dass dieses Projekt verschoben oder vielleicht gar nicht durchgeführt wird, weil sich Bund, Länder und Kommunen über die jeweilige finanzielle Beteiligung nicht einigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Folgendes darf nicht passieren: Dieses Projekt darf nicht zu einem Billigprojekt werden; denn es geht hier nicht in erster Linie darum, den Stoff an Heroinabhängige zu verteilen. Wir können mit diesem Projekt nur dann erfolgreich sein, wenn wir eine gute psycho-soziale Betreuung sicherstellen, wenn es uns gelingt, auch Angebote zum langsamen Wiedereinstieg in die Arbeit mitzufinanzieren, und wenn es uns gelingt, freizeitstrukturierende Maßnahmen einzubauen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Das gibt es nicht umsonst und draußen. Dafür wird auch das Land Geld zur Verfügung stellen müssen. Ich hoffe sehr, dass wir in diesem Parlament hierzu eine einheitliche Haltung finden werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Pawelski, Sie sind die nächste Rednerin.

Frau Pawelski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Pothmer, ich kenne kein Land, zumindest in Westeuropa nicht, egal, von wem es regiert wird, in dem durch eine gezielte Drogenpolitik der Konsum wirklich messbar zurückgegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das gibt es nur in Diktaturen, in denen es *offiziell* keine Drogentoten gibt.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Und was ist mit der Schweiz?)

Aber das ist nur das Offizielle. Inoffiziell gibt es natürlich auch dort, wie wir alle wissen, einen Drogenkonsum.

Auch wenn Sie, Frau Pothmer, eben, wie ich meine, etwas unsachlich mit der CDU-Drogenpolitik abgerechnet haben, stehen wir Ihrem Antrag grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber,

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Frau Elsner-Solar [SPD])

obwohl wir wissen, dass es namhafte Wissenschaftler, Ärzte, Drogenberater gibt – im Übrigen auch Kolleginnen und Kollegen in meiner Fraktion -, die durchaus Vorbehalte gegen die Abgabe von Heroin an Schwerstkranke haben. Das ist eine wichtige Frage, die wir hier behandeln - die Beantwortung dieser Frage sollten wir uns nicht zu leicht machen -; denn wir reden über Menschen, die sozusagen ganz unten angekommen sind. Das ist eine wichtige Frage der Ethik, der sozialen Behandlung von Menschen. Es ist ein medizinisches Thema. Wir reden hier über Schwerkranke. Daran sollten wir immer denken.

Mehrheitlich sind wir aber schon der Meinung und der Überzeugung, dass wir neue Wege beschreiten müssen, um diese Schwerstkranken aus dem Teufelskreis von Sucht, Kriminalität und Prostitution herauszuhalten. Wir müssen diesen Teufelskreis endlich durchbrechen. Wir müssen prüfen, ob die Abgabe von Originalstoffen an diesen Personenkreis hilfreich ist, dies natürlich unter ärztlicher Aufsicht und bei einer psycho-sozialen Betreuung. Ich meine, das ist ganz, ganz wichtig, und darum sage ich das hier auch ganz deutlich.

Meine Damen und Herren, unsere Zustimmung zu einem solchen Projekt können wir nur geben, wenn

der Personenkreis der so genannten Schwerstabhängigen klar definiert ist, wenn es sich also dabei um Personen handelt, die langjährig heroinabhängig sind und bei denen in der Regel mehrere Therapieversuche erfolglos abgebrochen worden sind. Wir zählen zu diesem möglichen Klienten- oder Patientenkreis natürlich auch Süchtige, die Infektionen wie HIV oder Hepatitis haben.

Wir werden unsere Zustimmung auch nur dann geben, wenn wir sicher sein können, dass sozusagen nicht durch die kalte Küche oder durch die Hintertür im Ausschuss nachher eine Liberalisierung in der Drogenfrage vollzogen wird. Das werden wir nicht mitmachen.

In einem Punkt sind wir mit Ihnen, Frau Pothmer, nicht einer Meinung. Für uns ist das Ziel einer Drogenpolitik schon die Drogenabstinenz - auch das sage ich hier ganz deutlich -, wenn wir auch wissen, dass es eine drogenfreie Gesellschaft wohl nie geben wird. Ich warne auch davor, zu glauben, dass wir jetzt den Königsweg gefunden haben. Einen Königsweg in der Drogenpolitik gibt es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Darum müssen wir mehrere Versuche und mehrere Modelle durchführen.

(Beifall bei der CDU)

Weil dies eben nicht *der* Königsweg ist, ist für meine Fraktion wichtig, dass aus keinem anderen Projekt Geld für dieses Projekt abgezogen wird. Das ist also wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen das wenige Geld, das im Haushalt zur Verfügung steht, nicht in dieses Projekt hineinstecken. Den Warnern und Kritikern dieses Projekts möchten wir versichern, dass es sich bei einem solchen Modellprojekt nicht um die Freigabe von harten Drogen handelt. Es handelt sich hierbei lediglich um einen ärztlich kontrollierten Versuch, Heroin an Schwerstabhängige abzugeben. Ich bitte alle, die Diskussion nicht mit Schlagworten zu belegen oder zu erschweren, sondern das Vorhaben im wahrsten Sinne des Wortes nüchtern zu betrachten und die Vor-, aber auch die Nachteile genau abzuwägen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang – das haben Sie, Frau Pothmer, auch schon gesagt - wird immer wieder das Schweizer Modell

genannt. In der Schweiz gibt es durchaus Erfolge, aber auch Misserfolge mit diesem Modell zu verzeichnen. Wir sollten unsere Erwartungen an dieses Modell nicht zu hoch hängen, denn sonst werden wir nachher enttäuscht sein. Aber wir werden uns dieses Schweizer Modell ausführlich im Ausschuss vorstellen lassen und darüber diskutieren.

Meine Damen und Herren, etwas hat uns das Schweizer Modell jetzt schon gezeigt. Nach ungefähr einem Jahr gab nämlich ein Viertel der Versuchsteilnehmer zu, dass sie außer Heroin, das ihnen ja vom Staat verabreicht wird, noch zusätzlich Heroin konsumieren oder andere Drogen nehmen, z. B. Kokain, Cannabis und ganz häufig Alkohol. Wir müssen natürlich bedenken, dass die Mehrfachabhängigkeit ein ganz großes Problem ist. Fast alle Heroinabhängigen nehmen nämlich zusätzlich Kokain, Alkohol sowie Schlaf- und Beruhigungsmittel. Wie geht man in diesem Modellprojekt damit um? Reicht es aus, die Hauptdroge Heroin zu verabreichen, um soziale und allmählich auch gesundheitliche Stabilisierung zu erreichen? Wo sind die Grenzen bei der Verabreichung von Originalstoffen an Mehrfachabhängige? Auch das wird ein wichtiges Thema bei den Ausschussberatungen sein.

Ich weise auf diese Punkte hin, nicht um gegen das geplante Modellprojekt zu reden, sondern um deutlich zu machen, wie wichtig eine gute Vorbereitung und eine Kontrolle dieses Modellversuches sind und wie bedeutsam die wissenschaftliche Überwachung ist. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass es ein Modellprojekt ist. Wir haben noch nicht genug Erfahrungen auf diesem Gebiet. Wenn wir die hätten, dann bräuchten wir kein Modellprojekt zu beschließen, sondern dann könnte man gleich einsteigen.

Wir sollten – das erwähnte ich bereits – unsere Erwartungen nicht zu hoch schrauben. In der Schweiz wurden 5 % der Versuchsteilnehmer abstinent. 5 % - das mag auf den ersten Blick eine sehr geringe Zahl sein. Aber, meine Damen und Herren, denken Sie daran, es handelte sich um Schwerstabhängige, die schon unten angekommen waren. Ein Erfolg ist es, dass während dieser Zeit niemand an einer Überdosis gestorben ist und dass der durchschnittliche Verbrauch bei den Abhängigen sogar um 40 % zurückgegangen ist.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt auf den ersten Punkt des Antrages der Grünen zu sprechen. Frau Pothmer, obwohl dies ein sehr ernstes

Thema ist, musste ich beim Lesen dieses Antrages leicht schmunzeln. Dem Antrag ist zu entnehmen, dass Sie die neuen, zukunftsweisenden Wege der Bundesregierung in der Drogenpolitik begrüßen. Sie sind damit eine der wenigen, die der Bundesregierung und den Beschlüssen dieser Bundesregierung noch eine Dauer zusprechen.

(Nolting [SPD]: Der Karneval ist vorbei!)

Wir alle wissen doch, dass das Haltbarkeitsdatum der Beschlüsse schon abgelaufen ist, bevor die Beschlüsse in Drucksachen festgehalten werden.

(Beifall bei der CDU – Mientus [SPD]: Ist das eine moderne Rede?)

Ich fürchte, dass das auch bei diesem Thema der Fall sein wird. Denn, meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche hat das von den Grünen geleitete Gesundheitsministerium erstmals Vertreter der Länder und der teilnahmewilligen Großstädte zu einer Besprechung eingeladen. Die parlamentarische Staatssekretärin, Frau Nickels, hat dabei immer wieder hervorgehoben, dass es sich um ein nationales Modellprojekt handelt und dass ein bundesweiter Projektträger das Modell dezentral mit 1.000 Teilnehmern durchführen sollte.

Meine Damen und Herren, als es aber um klare Aussagen zur Finanzierung dieses Projekts ging, wurden Vokabeln wie „national“ und „bundesweit“ offenbar schnell vergessen. Denn das, was die Bundesregierung vergangene Woche den Ländern und den Kommunen angeboten hat, ist schon ein dicker Hund. Die Bundesregierung machte lediglich das Angebot, die Kosten für die wissenschaftliche Begleitung zu übernehmen. Das waren in der Schweiz lediglich 4 %. Damit würde die Bundesregierung wahrhaftig keinen großen Beitrag leisten. Auch vom Land Niedersachsen gab es bisher keine verbindliche Zusage. Aber, Frau Ministerin Merk, Sie werden das sicherlich gleich machen, denn Ihre Einstellung zu diesem Thema kenne ich. Ich hoffe, dass wir an dieser Sache ausnahmsweise zusammen arbeiten können. Allein die Städte haben bisher angeboten, ein Drittel der Kosten zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass es in diesem Fall bei der Bundesregierung nicht nur bei Sprüchen und bei Beschlüssen bleibt, die nachher nicht in die Tat umgesetzt werden. Wir wollen den hehren Worten Taten folgen lassen sehen.

(Beifall bei der CDU)

Bisher hat sich lediglich eine Arbeitsgruppe gebildet, die das Vorhaben diskutieren will. Es gibt ja den schönen Spruch: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann bilde ich einen Arbeitskreis.

Frau Fischer, die Bundesministerin für Gesundheit, hat bereits eine Veranstaltung mit den Oberbürgermeistern der betroffenen Großstädte angekündigt, auf der sie den Startschuss für dieses angeblich nationale Projekt geben will. Ich befürchte aber, dass die Bundesministerin ziemlich alleine dastehen wird, denn die Oberbürgermeister haben schon klar gesagt: Gebt mehr als die 4 % dazu, denn sonst wird das Projekt nicht starten. - Ich erinnere daran, dass die Landeshauptstadt Hannover, die ja dieses Projekt vorrangig mit entwickelt hat - darauf bin ich stolz -, 1,5 Millionen DM dazugeben muss. Das kann die Landeshauptstadt Hannover aber nicht. Nur wenn das Land, der Bund und die Städte jeweils ein Drittel, also 500.000 DM, der Kosten übernehmen, dann ist das machbar, ansonsten wird aus diesem Projekt nichts. Eine andere Stadt aus Niedersachsen hat sich ja nicht bereit erklärt oder ist nicht in der Lage, dieses Projekt durchzuführen.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Wir sind aufgeschlossen, für diesen Personenkreis eine kontrollierte, wissenschaftlich begleitete Abgabe von Heroin einzuführen, damit man Schwerstabhängige aus diesem Teufelskreis herausbricht. Wir fordern aber Land und Bund auf, für klare Verhältnisse zu sorgen und nicht nur zu reden, sondern zu handeln. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Zu diesem Antrag hat sich jetzt der Kollege Schwarz gemeldet.

Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nur einige Anmerkungen machen, weil wir in der Sache mit dem Antrag der Grünen übereinstimmen. Ich möchte kurz auf das eingehen, was Sie, Frau Pawelski, gesagt haben, und zwar ohne Ironie, weil heute Aschermittwoch ist. Die eine oder andere Passage hätten Sie in Ihrer Rede außen vor lassen können. Wir haben in der Vergangenheit häufig Anträge zu diesem Thema diskutiert. Der letzte Antrag lautete beispielsweise: „Pfeife contra

Flasche“. Daran kann ich mich gut erinnern. Ich finde gut, dass Sie innerhalb der CDU-Landtagsfraktion Ihre Position deutlich verändert haben. Sie haben nämlich damals den früheren Sozialminister Walter Hiller durch die Presse gezogen, und zwar in einer Schlammschlacht, die unvergleichlich war, als er darauf hingewiesen hat, wie man Schwerstabhängige in Modellversuchen helfen kann

(Zuruf von Möllring [CDU])

- er hat genau gewusst, was er gesagt hat - und wie man eine Chance hat, Schwerstabhängige aus der Abhängigkeit zu lösen. Das war eine ziemlich erbärmliche Kampagne. Insofern ist das schon eine bemerkenswerte Entwicklung, die Sie in den vergangenen zehn Jahren in dieser Frage offensichtlich gegangen sind. Ich begrüße das. Es ist übrigens noch gar nicht so lange her, dass Sie ähnliche Angriffe gegen Sozialminister Dr. Weber gefahren haben, als er solche Vorschläge gemacht hat.

(Frau Pawelski [CDU]: Wir haben 1996 einen eigenen Antrag eingebracht!)

- Wenn das so wäre, dann hätten Sie vor zwei Jahren keine Probleme gehabt, die entsprechenden Anträge zu unterstützen. - Ich finde, wir haben in dieser Frage ausnahmsweise keine Gegensätze mehr. Aber eines dürfen wir nicht verkennen: Bis zum Regierungswechsel in Bonn hat durch Weisung des Bundesgesundheitsministers das Bundesgesundheitsamt jeden Modellversuch in dieser Richtung abgelehnt. Das können Sie doch hier nicht leugnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Jetzt kommen Sie mal auf den Punkt!)

Wir haben, wie ich finde, eine Situation, die es lange überfällig macht, so wie in der Schweiz oder in Großbritannien neue Wege zu gehen. Es muss endlich wirklich Zielrichtung der Politik sein, die Hilfe vor die Strafe zu stellen. Das wird auch schon bei der Zuordnung der Frage Suchtproblematik in der neuen Bundesregierung deutlich. Das ist dem Bundesgesundheitsministerium zugeordnet worden, um klarzumachen, Drogenabhängigkeit ist Krankheit und gehört deshalb auch in das Gesundheitsministerium, und die Prävention steht im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD)

Was hier zur Finanzierung gesagt worden ist, ist nicht strittig, mindestens nicht zwischen uns. Ich meine, es besteht Einigkeit darin, dass eine vernünftige finanzielle Teilung zwischen allen dreien hier erfolgen muss. Darüber muss sicherlich noch einmal mit der Bundesregierung geredet werden. Frau Pawelski, sicherlich gibt es noch die eine oder andere Panne, was die Darstellung der Bundesregierung betrifft.

(Frau Pawelski [CDU]: Eine unter anderen!)

Vielleicht übt sie noch. Aber eine Partei, die in der Drogenpolitik 16 Jahre geübt hat und über dieses Stadium nicht hinausgekommen ist, sollte bei den ersten 100 Tagen nicht so argumentieren, wie Sie das getan haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zur Finanzierung muss ich Sie beide korrigieren. Der Ansatz ist im Haushaltsentwurf 1999/2000 exakt auf die Ist-Ausgabeergebnisse von 1998 erhöht worden. Wir haben im Ausschuss darauf hingewiesen, dass alle bestehenden Projekte weiter gefahren werden sollen und müssen, und wir haben darauf hingewiesen, dass die Mittelansätze so hoch gefahren werden.

(Zuruf von Möllring [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie haben mitgeteilt, dass wir um 1,2 Millionen DM abgesenkt haben. Ich kenne den Sozialhaushalt ziemlich genau im Gegensatz zu Ihnen, Herr Möllring. Insofern weiß ich, dass wir die Projekte abgesichert haben, indem wir den Haushaltsansatz im Suchtbereich wieder um 0,5 Millionen DM aufgestockt haben. Das entspricht exakt dem Ist-Ausgabeergebnis von 1998.

(Zuruf von der CDU)

- Doch, Sie haben versucht, hier etwas anderes zu suggerieren. Ich finde, hier wird versucht, so einen Schlenker hereinzubringen.

(Mientus [SPD]: Du musst dem Herrn Möllring das deutlicher sagen! Der begreift nicht so schnell! – Weitere Zurufe)

Ich bin auch der Auffassung, dass aus diesem Haushaltsansatz – da teile ich die Auffassung von Frau Pothmer –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

das Modellprojekt nicht zusätzlich finanziert werden kann, weil dann exakt das, was Zielrichtung war, nämlich die vorhandenen Projekte abzusichern, nicht ausfinanziert werden könnte. Wir sind sicherlich mindestens mit den Grünen der Auffassung, dass dieses Modellprojekt schon aus folgenden Gründen wichtig ist. Es gibt zwei wesentliche Ziele. Wir müssen die Schwerstabhängigen endlich aus dem Teufelskreislauf der Beschaffungskriminalität herausbringen. Das ist meines Erachtens die zentrale Frage. Wir müssen sie auch vor der Gefahr bewahren, dass sie unter Umständen kein sauberes Heroin bekommen und damit erhebliche weitere gesundheitliche Schäden erleiden.

Sie sagen, es hat sich keine andere Stadt in Niedersachsen außer Hannover gefunden.

(Frau Pawelski [CDU]: Weil die die Probleme haben!)

- Ja, eben, weil die die Probleme haben. Aber dann sagen Sie es doch. Sie erwecken hier doch einen ganz anderen Eindruck.

(Frau Pawelski [CDU]: Ich habe es doch nachgeschoben!)

Wo außer in Hannover macht in Niedersachsen ein solcher Modellversuch wirklich Sinn? Wir wissen das doch gemeinsam. Aber dann dürfen Sie sich doch nicht hier hinstellen und so einen ironischen Touch hineinbringen, wie Sie das gerade gemacht haben. Wir haben hier in Hannover die größte offene Drogenszene. Es muss doch kein Gegensatz konstruiert werden, als sei es etwas ganz Außergewöhnliches, dass das hier gemacht wird.

Wir haben überhaupt gar keine Probleme mit dem Antrag. Wir werden ihn inhaltlich unverändert so mittragen. Ich hoffe, dass der CDU alle ihre Fragen im Ausschuss beantwortet werden, damit wir tatsächlich dann in der nächsten Sitzung das hier einvernehmlich verabschieden können.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Schwarz. - Frau Ministerin Merk hat ums Wort gebeten.

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass das Thema kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige in einer solchen Ernsthaftigkeit diskutiert wird. Sie werden sich wahrscheinlich noch an die Landtagsentschließung vom 15. Oktober 1996 erinnern, in der Sie das unter dem Motto "Weiterentwicklung einer zukunfts- und vernunftorientierten Drogenpolitik in Niedersachsen" diskutiert hatten.

Sie hatten selbst im Landtag beschlossen:

„Die Landesregierung wird gebeten, unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Untersuchungen zu prüfen, ob eine kontrollierte Abgabe von Originalstoffen im Einzelfall bei Schwerstabhängigen möglich und sinnvoll ist, um diese aus der Verelendung zu holen bzw. sie vor dem Sterben zu bewahren.“

Das war die Beschlusslage im Oktober 1996. Heute, am Aschermittwoch 1999, sind wir so weit. Wir sind wenigstens so weit, dass der Weg geöffnet wird, aber nicht etwa der Weg geöffnet wird, Drogen freizugeben oder die Akzeptanz der Droge zu verbessern oder was sonst noch gelegentlich an falschem Zungenschlag gekommen ist. Es geht schlicht und einfach um einen sehr pragmatischen, sehr schwierigen, sehr steinigen Weg, der einem Teil helfen und einem anderen Teil nicht helfen wird. Das wird man sicherlich so feststellen können.

Es geht lediglich darum, die Abwärtsspirale möglicherweise ein Stück zu stoppen. Dass die Abwärtsspirale zum Teil gestoppt worden ist, zeigen die Versuche. Einen absoluten Königsweg gibt es nicht. Ich kenne noch gar keinen Weg zur Bekämpfung von Drogen, der sozusagen der absolut Erfolg versprechende wäre. Wenn er es denn wäre, hätten wir ihn schon längst gehen müssen. Es hat sich niemand getraut.

Ein Modellversuch ist auch der Versuch, es einzugrenzen und nicht in Gefahr zu laufen, etwas noch auszuschütten, was zum Teil schon über die Gesellschaft gekommen ist. Es geht darum, Eingrenzungstendenzen festzustellen und zu sehen, wie man jedenfalls in bestimmten Schritten helfen kann.

Nun finde ich es gut und betone es ausdrücklich: Ich bin dankbar, dass es in der CDU bei diesem Weg nun auch eine Kehrtwende gibt. Ich habe hier oft als Justizministerin über das Thema gesprochen und habe gesagt, wie bitter ich es empfinde, dass die Drogenpolitik zur Einbahnstraße geworden ist. Ich habe gesagt, in der Vielfalt liegt die Lösung, nicht in der Einfalt. Vielfältige Wege hatten wir im Lande zum Teil schon längst beschritten. Auch andere Bundesländer haben das getan. Aber es fehlte dieser kleine Teil zu der Frage, wie man das angehen kann.

Ich habe die Position beim letzten Mal deutlich gemacht. Ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang das war. Aber da wurde danach gefragt, ich glaube, von Ihnen, Frau Pothmer. Ich hatte gesagt, dass ich sehr deutlich zu diesem Modell stehe. Ich habe auch mit dem Ministerpräsidenten und meinen Ministerkollegen Rücksprache genommen. Sie stehen zu diesem Modellversuch. Das sage ich, falls Sie daran noch Zweifel haben sollten.

Aber, liebe Kolleginnen, der Weg zu einer Entscheidung ist nicht einfach. Er ist kein Glaubensbekenntnis, und das kann er gar nicht sein. Natürlich muss es auch berechtigt sein, Zweifel zu äußern. Es ist ein ganz normaler Vorgang, dass nicht alle in unserer Gesellschaft einer Meinung sind. Auch eine Landesregierung hat unterschiedliche Auffassungen. Aber zum Modellversuch versteht sie sich.

Die Diskussion, die nun in Bonn begonnen hat, ist für mich noch nicht befriedigend. Auch das sage ich sehr deutlich. Vergangene Woche sind erste Gespräche geführt worden. Sie haben gezeigt, dass die Bundesregierung bereit ist, außerhalb des Gesetzes, eben im Rahmen des Modellversuchs durch das Bundesgesundheitsamt eine Genehmigung zu erteilen. Sie hat vorsichtige Eckpunkte vorgelegt.

Sie ist gleich auf die Frage eingeschwenkt: Wer zahlt die Musik? - Ich will sehr deutlich sagen: Wenn es ein nationales Projekt ist, aus dem man auch Saft dafür saugen will, wie man in der Zukunft nach drei Jahren – solange soll der Modellversuch dauern – mit dem Thema umgeht, kann es nicht dabei bleiben, dass sich die Bundesregierung darauf zurückzieht, die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs zu finanzieren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zum A gehört das B. Dazu gehört auch, dass ich nicht sage: Ich gebe das sozusagen in die Dritte-

lungsphase, da ein Stück Land, da ein Stück Bund, den Rest haben die Kommunen. - Nein, wenn ein nationales Interesse vorhanden ist, dann muss die Bundesregierung dieses Interesse mit an die erste Stelle setzen. Das heißt für mich: etwas mehr Butter bei die Fische, nämlich etwas mehr Geld zum Thema.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bin überhaupt nicht bereit, mich vorweg auf eine solche finanzielle Situation einzulassen, also hier vorweg fromm, frisch, fröhlich, frei ein Drittel in den Topf zu geben. Nein, es gehört auch dazu, dass in zähem Ringen die Finanzierung geklärt wird. In zähem Ringen wird auch zu klären sein, wie das Modellprojekt tatsächlich aussieht.

Ich möchte für mich die Fragen stellen: Müssen es 1.000 sein?

(Dr. Winn [CDU]: In Niedersachsen?)

- Nein, im ganzen Bundesgebiet. - Müssen es also 1.000 sein? Welche Gruppe muss es sein? Sie haben einige Eckpunkte angesprochen, die in dieser Frage unverzichtbar sind. Insofern werden wir diese Diskussion möglichst emotionslos führen müssen; denn anderes hat keinen Zweck. Natürlich müssen psychotherapeutische und die sozialtherapeutische Begleitmaßnahmen kommen. Ich bin durchaus bereit, mich mit der Bundesregierung noch über die Frage auseinander zu setzen, ob sie nicht ein bisschen mehr Geld bereitstellen müsste. Wenn die Städte das finanzieren, müssen sie viel aufwenden. Ich bin bereit, entsprechende Mittel bereitzustellen. Ich lege mich aber nicht schon vorher fest, wenn die Katze noch nicht aus dem Sack gelassen worden ist.

Deshalb werden wir jetzt in dieses Gespräch eintreten. Es ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, nicht, weil man nicht weiß, wie, sondern es muss im Konsens geschehen. Es sind ja mindestens sechs oder sieben Städte, die mitmachen wollen. Insofern muss man natürlich auch die Eckpunkte gemeinsam erläutern und erarbeiten. An einem bestimmten Tag X müssen die Vorbereitungen so weit gediehen sein, dass es in Gang kommen kann und damit der eine nicht da und der andere dort anfängt. Dann dauert das Modell nicht drei, sondern fünf oder sechs Jahre. Das wäre aber nicht Sinn und Zweck.

Ich möchte noch etwas sagen: Meiner Meinung nach ist es selbstverständlich, dass aus meinem

bisherigen Topf für die Finanzierung der Therapie von Drogenabhängigen keine müde Mark raus geht. Es ist schon schwierig gewesen, das Ist der Rechnungsergebnisse der vergangenen zwei Jahre zu halten. Das ist gelungen. Ich hätte zwar da und dort immer gern etwas mehr. Das Ist zu halten war aber schon viel.

Für mich ist ferner klar: Keine Fraktion - auch Sie nicht, liebe Frau Pothmer - hat dazu einen Antrag zum Haushalt gestellt, wohl wissend, dass über das Modellprojekt diskutiert wird. Sie sagten vorhin, das Land habe dafür keine Mittel im Haushalt. Auch Sie haben keinen Antrag gestellt. Sie konnten einen solchen Antrag auch gar nicht stellen; denn Sie wissen ja genauso wenig wie ich, wie es finanziert werden soll, wer mitmacht, unter welchen Bedingungen und welche Größenordnung. Es wird selbstverständlich außerhalb der Mittel, die ich eben genannt habe, finanziert werden. Ich gehe davon aus, dass es die Spielbankmittel sein werden, die mir zur Verfügung stehen. Ich werde der Bundesregierung aber nicht sagen, in welcher Höhe. Die Bundesregierung soll erst einmal selbst sagen, ob sie ein Stück weiter geht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Ministerin. - Herr Kollege Jansen hat um zusätzliche Redezeit gebeten, was nach unserer Geschäftsordnung möglich ist. Herr Kollege Jansen, ich erteile Ihnen das Wort für zwei Minuten.

Jansen (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Ihnen, Frau Ministerin, sehr dankbar dafür, dass Sie auf diesen Antrag sehr sachlich eingegangen sind und nicht wie mein sehr verehrter Freund Uwe Schwarz einfach nur festgestellt haben: Wir sind dafür. Damit basta. - Damit ist eine Reihe von Fragen verbunden, die wir sachlich besprechen müssen und hier auch von allen Parteien angesprochen worden sind. Mir tut es nur ein bisschen leid, dass hier der Eindruck erweckt wird, als hätten wir in den vergangenen acht Jahren in der Drogenpolitik große Unterschiede gehabt. Wir haben hier seit 1990 schon zu vielen Bereichen Anträge übereinstimmend behandelt, aber nicht immer gemeinsam mit den Grünen, weil die weiter gehen wollten. Ich erinnere daran, dass schon die

alte CDU-Regierung mit Minister Schnipkoweit mit 25 Modellplätzen in Göttingen und in Hannover die Substituierung eingeführt hat. Schon damals fing das mit der Substituierung an. Wir als große Parteien haben in diesen acht Jahren viele Anträge gemeinsam verabschiedet. Ich erinnere z. B. an einen umfangreichen Antrag aus dem Jahr 1996, mit dem wir uns für die Abgabe von Spritzen und die Einrichtung von Fixerstuben ausgesprochen haben. Außerdem haben wir beschlossen, zu prüfen, ob eine Abgabe von Heroin unter gewissen Voraussetzungen möglich ist. Insofern waren wir immer einer Meinung. Wenn uns jetzt von Ihnen, Herr Schwarz, vorgeworfen wird, dass wir auch Herrn Hiller oftmals angegriffen hätten, muss ich Ihnen entgegen, dass nicht wir es waren. Herr Hiller und auch Wolf Weber als Minister haben die Abgabe von Heroin, die Abgabe von Drogen in Apotheken usw. in die Diskussion gebracht. Von wem wurden sie aber zurückgepfiffen? - Von Herrn Schröder und Herrn Glogowski wurden sie öffentlich zurückgepfiffen. Nicht wir waren es. Die Landesregierung war sich oftmals nicht einig. Wir waren uns unter den Fraktionen häufig oft näher, als es die Landesregierung war. Von daher möchte ich darum bitten, dass wir in dieser Frage im Interesse der Drogenabhängigen wie bisher auch in Zukunft einvernehmlich arbeiten. Ich hatte in manchen Reden andere Positionen als manche aus meiner Partei eingenommen. Aber auch bei euch gibt es einige, die andere Positionen einnehmen. Herr Minister Weber hat eine andere Position als Herr Glogowski gehabt. Das war auch ganz klar.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Pothmer, auch Sie haben noch einmal ums Wort gebeten.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war zu befürchten, dass wir hier doch noch in einen Streit über die Frage eintreten, wie dieses Modellprojekt finanziert werden soll. Ich finde, dass das nicht so ein Problem ist. Ich will aber noch einmal Folgendes sagen. Ich bin der Meinung, dass eine Drittellösung eine elegante Lösung ist. Eines, Frau Ministerin, kann nun aber nicht richtig sein, dass Sie sich nämlich hier hinstellen und plötzlich sagen, dass das Hauptinteresse in dieser Sache beim Bund liege und der Bund deshalb den Löwenanteil zahlen solle. Ich darf Sie daran erinnern,

dass dieser Bereich der Politik eindeutig eine Aufgabe des Landes und der Kommunen ist. Der Bund ist allenfalls derjenige, der versucht, in diesem Politikbereich einen inhaltlichen Akzent zu setzen, und dafür einen Beitrag leisten sollte. Diese Art des Hin- und Herschiebens, die Sie soeben erwähnt haben, und der Umstand, dass Sie so tun, als sei dies in erster Linie die Aufgabe des Bundes, können meiner Meinung nach nicht richtig sein. Ich möchte Sie noch einmal an Folgendes erinnern: Auch schon unter der alten Bundesregierung sind Anträge auf Durchführung eines Modellprojektes gestellt worden, wie dies z. B. die Stadt Frankfurt getan hat. In keinem dieser Anträge und in keiner dieser Debatten ist jemals davon ausgegangen worden, dass sich der Bund daran finanziell zu beteiligen hat. Diese Debatte wird erst geführt, seitdem wir eine rot-grüne Bundesregierung haben. - Das nur noch einmal zur Richtigstellung. Diejenigen, die zentral daran beteiligt werden müssen, weil es ihre Aufgabe ist, sind eindeutig das Land und die Kommunen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt noch Herrn Schwarz zuwenden. Sie waren gegenüber Frau Pawelski etwas ungerecht. Ich war nämlich aus Ihrer Sicht die Verbrecherin.

(Groth [SPD]: Das trauen wir Ihnen gar nicht zu!)

- Ich sage Ihnen: In mir steckt so manches, was Sie noch nicht wissen. - Herr Schwarz, natürlich trifft es zu, dass gegenüber 1998 1,5 Millionen DM gestrichen worden sind.

(Schwarz [SPD]: Vorhin haben Sie noch von 1,2 Millionen gesprochen! Wenn Sie so weiter machen, kommen Sie noch auf 2 Millionen)

- Was mich unglücklich macht, Herr Schwarz, ist, dass Sie nicht aufmerksam zuhören. Ich habe gesagt, dass es zunächst 2 Millionen gewesen seien. Ihre Fraktion hat dann 0,5 Millionen zurückgenommen. 2 Millionen minus 0,5 Millionen sind nach Adam Riese 1,5 Millionen. Sie haben sich also an dem Abfluss der Mittel orientiert. Es kann doch aber auch nicht richtig sein, meine Damen und Herren, dass Mittel zur Verfügung gestellt werden, diese Mittel aber dann, wenn sie nicht abfließen, einfach gestrichen werden. Dass die Mittel nicht abgeflossen sind, hat doch gar nichts damit zu tun, dass wir das Geld in diesem Bereich nicht gebraucht hätten. Das hat etwas mit den Kri-

terien zu tun, unter denen dieses Geld zugewiesen werden kann. Da stehen Beratungsstellen wie Drobek in Lehrte und andere wie z. B. in Göttingen vor dem Konkurs, hier aber hält das Land das Geld fest. Unter einer in die Zukunft gerichteten Drogenpolitik stellen wir uns nicht vor, dass immer nur etablierte Institutionen gefördert werden. Wir stellen uns darunter vielmehr vor, dass auch kleinen und im Wesentlichen auf Ehrenamtlichkeit gegründeten Institutionen die Möglichkeit gegeben wird, sich zu entwickeln und auch an diese Qualitätsstandards heranzukommen. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Wenn Sie den Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen mit der federführenden Beratung und Berichterstattung und die Ausschüsse für Haushalt und Finanzen sowie für Rechts- und Verfassungsfragen mit der Mitberatung beauftragen wollen, bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen worden.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Parlamentarischen Abend beim DGB und, wenn Sie daran nicht teilnehmen können, einen schönen Feierabend. Ich hoffe, dass Sie morgen in alter Frische wieder hier sein werden. Auf Wiedersehen.

Schluss der Sitzung: 19.10 Uhr.